

ARGE 9

Studium zwischen Ausbildung und Bildung:
geänderte Prioritäten - geänderte Beratung ?



6. - 9. März 1991

Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater
in der Bundesrepublik Deutschland - ARGE -

Impressum

Herausgeber Arbeitsgemeinschaft der Studien- und Studentenberater in
der Bundesrepublik Deutschland (ArGe)

Redaktion Dr. Friedrich Georg Wentz
und Zentrale Studien- und Studentenberatung der
Gestaltung Georg-August-Universität

Copyright Alle Rechte liegen bei den Autoren. Nachdruck mit
Autorenangabe und Quellenangabe und bei Übersetzung
eines Belegexemplars gestattet.

Göttingen 1991

Bericht der Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Studien-
und Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland (ArGe)

"Studium zwischen Ausbildung und Bildung:
geänderte Prioritäten - geänderte Beratung?"

an der Georg-August-Universität Göttingen am 6. - 9. März 1991.

Veranstalter der Tagung: Arbeitsgemeinschaft (ArGe) und Zentrale
Studien- und Studentenberatung (Zsb) der Universität Göttingen.

Inhalt

Vorbemerkung

Begrüßung der Teilnehmer

"Studium zwischen Ausbildung und Bildung: geänderte Prioritäten - geänderte Beratung?"

Dr. Wolfgang Deppe

Berichte aus den Arbeitsgruppen

AG "Schreiben - Denken - Fühlen"
Dr. Otto Kruse und Edith Puschel

AG "Macht und Ohnmacht in der Beratung"
Ilona Rodowski

AG "Weiterbildung für Studienberater - Modelle, Möglichkeiten,
Grenzen", Udo Treide

Fort- und Weiterbildung für Studienberater in Berlin
Udo Treide

Fort- und Weiterbildung in Baden-Württemberg
Dietmar Chur

Das Hessische "Modell", Jens Brömer

Aus- und Fortbildung der Studienberaterinnen in Niedersachsen
Gerd Lotze

AG "Vom Schneidetisch und Mischpult des Erlebens - zum Verhältnis:
Politische Umwälzungen und Psychotherapie/Beratung"
Henrike Selling

AG "Workshop: Die Erstellung von Informationsmaterialien in der
Zentralen Studien- und Studienberatung", Dr. Friedrich Georg Wentz
AG "Studium im Umbruch - die soziale Absicherung der Studierenden in
den fünf neuen Ländern", Margret Feit

Studienberatung im Umbruch

"Auf Entwicklungen Einfluß nehmen! - Zur Entstehungsgeschichte der
'Göttinger Erklärung'", Jens Brömer

"Was bedeuten geänderte Prioritäten? - Gedanken zur Entwicklung,
Ergebnissen, Erwartungen in den neuen Bundesländern"
Prof. Rosemarie Schreiber

"Studienberatung in den neuen Bundesländern"
Dr. Gudrun Aulerich und Dr. Karin Döbbeling

"Geänderte Prioritäten - geänderte Beratung?", Gerd Lotze
Empfehlungen der ARGE zum Auf- und Ausbau der Beratungsangebote für
Studieninteressierte und Studierende ('Göttinger Erklärung')

Protokoll des ARGE-Plenums

Anhang

Tagungsprogramm

Teilnehmerliste

Pressepiegel

VORBERMERKUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viel später als geplant liegt nun der Bericht der Frühjahrstagung
1991 der ARGE in Göttingen vor.

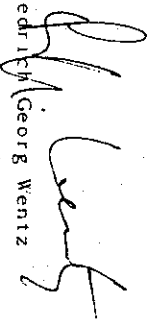
Ein chronisch unterbesetztes Sekretariat, eine Flut schriftlicher
und mündlicher Anfragen an die Göttinger Zentrale Studien- und
Studienberatung, ließen uns keinen Spielraum für eine frühere
Fertigstellung; dies begründet auch die vereinfachte Gestaltung
des Berichts.

Nun aber ist's geschafft. Den Autoren und Referenten möchten wir
an dieser Stelle herzlichen Dank für ihre Mitarbeit sagen.

Bis zur nächsten Tagung

Herzliche Grüße

Friedrich Georg Wentz



Göttingen, im September 1991

Dr. Friedrich Georg Wentz, Zsb Göttingen

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Dr. Deppe,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich möchte Sie im Namen der Mitarbeiter der Zentralen Studien- und Studentenberatung hier in der Aula der Universität Göttingen willkommen heißen.
Ich freue mich, daß Sie gekommen sind.

Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Studienberaterinnen und Studienberater der Bundesrepublik Deutschland findet zum ersten Mal in Göttingen statt, und da scheint mir diese Aula der richtige Ort zu sein, um Ihnen wenigstens heute Abend einen Einblick in die über 250-jährige Geschichte der Georg-Augusta zu vermitteln.
Unsere Arbeit während der Tagung geschieht dann in wesentlich nüchternem Rahmen, in Hörsälen und Seminarräumen.

Es ist zum zweiten Mal, daß wir aus Ost- und West-Deutschland zusammenkommen; erste Kontakte waren ja schon in Berlin, an der Humboldt-Universität im vergangenen Herbst möglich.

Ich möchte an dieser Stelle an die teilweise sehr kritische Situation der Universitäten in der ehemaligen DDR erinnern, die uns während der Vorbereitungen manchmal sehr hautnah deutlich geworden ist:

Einige Kolleginnen und Kollegen mußten ihre Teilnahme absagen, andere kommen trotz sehr schwierigen Bedingungen und auf eigene Rechnung.
Schön, daß Sie es möglich gemacht haben.

Ich freue mich, daß diese Tagung auch die Unterstützung der Universität findet.
Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Professor Kamp, ganz herzlich dafür bedanken.

Dank auch für Ihre Bereitschaft, diese Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft mit einer Begrüßungsansprache hier in der Aula zu eröffnen.

Im Anschluß daran spricht Herr Dr. Deppe, Leiter der Koordinierungsstelle für die Studienberatung in Niedersachsen;
für seinen Vortrag hat er sich direkt das Tagungsthema vorgenommen:
"Studium zwischen Ausbildung und Bildung: Geänderte Prioritäten - geänderte Beratung?"
Herzlichen Dank auch Ihnen.

Dr. Wolfgang Deppe

Koordinierungsstelle für die Studienberatung in Niedersachsen, Hannover

Die diesjährige Frühjahrstagung der "ArGe" findet in der Landesuniversität eines Bundeslandes statt, dessen Studienberatung durch (mindestens) eine bundesweite Einzigartigkeit gekennzeichnet ist: ein systematisches und strukturiertes Programm zur Fort- & Weiterbildung und Supervision, das in Niedersachsen bereits zu den Vorgaben beim Aufbau der Studienberatung gehört. Daß Fortbildung und Supervision hier zu den Dienstpflichten der Studienberatung gehört, geht nicht zuletzt auf den persönlichen Einsatz des damaligen Rektors der TU Braunschweig zurück, des Gastgebers der heutigen Tagung, des Präsidenten der Universität Göttingen.

Ich werde deshalb hier, gewissermaßen zwangsläufig, auch über Weiterbildung und Supervision für die Studienberatung sprechen, speziell von der Begründung ihrer Unabdingbarkeit. Aber ich werde auf einem Umweg dahinkommen, den ich direkt bei dem Thema dieser Tagung beginnen werde:

**'STUDIUM ZWISCHEN AUSBILDUNG UND BILDUNG:
GEÄNDERTE PRIORITÄTEN - GEÄNDERTE BERATUNG?'**

Während meiner nunmehr 12-jährigen Tätigkeit in der Studienberatung in Niedersachsen ist dies die dritte Veranstaltung mit diesem Thema. Die erste fand 1983 statt, von der WMK organisiert, die zweite 1990 von meinem eigenen Büro durchgeführt, die dritte heute. Diesen 3 Tagungen war gemeinsam, daß sie (1) in Göttingen stattfanden, (2) in Zusammenhang mit der Studienberatung stattfanden.

Damit liegt einerseits die Möglichkeit nahe, daß die offenbar empfundene Dringlichkeit des Themas ein Ausfluß der geradezu seismographischen Stellung der Studien- und Studentenberatung im Hochschulwesen ist: in ihren allein in Niedersachsen buchstäblich zehntausende von jährlichen Beratungskontakten mit Studieninteressenten und Studierenden erfährt und erlebt die Studienberatung häufig, wie in einem Brennpunkt focussiert, herausziehende hochschulische Probleme und bildungspolitische Themen der Zukunft. Und solche wären im Rahmen einer Fortbildungstagung natürlich zu thematisieren.

Andererseits ist die institutionalisierte Studienberatung gerade rd. 20 Jahre alt, die erste Universitätsgründung in Europa hingegen liegt rd. 800 Jahre zurück. Und so besteht a priori auch die andere Möglichkeit, daß

hier nämlich ein zu kurzer Beobachtungszeitraum wie üblich den Blick auf längerfristige Entwicklungen und Beobachtungen verstellt: Ein 1-sekündiger Ausschnitt aus einem EKG kann zu den Diagnosen führen, daß es dem Patienten gut gehe, schlecht gehe, oder er bereits verstorben sei.

Deshalb möchte ich damit beginnen, dem Thema der vermeintlich geänderten Prioritäten zwischen dem Bildungsauftrag der Universitäten (so denn ein solcher als "Auftrag" existiert) und ihrem Ausbildungsauftrag (der ja ausweislich des Hochschulrahmengesetzes und der Ländergesetze in der Tat existiert) zunächst einmal in weiterer Perspektive nachzugehen, bevor ich aus dem Ergebnis Schlußfolgerungen über eine eventuell zu ändernde Beratung und auch Fortbildung für Beratung ziehen werde.

Ich denke, dabei zeigen zu können, daß das Bild von der deutschen Universität als dem Ort, wo man wie der große Peripatetiker umherwandelt und sich zweckfrei in Einsamkeit und Freiheit, eins denkt, unzutreffend ist. Aber daß hier auch Gelegenheit zu einer Miniatur über das Thema besteht, wie man ausgehend von falschen Prämissen, über falsche Schlußfolgerungen, dennoch zu einem brauchbaren Ergebnis kommt oder doch kommen kann, wenn man die entscheidende Volte nicht verpaßt.

M.a.W.: Ich werde zu zeigen versuchen, daß sich die große Bedeutung von Studienberatung und besonders auch die der Fortbildung und Supervision nicht aus einem epochalen Problem philosophischer Dimension herleitet, etwa dem bevorstehenden kulturellen Untergang des Abendlandes durch eine kürzlich geschehene Um-Interpretation der Bildungsinstitution Universität, oder daraus, daß der Studienberatung die Rettung der Bildung an den Hochschulen aufgegeben sei, sondern aus etwas vergleichsweise Einfachem, aber nur scheinbar trivialen, und daß Fortbildung, Supervision und Studienberatung deshalb an Bedeutung nicht etwa verlieren, sondern gewinnen.

I. DER AUSBILDUNGS-ASPEKT / DIE UNIVERSITÄTSGESCHICHTE

Es ist also der Frage nachzugehen, wie sich das Verhältnis zwischen dem Charakter der Universität als Bildungsinstitution und ihrem Charakter als Ausbildungsinstitution für anspruchsvolle/gehobene Berufe im Laufe der

Jahrhunderte entwickelt hat. Dabei werde ich mich auf das konzentrieren, was der "Gründungsimpuls" genannt wird. Und ich werde, obwohl die erste Universität auf dem deutschen Reichsgebiet erst 1348 durch Karl IV in Prag gegründet wurde, fast 2 Jahrhunderte früher beginnen müssen (1348 gab es in Europa bereits 31 Universitäten!).

Phase 1

Unter meinem benannten Aspekt der Betrachtung darf ich die erste Gruppe der Universitätsgründungen in Bologna beginnen und bis hin zu den ersten Jahren des 16. Jhs. fassen, bis zur Gründung von Frankfurt a.O. 1506/7.

In der Mitte des 12. Jahrhunderts begann in Bologna, und wohl auch Paris, ein relativ unorganisiertes Studium der Wissenschaften, das dann um 1200 zu einer korporativen Gemeinschaft zusammengefaßt wurde, der "universitas magistrorum et scholarium". Als Anlaß des Studiums und der universitas werden "reine" wissenschaftliche Motive berichtet: eine außerordentliche Belebung des Geisteslebens, dem die herkömmlichen Kloster- und Domschulen nicht mehr entsprechen konnten, u.a. durch die Wiederverfügbarkeit von antiken philosophischen Werken wie der Naturphilosophie des Aristoteles, sowie in der Folge der Auseinandersetzungen zwischen Kaisertum und Papsttum die intensive Auseinandersetzung mit dem römischen Kaiserrecht etc.

Die darauf folgende zweite Welle der Universitätsgründungen dieser Phase, die sog. "mittelalterliche Form" der Neugründungen geschah meist durch Abwanderung von Professoren und Studenten aus den bestehenden Universitäten als Protest gegen versuchte Beeinträchtigungen der "libertas scholarium" durch, ja gerade nicht durch Papst und Kaiser, die diese libertas eher schützten und in mindestens einem überlieferten Fall sogar die Abwanderung selbst empfohlen haben, sondern durch Übergriffe der lokalen Mächte weltlicher und geistlicher Art.

Der dann folgende Gründungsimpuls, die dritte Welle in dieser Phase, waren die sog. humanistischen Universitätsgründungen, beginnend etwa in Freiburg, 1456/56 bis, wie gesagt, Frankfurt a.O. 1506/7.

Diesen hier als "mittelalterlichen Universitäten" zusammengefaßt war gemein-

sam, daß sie auch Stätten der Berufsausbildung waren, Ausbildung für anspruchsvolle Berufe betrieben haben: die 3 sog. "höheren Fakultäten" waren die der Theologen, der Juristen und der Mediziner.

Aber um in diesen studieren zu können, hatte man zunächst die "Artistenfakultät" zu durchlaufen, also das Studium der 7 artes liberales. Und genau in dieser Artistenfakultät war die überwiegende Anzahl der Studenten und nicht etwa in den höheren Fakultäten der "Berufsausbildung".

Wenn auch berichtet wird, daß es auch im Mittelalter den sozialen Aufstieg qua Studium der freien Künste gab, muß man wohl konstatieren, daß die mittelalterliche Universität eine Bildungsinstitution war, in der nicht die Berufsausbildung im Vordergrund stand, sondern eher das gelehrte wissenschaftliche Interesse, das Wissen- und Erkennen-Wollen.

Phase 2

In der nächsten zeitlichen Einheit möchte ich das 16. und den größeren Teil des 17. Jh. zusammenfassen, entweder unter der Überschrift "Zeitalter der Territorialstaaten" oder unter "Reformation und Gegenreformation": hier wurden, beginnend mit Marburg 1527, fast 20 zumeist kleinere und auch nicht immer sehr langlebige, Universitäten gegründet, bis hin zu Breslau 1632 oder Innsbruck 1672.

Als "Gründungsimpuls" für diese Phase dieser Universitäts-Gründungen werden zum einen die "Glaubensauseinandersetzungen" genannt, und das könnte vermuten lassen, daß der Charakter der mittelalterlichen Universität als primär Bildungsinstitution ungebrochen beibehalten wurde. Aber das ist nicht so. Das bezieht sich trivialerweise schon auf die nun protestantisch gewordenen Gebiete, wo statt der sakramentalen Weihe zur entscheidenden Grundlage des evangelischen Priestertums die gelehrte theologische Bildung wurde.

Und außerdem (Stichwort "Territorialstaaten") sind diese Gründungen (wie alle deutschen Universitätsgründungen) von vornherein obrigkeitliche Gründungen gewesen, und als solche nicht nur der obrigkeitlichen Leitung und Aufsicht stärker als andere europäische unterworfen, sondern sie sind als Staatsuniversitäten auch dem verstärkten Interesse, man könnte schon fast Auftrag sagen,

ihrer Landesfürsten ausgesetzt, eine gelehrte Berufsausbildung zu vermitteln. Es dehnte sich in den Territorialstaaten die Staatsfähigkeit aus und in gleichem Maße gewann die Ausbildung von Juristen an Wichtigkeit und Ausdehnung, auf deren Tätigkeit als Richter und Verwaltungsbeamte sich diese Staatsfähigkeit stützte.

Man kann hier also, wenngleich nicht von dramatisch "veränderten Prioritäten", so doch von einer makroskopischen Akzentverschiebung, einem stärkeren Interesse an Ausbildung als im Mittelalter sprechen.

Phase 3

In vielfacher Hinsicht bemerkenswert sind die Universitätsgründungen um und nach 1700, als deren Gründungsimpuls die Ideen der Aufklärung gelten, allen voran Halle 1694 und Göttingen 1737.

Da gab es ganz unerhörte akademische Neuerungen, beginnend damit, daß in Hörsälen deutsch gelehrt wurde (Thomasius bereits 1687 in Leipzig, dort aber veräpelt und nach Halle gegangen). Es wurde das Grundprinzip der mittelalterlichen Universitätslehre überunden, das noch die humanistischen, reformatorischen und gegenreformatorischen Universitätsreformen im wesentlichen überlebt hatte, nämlich die scharf reglementierte und kontrollierte Beschänkung darauf, daß ein gegebener Lehrbestand des Wissens wiederzugeben, vorzulesen sei. An dessen Stelle wurde die libertas philosophandi postuliert, also die Forschungsfreiheit, und das Toleranzprinzip in der Lehre entgegengesetzt der traditionellen Lehraufsicht und Zensur. Die "gelehrten Monopole" wurden abgeschafft und damit Lehrfreiheit und -konkurrenz forciert und so dem Erstarren von Fächergrenzen entgegengewirkt. Die Grenzen der Forschung und Lehre sollten nicht mehr durch das Volumen der privaten Mittel der Professoren vorgegeben sein. Und schließlich kam es zum Aufblühen von Wissenschaftsgebieten, die bis dahin eher randständig waren, z.B. die Altertumswissenschaften und die Naturwissenschaften. Et cetera.

Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß es sich hierbei um die Aufklärung handelt, und das setzt für die Universitäten auch andere, heute würde man sagen, politische Rahmenbedingungen und einen ganz deutlichen Ausbildungsauftrag.

Denn diese Aufklärung hat nicht nur philosophische Aspekte und einen uner-

schütterlichen Glauben in die Betätigung der menschlichen Vernunft, nicht nur Züge des Individualismus und Liberalismus, sondern zu ihr gehören auch unternehmerische Begriffe wie Merkantilismus und Utilitarismus. Es entspricht dem aufklärerischen Bedürfnis nach Urteilsfähigkeit und brauchbaren Kenntnissen, daß der Erziehungswille des Zeitalters auf eine Ausbildung zu sozialer, gewerblicher und militärischer Nützlichkeit gerichtet war, daß die Kriterien der Nützlichkeit und Anwendbarkeit im höheren Schulwesen betont wurden und in den höheren Studien zu einer praxisbetonten Spezialisierung führte, daß die Gefahr akut war, die Einheit des Wissens aus dem Blickwinkel zu verlieren oder aufzugeben.

Und ebenfalls die Gefahr, zugunsten der neuen "Geschäftswissenschaften" der Kameralistik, der Verwaltung und Ökonomie also, die alte reine Universitätsbildung zu verdrängen.

Das Interesse des Staates war, so scheint es, sehr viel massiver auf den Ausbildungs-Charakter der Universitäten gegründet als es sich schon in der vorigen Phase andeutete. Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm II sorgte dafür, daß in seinem Preußen 1727 die ersten Professuren für Kameralistik und Ökonomie errichtet wurden, um die Bedürfnisse des Staates nach geeigneten Staatsdienern auf der Universität zu erfüllen. Damit wurden sie in diesem Bereich zu "landesherlichen Vorbereitungsanstalten für akademische Staatsdiener", und ganz allgemein den einflußreichen Bemühungen der Landesfürsten ausgesetzt. Ein gebrauchlicher Ausdruck der Zeit war, die Universitäten als "akademisches Bergwerk" zu betrachten, das es auszubenten galt, aber auch, aufgeklärt, wie jedes andere industrielle Unternehmen zu pflegen und in Schwung, "in Flor" zu halten galt.

Man kann diese Auffassung auch an Personen festmachen: Schon unter Zeitgenossen hieß es, die Georgia-Augusta in Göttingen solle doch besser "Gerlachs Adolpha" heißen, nach jenem hannoverschen Geheimrat und späterem Kurator der Universität für 40 Jahre, Gerlach A. Frh. von Münchhausen, als dessen Werk diese Universität allgemein betrachtet wird und der u.a. für seine erfolgreichen und konsequente Berufungspolitik berühmt geworden ist. Von dieser Berufungspolitik heißt es auch, daß es ihr Prinzip gewesen sei, daß Wissenschaften, die eine Praxis erfordern, auch nur von solchen Theoretikern/Professoren vorgetragen werden sollten, die selber den betreffenden Beruf ausgeübt haben. (Neln, kein Auszug aus den Einstellungsvoraussetzungen für Fachhochschulprofessoren!)

Ein weiteres G.A.V. Münchhausen zugeschriebenes Zitat:

"Meine Universitätsmoral ist auf das Interesse der Ehre und des Nutzens gegründet".

Und abschließend ein Zitat, daß ich Herrn Präsident Kamp verdanke, vom Hofrat Johan Daniel Gruber, August 1732, das die Interessen einer auf Modernisierung bedachten staatlichen Verwaltung an der Universität illustriert: man müsse "bey Zeiten die besten Subjekte in Anmerkung" bringen, "welche nach Erforderung der jetzigen Zeiten, da mehr im Cabinet als im Felde zu thun vorfällt, zu wichtigen Staats-Verrichtungen sich qualificiren können".

Aber es gibt noch zwei weitere Anmerkungen zu dieser Phase der Universitäts-geschichte.

(1) Ganz im Sinne der Aufklärung beginnen zu dieser Zeit auch die Gründungen von Fach-Hochschulen, 9 in der Zeit zwischen 1724 und 1806, darunter 3 Bergakademien und solche für Tiermedizin, Ackerbau und eine Bauakademie.

Hier könnte man, bezüglich des Tagungsthemas, positiv registrieren, daß die Universitäten trotz allen Merkantilismus und Utilitarismus der Aufklärung von der totalen Übernahme als Ausbildungsstätte verschont blieben.

(2) Es kommt neben und außer den Universitäten in großem Stil zur Gründung von "Akademien" für "wahre Wissenschaft und Forschung", die den forschenden Gelehrten wissenschaftlichen Austausch, Heimstatt und Förderung bieten sollten, z.B. die "Göttingische Gelehrte Gesellschaft" 1751.

Es gab damals offenbar auch Leute, die den Universitäten stets mit unverbesserlicher Geringschätzung gegenüberstanden. Einer davon war Leibnitz, auf dessen Plan neben anderen in Europa die Preussische Akademie in Berlin, 6 Jahre nach der Halle-Gründung, gegründet wurde. Ein anderes Beispiel ist v. Humboldt, aber davon später.

Und Schelsky (1971) schreibt gar: "Die Geschichte der reinen Gelehrsamkeit und Wissenschaft könnte in vielfältiger Hinsicht als eine Geschichte der Opposition zur Universität geschrieben werden".

Phase 4

Das, was gemeinhin unter "der Idee der deutschen Universität" verstanden wird, verbindet sich natürlich mit der Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität, Berlin 1809/10 und dem Namen von Humboldt. Es ist die neuhumanistische Bildungs- und Wissenschaftsidee, über die ich mich hier nicht detailliert verbreiten werde, weil sie in vieler Munde ist und ich sie (vielleicht etwas gewagt) als allgemeines Bildungsgut voraussetze.

Der Beginn der Gründungsphase wird von einigen Chronisten bereits im Jahr 1789 datiert, in Jena gesehen, und zwar in Schillers dortiger Antrittsvorlesung, von der zumindest der Titel ebenfalls in vieler Munde ist: "Was ist und zu welchem Ende". Für unser Thema ist an dieser Vorlesung interessant, daß hier, und man sagt erstmals, die Unterscheidung zwischen dem "philosophischen Kopf" und dem "Brotstudenten" oder "Brot- und Buttersstudenten" getroffen und expliziert wurde. Damit war der Terminus des "Brotstudiums" gegeben und damit die Gegenkategorie zu dem, was in den folgenden Jahren entwickelt wurde.

(Die Brotstudenten erkannte man übrigens nicht nur daran, daß sie an der Universität eine brotbringende berufliche Ausbildung suchten, sondern nach den Worten des für die Berliner Gründung wesentlich mitverantwortlichen Althilologen Wolf aus Halle in einer Denkschrift 1803: "Fast jedesmal bemerkt man bei öffentlichen Exzessen und Unruhen, daß sie von denen verübt wurden, die ein berühmter Schriftsteller die ... zu nennen pflegt.")

Die Berliner Gründung geht, wie die Göttinger auf v. Münchhausen, sehr wesentlich auf das Wirken des Kabinettsrats von Beyme zurück, der sich früh in der Vorbereitungsphase des Mitwirkens berühmter Gelehrter seiner Zeit bediente, des genannten Wolf aus Halle, des Philosophen Fichte aus Erlangen bzw. Berlin, sowie auch Schleiermacher und schließlich Humboldt, der aber erst sehr spät einbezogen wurde.

Die Konzeption der zu gründenden Institution erklärt sich aus den beiden Wurzeln, einerseits die Gelahrtheit der älteren, besonders humanistischen Universität wieder aufleben zu lassen und andererseits die aufklärerische Nützlichkeitserfassung von Wissenschaft und Philosophie, die "im Zunftwesen erstarbte Universität" zu überwinden.

Aber das Wichtigste an dieser Gründungsidee ist, unter unserem Tagungsschema, nicht ohne Pikanterie: die Berliner Universität wird eine "Universität wider Willen" genannt. Man wollte eine bisher nirgends vorhandene Art wissenschaftlicher Anstalt schaffen, aber nicht eine Universitätsreform bewirken; man wollte gar keine Universität gründen. Wolf war ein erklärter Gegner einer Universität als Form für ein Institut, an dem nur "sehr wenige und erlesene Seelen" dem Studium nachgehen, und hat später einen Ruf nach Berlin, an die spätere Universität, nur unter Bedingungen angenommen, die man getrost als universitätsfeindlich bezeichnen kann. Fichte schrieb in einer Denkschrift zur Neugründung 1807 niemals von einer Universität, sondern von einer "höheren Lehranstalt", einer "Bildungsanstalt" oder von einer "Akademie" im antiken Sinn.

Und von Beyme selbst war der dezidierten Auffassung, daß für die reguläre Ausbildung der Staatsbeamten die bestehenden Universitäten durchaus ausreichen, dafür hielt er Universitäten gerade noch gut genug. Aber die geplante Berliner Lehranstalt, die einer freien, echt akademisch gearteten Fortentwicklung der hervorragendsten und strebsamsten Köpfe dienen sollte, müsse eine Verbindung zu den Universitäten gänzlich aufgeben. Auf einer Denkschrift Wolfs notierte er am Rand, daß ihm für solche Ziele "die göttliche Einrichtung" vorschwebte, und das meint natürlich die Universität, sondern die Gelehrtensozietät.

Als nun der Preussische Gesandte in Rom im Herbst 1808 vermeintlich zu einem Urlaub in Berlin eintrifft, erfahren muß, daß er Chef der Unterrichtsverwaltung werden soll und nur widerwillig annimmt, war dieser (Wilhelm v. Humboldt) wie berichtet wird, innerlich den Positionen von Wolf und Beyme zugeneigt; dazu sollen v. a. sein Studium in Göttingen und seine Teilnahme am Weimarer Gelehrtenverein (mit Goethe) beigetragen haben. Aber es kommt dann unter v. Humboldt doch zum Kompromiß, zur Gründung der Universität, die keine sein wollte. Dies wird dem realistischen Blick des Weiterführenden und des Diplomaten zugeschrieben.

Phase 5ff

Wie ging es nun nach der Universitätsgründung in Berlin weiter? Man muß wohl sagen: uneinheitlich.

Zuerst sollte der Fiktion widersprochen werden, daß nach 1810 nun alle deutschen Universitäten dem Berliner Konzept ideell und sogar auch praktisch beiträten. Die neuhumanistischen Bildungstendenzen, nach denen der Mensch sich durch Bildung selbst entfalte und so zur Selbstverwirklichung und zur -vermittlung gelangte, hat zweifellos einen mächtigen und langwirkenden Einfluß gehabt. Gleichzeitig wird aber auch berichtet, daß die instrumentelle Tendenz, Studium als Vorbereitung auf gehobene Berufspositionen, im 19. Jahrhundert ebenfalls verstärkt und gegen Ende des 19. Jahrhunderts zugunsten der berufsrelevanten Kenntnisse entschieden wurde. Das "Brotstudium", mit einem berufsbezogenen Examen, soll das Studium der Mehrheit gewesen sein, das "Bildungsstudium", in der ersten Hälfte des 19. Jh. noch die übliche Form, soll zurückgedrängt worden sein.

Nun muß man wohl angesichts solcher Berichte trennen zwischen dem "Hochschulwesen" und dem "Universitätswesen" i.e.S.

Da ist zunächst zu konstatieren, daß es ein Universitätsterben gab, das vor allem unflexible, im Alten verhaftete und wissenschaftlich unbedeutendere trafa: 1792 existierten im deutschen Sprachgebiet 42 Universitäten, davon waren bis 1818 mehr als die Hälfte erloschen. Gewissermaßen ein negatives Indiz für den Einfluß der Humboldtischen Universitätskonzeption.

Ferner kann man anführen, daß die Universität und die "reine Wissenschaft" in den sich Humboldtisch verstehenden Universitäten dadurch vor anwendungsspezifischer Berufsausbildung und angewandter Wissenschaft geschützt wurde, daß aus den Fach- und Berufsschulen Hochschulen entstehen, zusätzlich zu den schon genannten Gründungen im 18. Jahrhundert jetzt gegen Ende des 19. Jh. die Technischen Hochschulen, dann Handels- bzw. Wirtschaftshochschulen, Landwirtschafts- und Forsthochschulen sowie tierärztliche Hochschulen.

Darin kann man eine vorsätzliche Trennung von reiner und angewandter Wissenschaft und der der letzten zugeordneten Berufsausbildung sehen, die im großen und ganzen bis zum Ausgang der Zoger Jahre dieses Jahrhunderts durchgehalten wird. Denn auch da, wo die traditionelle Universität Berufsausbildung vermittelte (Theologie, Jura, Gymnasiallehrer), wurde diese in einer eher rein wissenschaftlichen Lehre denn in direkt berufsbezogener Lehre betrieben.

Diese Tendenz ist nun aber im weiteren Verlaufe dieses Jahrhunderts gewisser-

maßen umgekehrt worden: immer mehr zuvor "ausgegliederte" berufsbezogene Studiengänge und Hochschulen wurden in die Universität aufgenommen und mehr oder weniger erfolgreich in sie integriert. Und nicht zuletzt wurde unter dem Einfluß der Abnehmer der Universitätsabsolventen die akademische Lehre an Berufsbildern und -anforderungen ausgerichtet, praxisbezogener und in immer neuen Anläufen ihre Didaktisierung erstrebt, d. h. die Verbreitung von Wissenschaft in homöopathischer Dosierung.

Damit korrespondierend wurde die "grobe Wissenschaft", darunter die nobelpreisverdächtige, in beträchtlichem Umfang aus den Universitäten abgezogen in die Max-Planck-Institute, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Großforschungseinrichtungen. Und seit es ein Hochschulrahmengesetz gibt, ist festgeschrieben, daß die Hochschulen einen Ausbildungsauftrag haben - von einem Bildungsauftrag steht da nichts, geschweige denn etwas von Selbst-Vermittlung durch das Studium der Wissenschaften.

Als erste Zwischenbilanz: Universität in Deutschland ist immer mindestens auch Ausbildungsstätte gewesen. Im Mittelalter ein bißchen, in den Territorialstaaten etwas mehr, in der Aufklärung dann sehr viel mehr, im 19. Jahrhundert dann wieder weniger, und im 20. Jh. mehr denn je.

II. DIE SACHE MIT DER "BILDUNG"

Lassen Sie sich von bisher Gesagten bitte nicht zu der Vermutung verleiten, ich würde nun schlußfolgern: wenn Hochschule immer und nun erst recht auch Ausbildungsstätte ist, dann müsse (1) Studienberatung eine zweite, bessere Berufsberatung sein und (2) Fortbildung in Niedersachsen hieße (akademische) Berufskunde zwecks Weiterreichung von Informationen über das Beschäftigungssystem an die Ratsuchenden.

Aber gestatten Sie mir, bevor ich meine eigenen Schlußfolgerungen ziehe, nach dem Bisherigen, das sich auf diesen Ausbildungsauftrag konzentrierte, einen Exkurs, Exkurs natürlich nur in der Linie meines Vortrags, zum Thema Bildung.

Zu diesem Thema hat der Erlanger Philosoph Henning Köbber in der 1983-Ver-

anstellung in Göttingen viele bemerkenswerte Dinge gesagt, z.B. daß der Bildungsbegriff nicht konsensfähig ist. Ich werde diesen Vortrag hier nicht nachzeichnen, er ist in "WIK-Dokumente" 54/1983 im Wortlaut nachzulesen. Nur einige Gedanken möchte ich in Erinnerung rufen, besonders zu einem Punkt: Als externer Auftraggeber für die Ausbildung an Hochschulen gilt, und ist auch von mir genannt worden, u.a. der Staat. Meist folgt dann an zweiter Stelle die Wirtschaft, oft in der Variante die "böse" Wirtschaft, und das klingt alles so, als wäre mit der Bildung an den Hochschulen alles in schönster Ordnung, wenn man die Hochschulen nur machen ließe wie sie wollten.

Möglicherweise ist die Akzentverschiebung zwischen Bildung und Ausbildung aber auch eine Art Eigenleistung der Hochschulen und der Wissenschaft selbst. Hierzu, angelehnt an Koblitz:

(1) Wenn Bildung das ist, was übrig bleibt, wenn man das Gelernte mit all seinen Einzelheiten längst vergessen hat, wenn sie also kein unmittelbar handlungsanleitendes Wissen oder enzyklopädische Beherauskunft ist, sondern Orientierungswissen, dann muß man sich fragen, ob eine Vertiefung der Bildung an Hochschulen wirklich "mehr Stoff" (oder "mehr Semester" oder "gleicher Stoff in weniger Semestern") bedeuten sollte, oder nicht vielmehr "mehr Bestimmung"?

(2) Wenn, so v. Humboldt, der Begriff der höheren wissenschaftlichen Anstalten darauf beruht, daß sich objektive Wissenschaft und subjektive Bildung verknüpfen, dann eben der Gegenstand des akademischen Unterrichts "auf das Gemüt zurückwirkt", ihnen die Hochschule über das Fach/den Beruf hinaus zu personifizieren, ob und affektiver, kurz sittlicher, Identität verholten hat.

Meine Bibliothek enthält rd. 3 Dutzend Absolventenstudien, von der Wissenschaft selbst gefertigt, meist Verbleibensuntersuchungen, die den Wert eines Studiums, belegen sollen: der Wert eines Studiums wird dort - wissenschaftlich! - meist in Monaten Wartezeit bis zur ersten Anstellung "gemessen"!

(3) Eine gravierende Hypothese gegen den selbstgegebenen Bildungsauftrag liegt im Innenzustand der Wissenschaften und in ihrem erfreulichen Fortschritt selbst:

die unaufhaltsame Flut von Spezialwissen und die spezialisierten Teilwissenschafts-Studiengänge bewirken Orientierungsverlust und behindern Orientierungswissen.

(4) Und auch: "Ein wissenschaftliches Studium mit der Berufsaussicht Arbeitslosigkeit kann nur in Glücksfällen ein bildendes Studium sein". Die zuweilen zu hörende Maxime "Studieren Sie auf jeden Fall, es ist in jedem Fall gut für Sie selbst" ist also gefährlich unreflektiert.

III. GEÄNDERTE PRIORITÄTEN ?

Geänderte Prioritäten zwischen Bildungsauftrag und Ausbildungsauftrag - ja sicher, und wie sollte es anders sein, z.B. wenn 33% eines Jahrgangs studieren, wenn man sich z.B. die manpower-Erfordernisse einer deutschen Volkswirtschaft ansieht, und wenn man z.B. beim staatlichen manpower-Bedarf berücksichtigt, daß wir mittlerweile allein 17 Parlamente und zugeordnet über 300 Ministerien personell zu alimentieren haben, in die wir doch die besten und klügsten Köpfe zu entsenden pflegen?

Aber, trotz dieser Beispiele, sind die 80'ger und 90'ger Jahre nicht der Zeitraum, in dem die Prioritäten nachhaltig geändert wurden. Das liegt, wie ich zu zeigen versucht habe, schon viel länger zurück.

Daraus ist nun allerdings nicht zu folgern: also das war schon immer so, also soll sich die Studienberatung mal nicht so haben mit ihrem Gerede von der Bildung. Studienberatung hat in der Tat vom Bildungsauftrag der Hochschulen, genauer: im Einzelfall vom Bildungswert eines Studiums, zu sprechen, aber nicht deshalb, weil sich kürzlich alles geändert hat, sondern aus anderen Gründen, zu denen ich jetzt kommen werde.

Nehmen wir den seismographischen Charakter der Studienberatung einmal ernst und fragen, was man mit dem Ohr am Puls des studierenden und studienberechtigten Volkes erfahren kann. Da spiegeln sich die Erwartungen der Ratsuchenden an das Hochschulstudium in ganz konkreten Einzelthemen/Problembereichen, die, häufig von externen Anlässen bestimmt, sich in dieser oder jener Variante des Themas zeigen und, auch abhängig von äußeren Anlässen, zeitlich geballt auftreten.

Da hören wir in der Tat in letzter Zeit zahlreiche Ausbildungserwartungen an ein Studium heraus, wieder einmal, um genau zu sein.

(1) Eine Facette, in der sich die Ausbildungserwartung der Klientel spiegelt, ist die Rezeption des letzten und schlimmsten der Hochschul-rankings, des SPIEGEL. Wir kennen heute die bei der ZVS geäußerten Ortspräferenzen und wir kennen die Veränderungen der Erstsemesternzahlen vom WS 89/90 zum WS 90/91. Man kann nun diese in Beziehung setzen zum SPIEGEL-Rangplatz der jeweiligen Hochschulen, und dabei kann man rechnen wie man will, stets kommt dabei heraus, daß die Botschaft des SPIEGEL bei einer Population von 225.000 Studienanfängern sehr wohl angekommen ist: die Hochschulen "oben" haben weit überdurchschnittlichen Zuwachs, die "unten" weit unterdurchschnittlichen. Und auch die zweite Botschaft des SPIEGEL, "small and new ist beautiful", ist sehr wohl angekommen.

Und der SPIEGEL hat in den gestellten Fragen sehr klar gemacht, was die "guten" und die "schlechten" Universitäten sind: es ging um die Ausbildung, nicht die Bildung. Es wurde eben nicht nach dem Fächerspektrum einer Hochschule gefragt, nach der Möglichkeit zum Studium generale, zur individuellen Studiengestaltung usw., d.h. nach den Bedingungen der Möglichkeit von Bildungskopien Änderungen in der Studienortswahl geführt hätte.

(2) Eine andere Facette ist besonders der Studienberatung an Universitäten geläufig: die Ratsuchenden, die nun an der Universität studieren müssen, weil ihre Noten für eine Fachhochschul-Ausbildung nicht ausreichten.

(3) Eine andere Welle von Ratsuchenden mit, nachvollziehbar und verständlich, fast ausschließlich konkreten Ausbildungswünschen an ein Studium waren die Tausende von Ratsuchenden aus der ehemaligen DDR nach der Öffnung der Grenzen.

(4) Hierzu gehört auch der ungeheure Nachfrage-Boom, der entsteht, wenn im Konzert der vielfältigsten neuen Studiengänge einer auftaucht, der mit "Angewandte ..." beginnt.

Letzteres mag als Beispiel auch dafür genommen werden, daß uns nicht nur die Ratsuchenden periodisch den Eindruck einer neuen Ausbildungs-Prioritäts-Welle vermitteln: im Ersinnen dieser Studiengänge sagen die Hochschulen sehr viel

über ihr Selbst-Verständnis ihres Auftrages aus.

Und schließlich sind da auch die Politiker, die, ich meine jetzt nicht prinzipiell, sondern gelegentlich aus aktuellen Launen oder Publicity-Bedürfnissen heraus an dem Bild einer Prioritäten-Verschiebung mitwirken. Ich wurde vor einiger Zeit in das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur zitiert, wo mir eröffnet wurde, es sei die Auffassung des Ministerpräsidenten, des Ministers und der Frauenbeauftragten der Landesregierung, daß "die jungen Damen" viel mehr Elektrotechnik und nicht die brotlosen Buchwissenschaften studieren sollten, und mir der dringende Wunsch mitgeteilt wurde, Studienberatung in Niedersachsen möge diese Auffassung der Landesregierung in ihrer Beratung beachten. (Ich habe die ZSB's dann gebeten, dies "in angemessener Weise" zu tun, und ich weiß, daß sie es in der Tat angemessen getan haben.)

Das heißt, zusammengefaßt, es handelt sich bei dem, was die Studienberatung erlebt und erfährt, nicht um eine permanente, grundlegende Änderung des Zeitgeistes; schade eigentlich, denn dann wäre es für die Studienberatung einfach. Es handelt sich bei diesen Dingen um einige wenige aus der langen Reihe von Themen, die je nach aktueller Lage, Sauregurkenzeit oder Politiker-Verlautbarungen in Form von 4-Zeilem in der Bild-Zeitung die jeweiligen Inhalte unserer täglichen Arbeit mitbestimmen - ebenso wie es zu anderen Zeiten die Technikfeindlichkeit war, die Studierfähigkeit, die Akademikerbedarfsprognosen, die Studiendauer etc. etc.

Und aus dieser scheinbaren Trivialität dessen, was im Tagungsthema angesprochen ist, folgt die Wichtigkeit von Studienberatung, folgt die Wichtigkeit von Fortbildung und Supervision, und folgt, daß man sehr wohl vom Bildungsauftrag/Bildungswert eines Studiums sprechen muß, nicht immer und überall, aber immer wieder.

IV. GEÄNDERTE BERATUNG ?

Folgt nun aus einer Verschiebung der Prioritäten zur Ausbildungserwartung an Hochschulen, gleichgültig ob langfristig und strukturell oder punktuell, das Erfordernis einer veränderten Beratung? Nein!

Der erste Grund ist eher akademischer Natur. Meine favorisierte Definition von Beratung, einschließlich Studienberatung, ist einigen von Ihnen bekannt: In der persönlichen Beratung sollen die Grundlagen erarbeitet werden, die es den Ratsuchenden ermöglichen, aus eigener Erkenntnis und Verantwortung Entscheidungen zu treffen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Ich kann mir schlechterdings keine Prioritätsverschiebung vorstellen, die es erforderlich machen würde, von diesem Verständnis abzugeben.

Der zweite Grund für mein "Nein!" ist auch in dieser Beschreibung enthalten, er liegt im Wort "Entscheidung".

Es ist meine tiefste Überzeugung, daß eine "Entscheidung" erst dann ihren Namen verdient, sich vom Münzwurf oder Würfeln unterscheidet, wenn sie in Kenntnis (a) der zur Verfügung stehenden Alternativen und (b) Konsequenzen dieser Alternativen geschieht.

Das wiederum heißt, daß Beratung auch und wesentlich bedeutet, die beim Ratsuchenden jeweils unterbelichteten Aspekte seiner Problemmahnnehmung zu benennen/behandeln. Wer sich ganz auf Bedarfsprognosen stützen möchte, dem muß erklärt werden, was die eigentlich sind, und wer eine Erklärung des Kultusministers über den Lehrerberuf in 5 Jahren für völlig irrelevant hält, dem muß erklärt werden, daß sie doch etwas bedeutet. Wer sich nach einem Hochschul-ranking seine Hochschule aussucht, dem muß man klarmachen, was rankings sind, und wer verkündet, die seien völlig irrelevant, dem muß klargemacht werden, daß etwas "daran" ist, nur eben was.

Und völlig analog auch bei Ratsuchenden mit der Idee "wenn schon arbeitslos, dann in einem Beruf der Spaß macht" oder der Idee der Selbstverwirklichung in Archäologie oder der Selbstfindung in Psychologie: mit ihnen muß ihre derzeitige Ausbildung späterer Berufstätigkeit/Erwerbstätigkeit und der Ausbildung dafür so thematisiert werden wie eben auch der Bildungswert eines Studiums bei Personen, die einen solchen Aspekt nirgendwo in ihrem Kalkül erkennen lassen.

Das ist nicht so, weil Bildung oder weil Ausbildung nun besonders wichtig seien, das ist so, weil Beratung eben Beratung ist.

(Sie können zu diesem Schluß auch auf anderem, eher psychologischem Wege kommen. Beratung ist nicht "reine" Empathie in dem Sinne, daß Beratung unkritisiert jegliche Weltanschauung, die ihr da über den Tisch gereicht wird, wertschätzend verstehen und bejahen muß; solche "Beratung" erzeugt vielleicht ein Gefühl des Verstandenseins und der Nettigkeit, erfüllt aber den "beraterischen Kontrakt" nicht. Es ist sehr wohl Aufgabe von Beratung, die Realitätsansicht des Ratsuchenden mit anderen Realitätsansichten zu konfrontieren. So kann man auch zu meinem Ergebnis kommen.)

Wenn dies also Beratung ist, und wenn wir uns stets und ständig immer wieder neuen Modellen gegenübersehen, Technikfeindlichkeit, ranking, Studiendauer, Lehrbedarfsprognosen etc., dann ist Beratung in der Tat ein sehr harter Job. Denn wir müssen zu all diesen Themen, von denen man im eigenen Studium nur zu wenigen gleichzeitig Profundes gelernt haben kann, Stellung beziehen können, wir können das Aufkommen dieser Themen nicht beeinflussen, aber es wird erwartet, daß wir, sobald sie da sind, kompetent darauf reagieren können. Und dieses geht sinnvoll nicht (nur) im all-nächtlichen Eigenstudium, dieses erfordert systematische Fortbildungsmöglichkeiten, nicht etwa ein starres x-jähriges Curriculum, sondern solcherart organisierte, daß sie kurzfristig und flexibel auf neue Erfordernisse reagieren können.

Und: es ist nicht nur der höhere Sinn von Beratung, die jeweils unterbelichteten Aspekte beim Ratsuchenden entdecken und benennen zu können, sondern dies muß möglichst objektiv geschehen. D.h. entweder indem der/die Beratende dies unabhängig von seiner/ihrer eigenen Einstellung zum Sachverhalt kann, unabhängig von der Biographie, Werthaltungen etc. tun kann, oder doch zumindest so, daß implizite Stellungnahmen zur Wertigkeit der Aspekte dem Ratsuchenden als solche transparent gemacht werden. Und ich kenne kein anderes Verfahren dies zu erreichen als kontinuierliche Supervision, Fallarbeit. Deshalb gibt es sie in Niedersachsen nun auch seit Februar 1982, derzeitig beginnt ihre "3. Phase".

Aber neben dieser allgemeinen Begründung kann ich speziell bei der Frage "Ausbildung vs. Bildung" an Hochschulen die Notwendigkeit der Supervision noch weiter untermauern. Außer den Psychologen in der psychologischen Studienberatung und vielleicht Pädagogen mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung

arbeitet keiner von uns in einem Beruf, für den er studiert hat. Für uns ist, und sei es im Nachhinein, das Studium keine Berufsausbildung gewesen und das mag unsere Sicht eines Studiums wesentlich, vielleicht ungebührlich, beeinflussen. Es besteht die Möglichkeit, daß (1) gerade deshalb für Studienberatung das Tagungsthema so interessant ist, (2) die Sensibilität für Studien-Ausbildungserwartungen so groß ist, und (3) auch leider die Gefahr sehr groß ist, die Trauben der Bildung zu niedrig zu hängen: Was immer sie "wirklich" sei, eins ist Bildung nicht, nämlich automatisches (Neben-)Produkt eines 5-7 jährigen Hochschulstudiums.

Kruse, Otto und Edith Püschel, Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung, FU Berlin

ARGE - Tagung, 6. - 8. März 1991

Arbeitsgruppe

SCHREIBEN - DENKEN - FÜHLEN
Schreibhemmungen bei Studierenden

Schreibhemmungen, Aufschieben der schriftlichen Seminararbeiten, Probleme bei Examsarbeiten sind weit verbreitete Erscheinungen, bei Studierenden. Sie erhalten nur ungenügende Anleitung für ihre wissenschaftlichen Arbeiten; Spezialveranstaltungen über wissenschaftliche Methodik und Schreiben wissenschaftlicher Arbeiten sind selten und im Studium schlecht platziert.

Wir haben einen semesterbegleitenden Workshop konzipiert und mehrfach ausprobiert, der diesem Problem zu Leibe rückt. Er enthält Selbstlern- und Übungsanteile und vermittelt Wissen über Methodik wissenschaftlichen Schreibens. Erfahrungen aus diesem Kurs wollen wir darstellen.

Wir werden Überlegungen über Ursachen von Schreibhemmungen darstellen und Gelegenheit geben, einige der Übungen auszuprobieren.

BERICHT

Die Fähigkeit, wissenschaftlich zu schreiben, ist grundlegend für ein erfolgreiches Studium und muß im Laufe des Studiums ausgebildet werden. Alle 18 TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe sahen Schreibprobleme an den Hochschulen als weit verbreitet aber auch weitgehend ignoriert an. Von den Lehrenden wird fälschlicherweise vorausgesetzt, daß Studierende bei Eintritt in die Hochschule bereits kompetent schreiben können. An keiner deutschen Universität bereits umfassende und regelmäßige Kurse angeboten, in denen die Studierenden ihre Schreibfähigkeiten entwickeln könnten und die Hilfeböten, Schreibhemmungen und Ängste zu überwinden.

Ausgehend von den individuellen Schreibstilen der TeilnehmerInnen dieser Arbeitsgruppe haben wir die einzelnen Schritte des Prozesses wissenschaftlichen Schreibens dargestellt und erläutert, welche verschiedenen kognitiven und emotionalen Kompetenzen jeweils angesprochen werden. Entsprechend ist der Schreibverlauf von unterschiedlichen Fehlern und Konflikten bedroht, die das Schreiben erschweren oder blockieren können.

Die Erkenntnis, daß beim Schreiben vielseitige Arbeitsschritte notwendig sind, die man getrennt betrachten und üben kann, um von einer Idee zum Text zu gelangen, ist ein zentrales Ziel des vorgestellten Workshops. Entsprechend der Arbeitsweise im Workshop haben wir auch in der Arbeitsgruppe Übungen durchgeführt, die dem Prozesscharakter des Schreibens betonen. Außerdem haben wir Übungen zum kreativen Schreiben vorgestellt,

mit denen wir arbeiten, um den Studierenden zu helfen, ihre individuellen Stärken und Probleme beim Schreiben zu identifizieren. Ein weiteres Ziel des Workshops ist, die Studentinnen zu identifizieren, die zum Schreiben zu motivieren. Wir regen beispielsweise dazu an, ein persönliches Gedankenbuch zu führen und besprechen fortlaufend aktuelle schriftliche Arbeiten. Informationen über die Methodik wissenschaftlichen Schreibens können so an Fallbeispielen orientiert gegeben werden.

Im Laufe der Arbeitsstagnung konnten wir nur wenige der Übungen vorstellen, die wir im Workshop einsetzen, aber wir konnten zeigen, daß es möglich ist, Schreibgehemmten Studentinnen Lust am Schreiben zu vermitteln.

Die Arbeitsgruppe hat uns Spaß gemacht und die TeilnehmerInnen zeigten sich angeregt, einige unserer Erfahrungen in ihre Beratungsarbeit aufzunehmen. Daraus entstand der gemeinsame Wunsch, uns an einer zukünftigen AKGE-Tagung zu einem Erfahrungsaustausch zu treffen.

Arbeitsgruppe 2 "Macht und Ohnmacht in der Beratung"

Die Arbeitsgruppe bestand aus 13 TeilnehmerInnen (9 Frauen, drei aus den neuen Bundesländern und 4 Männern).

Da diese Arbeitsgruppe als Selbsterfahrungsgruppe durchgeführt wurde, gibt dieses Protokoll nur allgemeine Hinweise zum Ablauf und zu den eingesetzten Medien.

Nach einer sog. Warming-up-Phase zum Kennenlernen innerhalb der Gruppe bildeten in kleinen Gruppen vorbereitete szenische Darstellungen den Einstieg in das Thema "Macht und Ohnmacht in der Beratung". Zwei der gespielten Szenen bezogen sich auf Beratungs-sprache, zwei auf Situationen mit KollegInnen in der Beratungsstelle.

In der sich dann anschließenden Auswertung wurde sehr deutlich, daß Macht und Ohnmacht oft so eng verbunden sind, daß es kaum möglich ist, ein bestimmtes Verhalten eindeutig dem einen oder anderen Begriff bzw. Verhalten zuzuordnen. Vielmehr können Macht und Ohnmacht in einem Prozeß sehr schnell wechseln und damit die Klärung eines mit belastenden Gefühlen verbundenen Verhaltens erschweren.

Die einzelnen Szenen ermöglichten, das eigene Verhalten und die damit verbundenen Gefühle - auch im Rollenspiel und Rollentausch - zu erfahren.

Eine weitere Möglichkeit, Situationen von Macht und Ohnmacht sehr persönlich zu erfahren, war durch die Auseinandersetzung mit einem griechischen Mythos gegeben. Wichtigste Erkenntnis dabei war, daß ein Loslassen eigener Verhaftungen und das Einlassen auf die Position des Gegenüber erst eine Veränderung der Grundpositionen ermöglichen können.

Ilona Rodowski

BERICHT zur AG 4

Weiterbildung für Studienberater
Modelle, Möglichkeiten, Grenzen

Motto

Das Thema Weiterbildung ist
komplex

vielfältig
widersprüchlich
herausfordernd
kränkend
bedrohlich
frustrierend
anregend
andauernd . . .

Die Arbeitsgruppe zerfiel in zwei Einheiten: zeitlich, inhaltlich, personell.

Vormittags

Darstellung der persönlichen Aspekte der Teilnehmer zu

Ausbildung
Arbeitsbedingungen
Anforderungen
Weiterbildungserfahrung
Weiterbildungswünschen

Darstellung der "Modelle"

Baden-Württemberg
Berlin
Hessen
Niedersachsen

14 Teilnehmer

Nachmittags

Gedanken und Vorstellungen zu Weiterbildungsmaßnahmen lokal, regional, national

Kontroverse über "psychologische" Methoden und damit deren Notwendigkeit für die allgemeine Studienberatung

10 Teilnehmer (die anderen hatten sich auf eine Veranstaltung für den nächsten Tag vorzubereiten)

Ergebnisse dieser
Arbeitsgruppe

Innerhalb der AGF wird eine Arbeitsgruppe "Weiterbildung" langfristig angelegt arbeiten, die zu Inhalt, Form, Organisation und Finanzierung von Aus-, Fort- und Weiterbildungs-Konzepten erarbeitet, den Erfahrungsaustausch sicherstellt, Angebote entwickelt und Unterstützung bietet (Ansprechpartner: Udo Treide, TU Berlin)

Notwendige generelle Qualifikationsanforderungen an Studienberater wären

- a) Kenntnisse über die Bedingungen des Studierens
- b) beratende Kompetenz auf psychologischer Grundlage (ohne Therapie zu sein).

Für beide Bereiche ist ein kontinuierliches Weiterbildungsangebot in je unterschiedlicher Gewichtung und differenziert nach Ausbildung und bereits erfolgter Fortbildung, das der unterschiedlichen Situation der Studienberater Rechnung trägt, erforderlich.

Speziell sollten Fort- und Weiterbildungsangebote für die Kolleginnen und Kollegen der neuen Länder innerhalb der AGF (-Tage) entwickelt werden.

Udo Treide, Allgemeine Studienberatung der TU Berlin

ANHANG: Kurzarstellungen aus vier alten Bundesländern

Fort- und Weiterbildung für Studienberater in Berlin

Die Situation der Studienberatung im Land Berlin war und ist weiterhin durch die Besonderheit gekennzeichnet, daß sich an einem Ort eine Fülle von Hochschulen aller Art mit Beratungsstellen und eine relativ große Zahl von Studienberatern befinden. Dadurch lassen sich Fort- und Weiterbildungsangebote im Prinzip ohne großen Aufwand nahezu jederzeit organisieren, denn es ist durch den recht engen Kontakt zumindest einiger Stellen und Berater untereinander rasch möglich, vorhandene Bedürfnisse der Kollegen zu erfahren und Anregungen für Angebote herzustellen. Es ist auch nicht schwer, geeignete, für alle leicht erreichbare Räume zu finden und es gibt durch die vielen Institutionen in der Stadt genügend Experten, die bereit sind ohne Honorar zu Sachthemen zu referieren. Der große "Psychomarkt" Berlins bietet außerdem eine Fülle von interessanten Methoden und potentiellen Moderatoren für Supervisions- und Selbstlerngruppen. Da die Zahl der Studienberater relativ groß ist, kommen in der Regel genügend Interessenten zusammen, die ein bestimmtes Angebot annehmen. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Deshalb ist es erstaunlich oder erst verständlich, daß es in Berlin bis vor kurzem kein kontinuierliches und strukturiertes Programm gab, das die wichtigsten Themen zur Fort- und Weiterbildung von verschiedenen Gruppen der Studienberatungsmitarbeiter abdeckt. In der ersten Zeit nach der Einrichtung von Stellen bemühte sich eine Interuniversitäre Arbeitsgruppe von Studienberatern zumindest regelmäßige Angebote zu organisieren, doch schiefen diese Aktivitäten ein, und es entwickelten sich nur einzelne Angebote, die nur selten alle Berliner Studienberater ansprachen, sondern eher von einem jeweils anders zusammengesetzten kleinen Kreis durchgeführt wurden. Neben Fortbildungsveranstaltungen zu Sachthemen (z.B. Lehrstudium, Bafög, Lage der Studenten), die sich eines eher allgemeinen Zuspruchs erfreuten, traten in dieser Phase der meist zufälligen Aktivitäten (etwa 1984-89) mehr und mehr Supervisions- und Selbstlerngruppen ins Zentrum des Interesses eines bestimmten Teils der Kollegen. Man hatte sich nach drei bis fünf Jahren Beraterfähigkeit mit den Sachthemen weitgehend vertraut gemacht und fühlte nun oft ein Unbehagen im Verlauf von Beratungsgesprächen, das nicht auf mangelnde Sachkenntnisse zurückzuführen war.

Da sowohl an HU, FU und PBS Therapeuten als psychologische Studienberater tätig sind, gab und gibt es für Fallsupervision ein großes Reservoir an potentiellen Supervisoren, die den zusätzlichen großen Vorteil haben, daß sie Supervision innerhalb der Arbeitszeit, also unentgeltlich für die Teilnehmer, durchführen konnten. So problematisch diese Lösung auch sein mag, ist sie angesichts fehlender finanzieller Mittel zunächst die einzig mögliche, und der Erfolg gab dem Verfahren recht. Mehrere Supervisionsgruppen kamen zustande und arbeiteten über mehr oder weniger lange Zeit erfolgreich zusammen, wobei insbesondere zwei hervorzuheben wären, da sie über mehrere Jahre hinweg zusammen blieben: eine Gruppe (REI-Schulung), die von Hans-Werner

Rückert, FU, geleitet wurde und eine Gruppe unter der Supervision von Rosita Lohmann, (PBS), die nach wie vor besteht. Daneben gab es Übungsgruppen, die ohne Supervisor direkt von einzelnen Kollegen initiiert und organisiert wurden, indem sie andere Kollegen zusammensuchten, mit denen sie gern zusammenarbeiten wollten, die ebenfalls an einem solchen Thema interessiert waren (z.B. Interaktionsspiele-Gruppe, Fallbesprechungen).

Gerade das letztgenannte Beispiel kennzeichnet am besten das Besondere der Berliner Situation, da es sicherlich nur in ganz wenigen anderen Städten so durchführbar wäre. Zwar wirkt diese Art der Weiterbildung auf den ersten Blick nicht besonders professionell, jedoch hat sie unbestreitbare Vorteile: solche Maßnahmen sind von vornherein auf aktuelle Bedürfnisse von kleineren Gruppen von Kollegen orientiert, sie kosten nichts, lassen sich mit ganz wenig Aufwand organisieren und auch wieder einstellen und diese Gruppen sind von Anfang an in sich von einem starken Vertrauensverhältnis getragen, das in heterogener zusammengesetzter Gruppen oder in solchen mit Supervisor oft erst recht mühsam aufgebaut werden muß. Gerade bei kollegialen Supervisionsgruppen ist das Vorhandensein von Vertrauen von Anfang an eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Verlauf oder das Zustandekommen überhaupt, denn der tägliche Arbeitszusammenhang läßt vor einer persönlichen Öffnung zurück-schrecken, wenn Vertrauen fehlt. In der Regel gelingt es, in solchen Gruppen zumindest einen Teil des gewünschten Effekts zu erzielen, und sie stärken den kollegialen Austausch und Zusammenhalt. Allerdings lassen sich nicht alle Kollegen auf diese Art Gruppen ein. Das gilt allerdings für professionelle, supervidierte Gruppen ebenfalls.

Dennoch war der Zustand der Fort- und Weiterbildung in Berlin nicht befriedigend und so ergreif ich im Sommer 1989 im Rahmen der Arbeitsgruppe Studienberatung bei der Landeskongferenz der Rektoren und Präsidenten des Landes Berlin die Initiative und begann ein kontinuierliches, die wesentlichen Bedürfnisse abdeckendes Angebot zu entwickeln und zu organisieren. In den vergangenen zwei Jahren wurde eine Reihe von Veranstaltungen mit folgenden Schwerpunkten durchgeführt:

- eine Reihe "Besichtigungen der Studienberatungsstellen", da sich gezeigt hatte, daß die meisten Berater die meisten anderen Stellen gar nicht kennen und auch deren spezielle Probleme nicht
- Veranstaltungen zur Informationsvermittlung
- Wochenendseminare mit Fallsupervision und Selbst-erfahrungsanteilen
- regelmäßige Supervisionsgruppen
- Es wurden bzw. werden neue Gruppen in Zusammenarbeit mit der PBS eingerichtet.

Ein besonderes Gewicht bekamen all diese Aktivitäten durch die Tatsache der Grenzöffnung. Sehr schnell wurden die Kolleginnen und Kollegen aus Ostberlin einbezogen und sie nahmen mit großem Interesse daran teil. In diesem Zusammenhang seien noch zwei Veranstaltungen erwähnt, genannt "Berliner Beraterforum", die dem Austausch über Beratungskonzepte und Methoden sowie dem gegenseitigen Kennenlernen von DDR-Beratern und West-Berliner Beratern dienten.

Dem seit 1989 entwickelten kontinuierlichen Angebot war eine Umfrage über gewünschte Themen anhand einer Themenliste vorgegangen, die jedoch nicht besonders erfolgreich war: die Rückmeldungen waren gering. Es lagen jedoch genügend Themen in der Luft, die zum Teil auf die politischen Veränderungen zurückzuführen waren. In "normalen" Zeiten wird die Ermittlung des Bedarfs eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation sein, soll das Angebot nicht ins Leere laufen.

Zusammenfassend läßt sich das Berliner Weiterbildungsprogramm für Studien- und Studentenberater wie es seit 1989 angeboten wird wie folgt charakterisieren:

- Freiwilligkeit
- Jeder Studienberater/in kann teilnehmen oder nicht.
- Kollegialität
 - Es wird von Kollegen für Kollegen gemacht. Zu Sachthemen werden auch Mitarbeiter anderer Universitäten oder außeruniversitärer Stellen als Referenten und Teilnehmer eingeladen.
- Unverbindlichkeit
 - Niemand ist gezwungen, einen bestimmten Umfang an Weiterbildungsangeboten oder einzelne Veranstaltungen zu besuchen. Die Organisation hat keine Auflagen bestimmte Themen oder Bereiche abzudecken, sie orientiert sich an den aktuellen Bedürfnissen.
- Eigeninitiative
 - Kollegen, die ein Angebot machen wollen, werden darin unterstützt auch dann, wenn es sich nicht an alle wendet. Das Programm folgt keiner Aus-, Fort- und Weiterbildungsstrategie, die sich aus einem Qualitätsprofil ableitet. Es stützt sich im Wesentlichen auf bisherige Erfahrungen.
- Aktualität
 - Das Angebot lebt von engen Bezug zum täglichen Arbeitsgeschehen und den dabei auftauchenden aktuellen Erfordernissen und Bedürfnissen.
- Kontinuität
 - Bestimmte Themen werden kontinuierlich angeboten. Das Angebot verteilt sich auf das ganze Jahr ohne spezielle zeitliche Häufungen und Lücken.
- Berufsbegleitung
 - Das Programm wendet sich nur an berufstätige Studienberater und dient nicht dazu, eine Berufsqualifikation vor Aufnahme einer Studienberatungstätigkeit zu erwerben. Selbstverständlich können viele Angebote auch von Clearingmitarbeitern genutzt werden.
- "nebenamtlichen" Organisation
 - Die Organisation geschieht neben und zusätzlich zur normalen Studienberaterstätigkeit
- Landesweites Angebot
 - Die Studien- und Studentenberater aller Berliner Hochschulen und der PBS des Studentenwerks können daran teilnehmen, seit neuestem auch die Potsdamer Studienberater, ohne finanzielle Unterstützung
- Für das bisherige Programm wurden, bis auf eine Ausnahme, keine Mittel beantragt, weder für Honorare noch für Reisekosten.

sekosten. Die Erstattung eines Honorars bei der erwähnten Ausnahme erfolgte aus den Weiterbildungsgebühren der Hochschulen.

Gerade der letzte Punkt wirft Probleme auf. Auch wenn die Berliner Situation erlaubt, ein Weiterbildungsangebot ohne finanzielle Unterstützung durchzuführen, engt diese Tatsache die Möglichkeiten erheblich, wenn nicht gar unzumutbar ein. Es können keine auswärtigen Experten eingeladen werden, auch wenn dies sehr wünschenswert wäre. Außerdem können keine freiwilligen Supervisorinnen engagiert werden, was äußerst unbefriedigend ist. Wenn Kollegen andere Kollegen supervidieren, und seien sie auch an anderen Stellen beschäftigt und mit anderen Aufgaben betraut, kann dies immer zu Konflikten führen, die in die tägliche Arbeit hineinwirken können. Außerdem kennt man sich zum Teil schon sehr lange, was auch keine ideale Bedingung für Supervisor und Teilnehmer ist. Ob sich in finanzieller Hinsicht in absehbarer Zeit eine positive Änderung ergeben wird, ist sehr fraglich. Skepsis erscheint angesichts der Schwierigkeiten in anderen Bundesländern und des gegenwärtigen Berliner Haushalts angebracht.

Die hohe Flexibilität in der Frage von Themen, der Räume und der Zeit ist sicherlich ein besonders positives Merkmal der Berliner Situation, da ganz schnell auf Bedürfnisse, Wünsche und Notwendigkeiten reagiert werden kann, falls bei der Programmplanung genügend freie Termine berücksichtigt wurden. Andererseits führt die Flexibilität in Verbindung mit Freiwilligkeit und Unverbindlichkeit aber auch zu erheblicher Fluktuation bei An- und Abmeldungen zu Gruppenangeboten. Es gibt kurzfristige Absagen, ebenso Anmeldungen in letzter Minute, und ob alle bis zum Schluß bleiben ist auch nicht sicher ...

Ein Problem ist momentan, daß bisher recht unsystematisch Angebote gemacht wurden. Es wäre wünschenswert, wenn längerfristige Ziele definiert würden, und wenn ein Mindestangebot einer Strategie folgen würde, um zu vermeiden, daß das Programm zu einem Sammelstadium von Tagesthemen, Remern und Moderscheinungen von Berliner Studienberatern dienen, der sich im Frühjahr dieses Jahres im Anschluß an die Göttinger Tagung konstituiert hat. Es soll versucht werden, ein systematisches und strukturiertes Programm, das mehrere Schienen verfolgt zu erarbeiten und umzusetzen. Dies führt dann sofort zu der Frage: Was brauchen Studienberater an Aus-, Fort- und Weiterbildung? Ein bekanntlich heißes Thema.

Udo Treide, Allgemeine Studienberatung der TU Berlin

FORT- UND WEITERBILDUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG
Dietmar Chur, ZSB Heidelberg

I. DIE BESTEHENDEN MÖGLICHKEITEN

1. Die Konstanzer Fortbildungsseminare

a. Grundlegendes

- Sie finden einmal jährlich statt, bestehen seit 1977, zunächst 5-tägig, ab 1983 3-tägig;
- Finanzierung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK);
- kollegiale Vorbereitung der Seminare in Abstimmung mit dem MWK
- Freiwilligkeit der Teilnahme;
- die externen Moderatoren sind methodisch ausgewiesene Experten;
- Ausrichtung am Prinzip des erfahrungsorientierten aktiven Lernens

b. Themen

Die Themen stammen aus den Bereichen : Konzepte und Methoden der Beratung, inhaltliche Fragestellungen der Beratung, Fallarbeit und Supervision.

c. Bewertung

- Ergebnis der bisherigen Seminare ist insgesamt die Entwicklung von Kollegialität und eines gemeinsamen Selbstverständnisses von Studienberatung als einer Integration von Psychologie und Information.
- Das Seminar ist als Fort- und Weiterbildung völlig unzureichend. Bei einem Umfang von 3 Tagen im Jahr kann es die Notwendigkeiten an Fort- und Weiterbildung, die bestehen, in keiner Weise abdecken.
- Das Konzept des Seminars (methodischer Experte, erfahrungsbezogenes Lernen, Entwicklung der beratenden Kompetenz) ist immer wieder in zähen Verhandlungen mit dem MWK durchzusetzen.

2. Seminare für die Mitarbeiterinnen der Anlaufstellen

a. Grundlegendes

- bisher vier eintägige Seminare: 1978, 1981, 1984, 1986.
- Finanzierung zunächst durch das MWK, dann durch die Hochschulen als Dienstreisen
- Organisation und Durchführung durch eine Vorbereitungsgruppe von Beraterinnen, teilweise unter Mitarbeit von Kolleginnen der Anlaufstellen

b. Themen

Erfahrungsaustausch, Sachthemen der Beratung, Organisation von Clearingstellen, Umgang mit Ratsuchenden

c. Bewertung

Aufgrund der besonderen Situation und Tätigkeit sind für die Mitarbeiterinnen in den Anlaufstellen Fort- und Weiterbildung sowie der kollegiale Erfahrungsaustausch unabdingbar.

- Die Beschränkung der Fortbildung aus finanziellen Gründen auf einen Tag ist unangemessen.

3. Informationsveranstaltungen des Landesinstituts für Erziehung und Unterricht (LEU) in Stuttgart

- Eintägige Veranstaltungen anfangs bis zu fünfmal, inzwischen zweimal jährlich, die seit 1976 bestehen.
- Besprechungen über Sachthemen der Studienberatung, teilweise unter Einbezug auswärtiger Referenten.

II. DAS GEPLANTE KONZEPT DER FORT- UND WEITERBILDUNG

- Die Kosten von ca. 80 000 DM pro Jahr sollen vom zuständigen Landesministerium getragen werden.
- Die Teilnahme ist freiwillig.

- Die Qualifikation der Studienberaterinnen enthält drei notwendige Aspekte: abgeschlossenes Hochschulstudium, spezielles Wissen über die Bedingungen des Studierens, sowie grundlegende Kompetenzen als Beraterin.

- Die einzelnen Bereiche der Fort- und Weiterbildung sollen entflechtet und in angemessener Weise vertolgt werden:

1. Systematisierung und Aktualisierung der Informationen: Datenbank der Studieninformationen, zwei eintägige Treffen der Beratungsstellen, themenbezogene Arbeitsgruppen.
2. Kennenlernen relevanter Methoden und Konzepte und Methoden von Einzel- und Gruppenberatung: Curriculum von sieben 3-tägigen Workshops.
3. Auseinandersetzung mit konkreten Beratungssituationen: Supervision an den einzelnen Beratungsstellen, einmal monatlich 2 1/2 Stunden.
4. Überprüfung von Konzepten und Strategien der Beratung anhand der aktuellen Situation an den Hochschulen: jährlicher Erfahrungsaustausch der Beratungsstellen unter Moderation eines externen Experten.

- Das Konzept wurde durch eine Arbeitsgruppe erstellt und fand die Zustimmung der Kolleginnen. Es ist allerdings notwendig, daß eine Universität sich dieses Konzept zu eigen macht und auf dem Dienstweg an das MWK weiterleitet. Ebenfalls notwendig ist es, daß das Anliegen der Fort- und Weiterbildung von politischen Parteien befürwortet und in den Landtag eingebracht wird. Die Realisierung dieses Fortbildungskonzepts ist eine der Aufgaben des baden-württembergischen Berufsverbandes.

AG Weiterbildung DAS HESSISCHE "MODELL"

Ob die Form der Weiterbildung, die die hessischen Studienberater 1981 ins Leben gerufen haben, wirklich als modellhaft gelten kann, will dieser Bericht nicht begründen. Institutionalisierte Weiterbildung ist in der deutschen Studienberatung indes für die meisten Kolleginnen ein so häufig diskutiertes Desiderat, daß jede praktizierte Form von Weiterbildung noch als Modell im Sinne von anschaenswert gesehen werden kann. Nicht alles muß freilich übertragbar und für jedes Bedürfnis in gleicher Weise nützlich sein. In diesem Sinne kann die hessische Weiterbildung interessant sein, und mit dieser Absicht wurde sie in der AG vorgestellt. Die folgenden Zeiten geben die wichtigsten Prinzipien wieder.

Daß sie selbst organisiert ist nach den Bedürfnissen der Kollegen, ist das wesentliche Merkmal der in Hessen praktizierten Weiterbildung. Sie wurde 1980 als eine der wichtigsten Aufgaben vorrangiger Diskussionspunkt zwischen den Kolleginnen, nachdem Studienberatung in jenem Jahr an allen hessischen Hochschulen eingerichtet worden war. Die Forderungen und Prinzipien, die von den hessischen Studienberatern beschlossen wurden, lauteten:

1. Für die hessischen Studienberater wird eine Praxisbegleitende Fortbildung durchgeführt.
2. Sie wird nach dem Prinzip kollegialer Fortbildung organisiert; es können Experten hinzugezogen werden.
3. Sie findet regelmäßig jährlich über die Dauer von mindestens fünf zusammenhängenden Tagen statt. Zusätzlich werden kürzere Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Die Dauer dieser Veranstaltungen bemißt sich nach den für die fachliche Bewältigung des Themas nötigen Zeitumfängen.
4. Die Teilnahme ist freiwillig.
5. Die finanziellen Mittel werden vom Land Hessen bereitgestellt.

Entscheidend für die Etablierung der Weiterbildung war, daß die Kollegen dies nicht als Forderungskatalog vor sich her und auf diverse präsidiale oder ministeriale Schreibblische getragen haben mit dem Ziel, daß jemand dieses für sie so wichtige Vorhaben installiert, sondern Organisation und Durchführung selbst in die Hand genommen haben.

Das einfache und im wesentlichen bis heute bewährte Rezept dafür funktioniert so:

- Eine Gruppe von Kolleginnen übernimmt die Planung der Fortbildungswoche; entwickelt inhaltliche Vorstellungen, macht Vorschläge für Referenten und sucht nach einer geeigneten Tagungsstätte;
- in einer Umfrage wird die Zustimmung der hessischen Studienberater zu Themen, Referenten und Tagungsstätte eingeholt bzw. einer mehrheitlichen Auswahl unter den Vorschlägen getroffen;
- eine Universität übernimmt reihum die Ausrichtung; lädt also zur Fortbildung ein, ist Geschäftspartner der Tagungsstätte und der Referenten;
- die Kollegen beantragen individuell eine Dienstreise zu der so installierten Fortbildungsveranstaltung;

- die Reise- und Aufenthaltskosten werden individuell entrichtet (auch gegenüber der Tagungsstätte) und mit der eigenen Hochschule anschließend abgerechnet;
- die Referentinnen werden von der Ausrichterin bezahlt und diese Kosten anschließend den anderen Hochschulen anteilmäßig nach Teilnehmern in Rechnung gestellt.

Die technische Machbarkeit dieses Verfahrens wurde mit einer kooperationswilligen Verwaltung so abgestimmt und hat nur zu geringen Anfangsreibungen geführt. Grundsätzliche Schwierigkeiten bei Genehmigungen von Dienstreisen sind mir aus all den Jahren nicht bekannt geworden. Da das Verfahren wie auch die Inhalte so seriös sind, wie man das erwarten kann, sind dieses Anträge auf ein "Dienst" oder auch "Aus- und Fortbildungsreisen" wie sie in den Hochschulverwaltungen hundertfach vorkommen und routinemäßig abgearbeitet werden.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele Diskussionen um Fortbildung durch unsere eigene Angstlichkeit und unser Rechtfertigungsbestreben erst provoziert werden (nach der alten Lebensweisheit "Wer viel fragt, bekommt viele Antworten"), Hochschulverwaltungen oder Vorgesetzte also die fälschliche Auffassung gewinnen müssen, sie hätten hier grundsätzliche Entscheidungen zu treffen, was ja nun nach allgemeiner und offizieller Anschauung im Fall des Fortbildungsbedürfnis der Studienberaterinnen nicht so ist.

So entstanden in Hessen seit 1981 zehn fünf tägige Fortbildungswochen, an denen jeweils zwischen 12 und ca. 20 Kollegen teilnahmen, die meistens in zwei Gruppen an unterschiedlichen Themen gearbeitet haben. Waren die Inhalte anfangs durch die tägliche Praxis dominiert (Gesprächstechnik, Verhalten, supervisorische Arbeit), so wurde dieser Bedürfnisstrang bald vertieft zu der Auseinandersetzung, dem Kennenlernen und Ausprobieren bestimmter therapeutischer Ansätze (Familientherapie, RET, Psychodrama). Die selbst erfahrungsbezogene Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle, mit der Bewältigung der Routine, der Suche nach neuer Kreativität bestimmten in den letzten Veranstaltungen das thematische Erscheinungsbild. Diese Abfolge von Themen spiegelt eine m.E. nicht untypische sich wandelnde Haltung zu unserem Beruf über eine durchschnittliche Dauer von 10 Arbeitsjahren.

Eine Reihe von weniger selbst erfahrungsbezogenen Themen kamen immer wieder vor, und sie werden weiter ihren Platz haben (Medien in der Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Studien Einführungsphasen...). Sie aber fan-

den immer ein nicht so starkes Interesse, und es läßt sich nicht verkennen, daß die Teilnehmerzahlen an den Fortbildungen in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Sollte es so sein, daß bestimmte personenbezogene berufliche Interessen mit den behandelten Themen abgearbeitet sind und daß instrumentelle Fertigkeiten in der täglichen Routine ohnehin weniger Beachtung finden? In fünf Tagen ist ja durchaus eine ausreichende Reflexion des gegenwärtigen Standes der Arbeit möglich, es sind Anstöße erfahbar und Neues kann zu Erprobung mit nach Hause genommen werden. Es kann aber nicht grundsätzlich Neues erlernt, erprobt und sicher handhabbar werden, dazu ist dieser Zeitraum zu kurz. Sollte die These zutreffen, daß das "hessische Modell" nur zehn Jahre lang taugt, solange bis die Kollegen ihre beruflichen, Hörner abgestoßen haben? Sollten sich die Fortbildungsinteressen nach diesem Erfahrungszeitraum so weit gewandelt haben, daß andere, möglicherweise länger angelegte Fortbildungen den Bedürfnissen eher entgegenkommen?

Vielleicht findet dieseARGE-AG darauf eine Antwort. Das niedersächsische Fortbildungsmodell wäre dabei eingehender zu betrachten. - Denkt sich so und schreibt hier einmal nieder, ohne es schon einmal irgendwo (weder in Hessen noch sonstwo) diskutiert zu haben: Jens Brömer.

AUS-UND FORTBILDUNG DER STUDIENBERATER/INNEN IN NIEDERSACHSEN

1. Allgemeine Grundsätze

Den niedersächsischen StudienberaterInnen steht ein kontinuierliches und relativ umfangreiches Aus-, Fortbildungs- und Supervisionsprogramm zur Verfügung, das den unterschiedlichsten Professionalisierungs- und Fortbildungsinteressen der Kolleginnen und Kollegen Rechnung trägt und von der Zentralen Koordinierungsstelle für die niedersächsischen Studien- und Studentenberatung getragen wird.

Diese Koordinierungsstelle, hervorgegangen aus der 1978 eingerichteten "Geschäftsstelle" für den niedersächsischen Modellversuch zur Studienberatung, ist eine gemeinsame zentrale Einrichtung der niedersächsischen Hochschulen und einem gemeinsamen Studienberatung unterstellt, in dem die verschiedenen niedersächsischen Hoch- und Fachhochschulen vertreten sind.

Zum Aufgabenbereich der Koordinierungsstelle gehört unter anderem die Aus-, Fort- und Weiterbildung der niedersächsischen Studien- und StudienberaterInnen.

Im Rahmen eines vorgegebenen Finanz- und Zeitrahmens werden die Honorar- und Reisekosten der Fort- und Weiterbildung von der Koordinierungsstelle übernommen.

2. Fort- und Weiterbildungsprogramm

Das von der Koordinierungsstelle in Abklärung mit dem Beirat und den StudienberaterInnen organisierte Fort- und Weiterbildungsprogramm besteht aus folgenden Veranstaltungsförmern:

A. Seminare

In der Regel zwei- bis dreitägige Veranstaltungen, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Beratungsdidaktik und -methodik (z.B. Gesprächsführung, Didaktik der Einzel- und Gruppenberatung, Erstellung von Informationschriften), mit allgemeinem Studiensschul- und Berufskundlichen Fragen (Akademikerbedarfs-Prognosen, Zusammenhang von Hochschultendenzen (Veränderungen im Studier- und Lernverhalten, Klientelforschung, Öffnung der Hochschulen) auseinandersetzen.

B. Arbeitsstagen

Eintägige Arbeitsstagen und Dienstbesprechungen werden in der Regel im Semesterturnus durch geführt. Sie dienen in erster Linie dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch, der Vereinheitlichung des Informationsstandes und bieten Gelegenheit, gemeinsame Projekte (z.B. im Rahmen der Lehrerfortbildung) zu besprechen bzw. neue Aktivitäten im Beratungsbereich kennenzulernen.

C. Supervision

Jede bzw. jeder niedersächsische Kollegin und Kollege hat die Möglichkeit, an einer der kontinuierlich stattfindenden Supervisionsgruppen teilzunehmen, die durch folgende Elemente gekennzeichnet sind:

- unterschiedliche therapeutische Methodenansätze (Gesprächs-, Gestalt-, rational-emotive Therapie, Balintgruppe), moderiert von einem professionellen Therapeuten;
- Kleingruppenarbeit (maximal 10-12 Teilnehmer), freie Zuordnung zur Supervisionsgruppe entsprechend den individuellen Interessen;
- Verbindlichkeit (Teilnehmer verpflichten sich, im Rahmen einer Selbstbindung zur regelmäßigen Teilnahme unter Einbringung eigener Fallbeispiele/Selbsterfahrungen);
- Kontinuität (Arbeit der Supervisionsgruppen erstreckt sich in der Regel auf 3-4 Jahre)

3. Resümee

Seit 1978 wurden insgesamt über 100 solche Fort-, Weiterbildungs- und Supervisionsveranstaltungen durchgeführt, etwa 50 davon entfielen auf die Supervision. Dieses relativ umfangreiche Fort- und Weiterbildungsprogramm wurde insgesamt von den Kolleginnen und Kollegen positiv aufgenommen und hat neben der eigenen Qualifizierung und Professionalisierung sicherlich auch zum besseren gegenseitigen Verständnis und der Intensivierung des informellen Kommunikationsnetzes der niedersächsischen Studien- und Studentenberaterinnen beigetragen.

G. Lotze, Oldenburg

Protokoll

zur Arbeitsgruppe:
vom Schneidefisch und Mischpult des Erlebens - zum
Verhältnis: Politische Umwälzungen und Psychotherapie/
Beratung
Göttingen Arge-Tagung 7.3.91

Die AG bestand aus (vormittags) 8 bis (nachmittags) 9 Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen: psychotherapeutische Beratung und Zentrale Studienberatung, Praxis und Theorie/Forschung, Ost und West, Nord und Süd, langjährig erfahrene und relativ kurzzeitig im Geschäft tätige, Männlein und Weiblein - also schlicht eine gute Mischung.

Neben den im Ausschreibungstext vorgegebenen Fragen interessierten die Teilnehmer u.a. Themen wie:

- Was hat es mit dem Auseinanderklaffen der Beratungsangebote von zentralen und psychotherapeutischen Beratungsstellen auf sich?
- Welche Möglichkeiten bieten sich, das politische Umfeld in der Therapie zu thematisieren?
- Wie lassen sich Selbsthilfegruppen in den neuen Bundesländern installieren?
- Wie können wir mit dem schlechten Lern- und Alter Instituten in der ehemaligen DDR weiter umgehen oder leben?
- Was macht es uns im Westen schwer, uns in die Situation und Vorstellungen von Ost-Student/innen hineinzuversetzen?
- Gibt es eine Aufnahmekapazitätsgrenze (bei der der Golfkrieg z.B. nicht mehr mit verarbeitet werden kann)?
- Müssen wir erst mal die Scherben der zerbrochenen Blütensträume zusammenkehren?
- Wie wirkt sich der eigene politische Anspruch auf die Beratung aus?
- Kann es in politischen Situationen wie unserer Zeit so etwas wie "Inneren Frieden" geben?

Insgesamt gesehen stand das Ost/West-Thema, repräsentiert durch die Teilnehmer, im Vordergrund, wobei immer wieder auf die Beratungssituation mit Studenten zurückgegriffen wurde und die ganz konkrete Auseinandersetzung, was an gegenseitigen mehr oder weniger bewußten Vorbehalten da ist, nur kurz tangiert wurde. Vielleicht läßt sich die Polarität in der Gruppe deutlich machen an den Statements: "Es ist nichts besonderes, aus dem Osten zu sein" und: "Man kann nur die Differenzen ausblenden, weil man die Probleme nicht lösen kann."

übereinstimmend wurde resümiert, daß von Studenten politische Ereignisse nur ganz vereinzelt in Beratungen und Therapien hineingetragen wurden. Die Berater/innen selber suchten für sich verschiedene Wege, mit dem brisanten politischen Umfeld der letzten Zeit umzugehen, sei es auf der Couch oder im Bekanntenkreis, sei es durch bewußtes Einstellen des Verstandes oder Beteiligung an entsprechenden Veranstaltungen, sei es durch Relativierung persönlicher Probleme oder dem Versuch, im Mitarbeiterteam Gespräche darüber in Gang zu bringen, sei es auf dem Hintergrund eigener Kriegserfahrungen, dies alles nicht zu nahe an sich herankommen zu lassen, sei es, daß sich gelegentlich Beratungsunlust breit machte etc..

Das Thema, inwieweit vielleicht eigene Schuld- und Schamgefühle (bei Westberatern gegenüber Ostberatern, es besser gehabt zu haben) mit das Verhalten beeinflussen, fand wenig Resonanz. Dagegen wurde u.a. gehalten, daß im Osten sehr viel mehr familiäre und Freundschaftsbande gepflegt wurden und der Überfluß (im Westen) lähmend sei.

Daneben flossen bei den einzelnen Schilderungen immer wieder eine Menge Informationen, sodaß sich jeder Teilnehmer ein etwas umfassenderes Bild der jeweils anderen Seite machen konnte. Diese Fülle macht es schwer, ein rundes Bild der AG zu geben - aber warum auch? - wieso nicht einfach noch ein paar Erinnerungssplinter:

- In Göttingen und Halle läuft eine Studie zum Vergleich von Studenten aus Ost und West
- Das "Einbringen" im Osten bei der Gestaltung neuer Strukturen wird als unmöglich erlebt
- "Studenten im Osten haben andere Sorgen, als in ihr Inneres zu flüchten".
- Faschistische Entwicklungen in Hochschulen machen Angst
- Westberater machen die Erziehung mit Oststudenten, das aufgezeigte Möglichkeiten als Art Handlungsanweisung aufgenommen werden, kein gedankliches Durchspielen von Alternativen möglich ist.
- Berater/Therapeuten müssen die akute Unsicherheiten oft einfach mit aushalten
- Der große Andrang in Zentralen Studentenberatungen macht es in der Regel unmöglich, wirklich angemessen auf die Studenten und ihre Situation einzugehen.
- Die Stimmung im Osten: Ich bin auf der Titanic - sie geht unter - der Geiger fidelet.

..... und wir gehen wieder schnell zur Tagesordnung über.

Henrike Seiling

Henrike Seiling, Heidelberg

Workshop: Die Erstellung von Informationsmaterialien in der Zentralen Studien- und Studentenberatung

Die Thematik dieser Arbeitsgruppe wurde durch ein die Tagung vorbereitendes Gespräch an der Zsb Jena angeregt. In dem Treffen mit zwei Studienberaterinnen aus Jena und Ulmenau wollten wir aus Göttingen uns mit der Situation in der Beratungsstelle und ihren schwierigen Arbeitsbedingungen vertraut machen; wir wollten die Wünsche und Erwartungen kennenlernen, die von der Seite der Beratungsstellen in den östlichen Bundesländern an die ArGe gerichtet werden.

Eines der dringenden Probleme war es, Informationsmaterialien über Studienmöglichkeiten, einzelne Studiengänge, Zulassungsmodalitäten zu erstellen, und dies unter den Bedingungen der "Abwicklung", in der Status und Struktur der Hochschule sowie die Existenz von Studienordnungen überhaupt ungeklärt waren (und noch immer sind). Private Beteiligten unter den Bedingungen eines enormen Zeitdrucks, da die Existenz von Info-Materialien die Attraktivität der Hochschule und damit die Anzahl der Studierenden beeinflusst - und diese wirkt wiederum auf die Existenz der Hochschule selber, auf die Zentrale Studienberatung und die Beschäftigung als Studienberater zurück.

Es ging also darum, aus der Erfahrung einer seit 12 Jahren bestehenden Beratungsstelle ein System von Materialien vorzustellen, dessen Bausteine weitgehend voneinander unabhängig sind und das auch mit den unvermeidbaren Lücken existieren kann.

Gliederung der Arbeitsgruppe:

"Philosophie" der Information - Informationsaufträge der verschiedenen universitären Einrichtungen, Zusammenarbeit und Aufgabenabgrenzung - Darstellung der Struktur eines Info-Systems - Strategie - Äußere Gestaltung - Projekt/Introbose.

Es gehört zu den Aufgaben der Zentralen Studien- und Studentenberatung, über die Studienmöglichkeiten und Studienbedingungen an der jeweiligen Hochschule zu informieren.

Der Studienberater selbst ist als Mitarbeiter in einer von der Verwaltung der Universität und den einzelnen Fakultäten unabhängigen Einrichtung weniger "Produzent" dieser Bedingungen und der sie kennzeichnenden Informationen, sondern Vermittler und Medium zwischen der Institution und den Studieninteressenten und Studierenden. Er muß diese Institutionen - Studentensekretariat, Fachberater, Prüfungsausschüsse, Einrichtungen des Studentenwerks etc. - kennen und mit ihnen zusammenarbeiten; beschafft sich alle notwendigen Informationen, um sie zu einem eigenen Informationssystem aufzubereiten. Der Studienberater ist von ihnen abhängig, und das beinhaltet auch sein Recht, mit den notwendigen Grundlagen seiner Arbeit und zur Erfüllung seines Auftrages versorgt zu werden. Er befindet sich also an einer Schaltstelle innerhalb einer bestimmten Struktur von Zuständigkeiten und Sinnschreibungen, von tatsächlichen und wünschbaren Informationsflüssen, von Abhängigkeiten und Rechten sowie eigenem Selbstverständnis, innerhalb der er seine Tätigkeit anstellt.

Am Beispiel des Systems einer etablierten Hochschule werden Vernetzungen erkennbar und vor diesem Hintergrund Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Grenzziehungen diskutiert. Wie schwierig diese Aufgabe in einer Zeit des Umbruchs der Universität und der gesamten Gesellschaft ist, wird in den Schilderungen der Beraterinnen und Berater an den ehemaligen DDR-Hochschulen deutlich: sie erleben sich, über den noch genauer zu bestimmenden Aufgabenbereich hinaus, als allgemeine Anlaufstelle zur Klärung all der gegenwärtig ungeklärten Fragen, also als Notanker in einer Situation allgemeiner Verunsicherung, aber auch als bequeme Adresse anderer, ebenfalls ratloser Hochschulangehöriger. All diesen Ansprüchen genügen zu wollen ist zweifellos eine Überforderung; und als um so bedeutsamer werden diese Überlegungen für das Verständnis der eigenen Arbeit und für den Erhalt der Leistungsfähigkeit erlebt, lassen

sie doch in der Abgrenzung zu den Aufgaben anderer Einrichtungen eine erhebliche Entlastung in den Zuschreibungen an die tägliche Arbeit erkennen. Entsprechendes gilt für die Konzeption und Verantwortlichkeit der Informationsmaterialien der ZSB. Diese bestehen aus einem System aus Standardbrief, einer Übersicht über das Studienangebot, den Studiengangsbeschreibungen, Informationen zur Zulassung und Bewerbung sowie Informationen über soziale Belange, welche in Absprache mit unterschiedlichen Stellen ausgearbeitet werden. Zudem bestehen unterschiedliche zeitliche Gültigkeiten und damit unterschiedliche Notwendigkeiten der Überarbeitung. Mit einem solchen System ist es möglich, flexibel und standardmäßig auf vielfältige Anfragen zu reagieren und dabei gleichzeitig sparsam mit Materialien umzugehen. Am Beispiel der Erarbeitung von Studiengangsbeschreibungen wird demonstriert, wie die Studienberatung mit dem Entwurf einer Maske sowohl vorhandene Daten (also bereits existierende Bestimmungen, Prüfungsordnungen, Studienpläne etc.) einbauen kann, Lücken kenntlich macht und damit die zuständigen Stellen auffordert, für die Schließung der bestehenden Lücken zu sorgen. Sie gibt zudem ein allgemeines Grundmuster ab, in das sich ohne großen Aufwand die Studien- und Prüfungsordnungen aller Fächer schrittweise einbauen lassen. Zwischendurch ergeben sich ein, zwei längere Blocks einer "Informationsbörse", also eines notwendigen Informationsaustausches und -abgleiches zwischen den ostdeutschen Studienberaterinnen und Studienberatern, um sich wenigstens eines Grundgerüsts an verlässlichen Daten zu versichern in eben einer Situation, die von Unklarheiten, ständigen Veränderungen und drohender "Abwicklung" geprägt ist. Aus diesem Grunde ist es nicht mehr möglich, in einem abschließenden Block das Dargelegte an Hand eines konkreten Beispiels irgendeines Informationsblattes zu zentralisieren. Statt dessen wird während eines Rundgangs durch die Räume der Göttinger Zentralen Studien- und Studienberatung die Handhabung der Informationsvergabe im Clearing und ihre Bedeutung in der Beratungsarbeit demonstriert.

Friedrich Georg Wentz, ZSB Göttingen

B E R I C H T

zur AG 8 Gesprächskreis
" Studium im Umbruch -
die soziale Absicherung der Studierenden
in den fünf neuen Ländern "

ARGE - Tagung Göttingen, 1991

Moderation:

Ansgar Schuldenzucker, Margret Feit
(Deutsches Studentenwerk)

Teilnehmer:

17 Teilnehmer, davon 12 Teilnehmer aus
den neuen Ländern

Bericht:

Margret Feit

Eine Flut von Informationsbroschüren zu den Sozialleistungen für Studierende in der Bundesrepublik überschneidet die Universitäten in den fünf neuen Ländern. Die eher verwirrende als informative Vielfalt an Detailinformationen kann von den Mitarbeitern der Beratungseinrichtungen für Studierende kaum verarbeitet werden. Viele Kollegen fühlen sich mit ihren Problemen vor Ort allein gelassen.

Der Gesprächspreis sollte ein Forum bieten, in dem in dialogischer Form sowohl über die Grenzen, Möglichkeiten und die Prinzipien des Sozialsystems der Bundesrepublik als auch über Möglichkeiten zur Übernahme vorbildlicher Regelungen der Hochschulen in den fünf neuen Ländern diskutiert werden kann und knüpfte damit an eine Arbeitsgruppe an, die bereits während der vorangegangenen ARGE-Tagung im September 1990 in Berlin von den Moderatoren angeboten worden war.

Das Interesse richtete sich in erster Linie auf Sachinformationen zu allen wesentlichen Fragen studentischer Sozialberatung; vor allem zu den entsprechenden sozialen Leistungsgesetzen. Auch die Organisation der sozialen Absicherung der Studierenden über die im Aufbau befindlichen Studentenwerke in den fünf neuen Ländern stand im Mittelpunkt des Interesses.

Nicht nur der Mangel an systematisch aufbereiteten Informationen stellte sich als Problem der Kolleginnen und Kollegen in den fünf neuen Ländern dar. Es wurde darüber hinaus deutlich, daß es für diese nicht leicht ist, der umfangreichen Erwartungshaltung der Studierenden gerecht zu werden. In der ehemaligen DDR waren die Hochschulen auch für die gesamte soziale Absicherung der Studierenden zuständig. Die Studierenden erwarten deshalb auch von der Studienberatung Beratungskompetenz und konkrete Unterstützung in allen studentischen Angelegenheiten. Die inhaltliche Differenzierung der studentischen Beratungsangebote befindet sich noch im Anfangsstadium.

Die Gespräche in der Arbeitsgruppe haben gezeigt, daß ein umfassendes Weiterbildungsangebot sowie ein gut organisierter kollegialer Erfahrungsaustausch zwischen den Kollegen aus den alten und neuen Bundesländern unabdingbar ist, um in dieser schwierigen Situation die wichtige Arbeit der Studien- und Sozialberatung in den fünf neuen Ländern wirksam zu unterstützen.

gez. Margret Feit

AUF ENTWICKLUNGEN EINFLUSS NEHMEN! Zur Entstehungsgeschichte der "Göttinger Erklärung"

Die Entwicklungslinien der Studienberatung verlaufen ganz offensichtlich weder geradlinig noch konzentrisch und folgen ebenso offensichtlich auch nicht unbedingt der Rationalität, die sich aus dem Kalkül derer ergibt, die sie betreiben, noch derer, denen sie nützen soll. Sie sind vielmehr häufig genug den kurzfristigen Vorgaben des politischen Tagesgeschäfts oder - noch schlimmer - der aktuellen finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte entsprungen. Die Berliner ArGe-Tagung ließ in dieser Hinsicht bei einer Reihe von Teilnehmern ungute Ahnungen aufkommen, was in einem Prozeß möglich werden könnte, der einerseits von völligen Neubeginnen unter den Prämissen fehlender Mittel, fehlender Erfahrungen (die alten sollten ja nichts mehr gelten) und einer rigiden personellen Umschichtung gezeichnet war, andererseits von neu erwachendem Interesse an Studienberatung im (bildungs-)politischen Raum angesichts immer weiter wachsender Studentenzahlen bei gleichzeitig wachsender Studienzeit, bei zu geringer internationaler Mobilität der Studierenden und überwiegend mangelnder Orientierung der Studiengänge auf die konkreten beruflichen Anforderungen. Daß geänderte Zielvorgaben allzu unreflektiert in einen Raum eindringen, der nach Orientierung sucht, könnte das Risiko der vorhandenen historischen Situation sein.

Dies zu beobachten um, falls nötig, gegensteuerndem Einfluß geltend machen zu können, erging in Berlin der Auftrag an eine Gruppe von Kollegen. Die Gestaltung des dritten Tagungstages war das Ergebnis ihrer Arbeiten. Rosemarie Schreibers, Karin Döbelings und Gudrun Aulerichs sowie Gerd Lotzes referierte so ganz unterschiedliche Erfahrungen. Eindrücke und kritische Reflexionen boten die außerordentlich anregende Grundlage für die dann nachfolgend einstimmig verabschiedete "Göttinger Erklärung" zum Auf- und Ausbau der Beratungsangebote für Studieninteressierten und Studierende.

Bleibt zu hoffen, daß sie sich als hilfreich für die weitere Entwicklung der Studienberatung in Ost und West erweist und einen fruchtbaren Einfluß ausüben kann. Eine wachsame Aufmerksamkeit wird sie nicht ersetzen können.

Jens Brömer

Was bedeuten geänderte Prioritäten?

Gedanken zu Entwicklungen

Ereignissen

Ergebnissen und

Erwartungen in den neuen Bundesländern

"Es gibt kein Verstehen des Heute ohne ein Kennen des Gestern",
1945 Prof. Stroux bei seinem Amtsantritt als Rektor an der
Berliner Humboldtuniversität

Die Berliner Herbsttagung der ARGE 1990 war geprägt vom Wunsch
zum Verstehen gegenfeitiger, oft auch gegensätzlicher Stand-
punkte. Sie war vergleichbar mit einer Bestandsaufnahme an einem
Ort, an dem uns, den "Ossis" erstmals in aller Deutlichkeit be-
wußt wurde, wie ganz anders ein Beruf definiert und ausgeübt
werden kann, in dem wir oft seit Jahren arbeiten.

Die, hoffentlich verständliche Folge war, daß die Probleme aus
dem Osten übermäßig den Tagungsablauf bestimmten, vielleicht
auch bestimmen mußten.

Immerhin hatten wir Monate hinter uns, die für manchen aufregender
und anstrengender waren, als ganze Jahre des beruflichen Lebens.
Die bange Frage, was wird aus der Hochschuleinrichtung, was wird
mit meiner Tätigkeit, war gänzlich ungeklärt, sie ist auch für
manchen heute noch längst nicht abgeschlossen.

Jeder, der an dieser Tagung von "uns" teilnahm, hatte es ständig
gesagt bekommen: Was ihr da macht, taugt nichts.

Wie ihr das macht, ist es falsch.

Nehmt euch ein Beispiel an uns.

So ist zu verstehen, daß die meisten Teilnehmer, die aus dem
Osten kamen, versuchten, ihre wunden Seelen, ihr angeschlagenes
Selbstbewußtsein und ihren Identifikationsverlust zu verteidigen,
manchmal auch da, wo sie an die Hand genommen wurden, um die
neue Situation besser begreifen zu können.

Ich habe mich "an die Hand nehmen lassen", um besser zu verstehen,
was bei euch so ganz anders und mir deshalb so fremd ist.

Eine Hospitationswoche bei Jens Brömer in Kassel an der
Gesamthochschule machte mir meine Situation, vor allem aber
die bevorstehenden Aufgaben endlich verständlicher als ein
allgemeines Gespräch im Kollegenkreis es bewirken konnte.
Ich hatte die Ruhe zu beachten, zu bedenken und zu reflek-
tieren, wie, vor allem warum die Arbeit in Kassel so und nicht
anders gemacht wird, wie sie sich aufbaut, künftig entwickeln
soll, womit man zufrieden ist, womit noch nicht.

Ich habe die Jugendlichen mit ihren Hoffnungen, Nöten und
Wünschen erlebt und lernte die behutsame Art kennen, ihnen
Hilfe anzubieten.

Dabei erkannte ich, weshalb ich bisher noch keinen wirklichen
Zugang zu eurer Arbeit finden konnte:

- Ich wollte mit der alten "File" einen gänzlich anderen Stoff
messen,

- in mir lebt noch immer die Verantwortung für "das Ganze",
entsprechend des anderen Aufbaus der Arbeitsfelder,

- Ich sah nach rückwärts und stolperte dabei in die Gegenwart,
- Ich verglich das lieb gewordene Gewohnheits mit dem unbekannten
Ungewohnten und beklagte die Verluste an sozialer Sicherheit
für die Studenten.

Ich hatte mich bisher unbewußt, aber doch recht wirksam, inner-
lich blockiert, bis ich begriff, daß eure Arbeit nichts anderes
ist, als die unsrige bisher auch: Eine Reflexion auf das viel-
fältige studentische Leben, auf das Verhalten junger Menschen,
auf ihre Hoffnungen und Möglichkeiten und auf den Spielraum, der
einer Hochschuleinrichtung vorgegeben ist.

Ihr wie wir, (wollen wir hoffen, daß es bei der nächsten Tagung
nur noch ein "wir" gibt) erfüllen diesen vorgegebenen Rahmen
mit Leben, jeder auf seine ganz persönliche Weise, wodurch unsere
Arbeit schön, aufregend und befriedigend werden kann.

Mit Kassel war mir der Schlüssel zum vorbehaltlosen Verständnis
unserer gemeinsamen Aufgaben gegeben, und es legte sich die
innere Abwehr gegen manchen Standpunkt, der von euch vertreten
wird.

So gesehen gibt es wirklich "kein Verstehen des Heute ohne ein
Kennen des Gestern".

Noch vor einem Jahr haben wir, möglicherweise mit einiger Arroganz, gedacht, daß die von euch angesprochenen Probleme durchaus nicht immer die unsrigen sein müssen.

Doch das Dabeisein, das Hin- und Hineinhören, das Kennenlernen von Erwartungshaltungen, Zukunftszielen einer Jugend, die wir zur gemeinsamen Zukunft begleiten wollen, ermöglichte mir mehr Verständnis über Strukturen in einem Land, das nun auch zu meinem Land werden soll.

Daraus folgert, daß wir gar nicht genau hinsehen, verstehen können, um das abzuleiten, was sich für unsere Arbeit als nützlich erweisen müßte:

- wie entwickelt sich studentische Jugend entspr. Elternhaus und Schulbildung, sozialem Umfeld
- wie sieht vermutlich die Zukunft der Hochschule aus
- in welche sozialökonomische und politische Gegebenheiten werden sie sich einzuordnen haben

Noch haben Studienbewerber zwar in bezug auf diese Punkte eine unterschiedliche Vergangenheit, aber, wenigstens in Kürze, eine vergleichbare Gegenwart.

Die Zukunft wird uns gewiß vor die gleichen Probleme stellen, denn an allen Hochschulen wird es

- enger
 - teurer
 - länger dauern, bis das Studium beendet werden kann.
- Für Hochschulabsolventen aus Ost wie West scheint die Arbeitsmarktlage unwegbarer als je zuvor.
- So gesehen ist nichts so sicher, als daß nichts sicher ist.
- Das erkennend, bin ich bereit, mich darauf einzustellen.
- Schwerpunkte, die ich für meine Tätigkeit in der Beratung daraus ableite, werden denen von euch nun verblüffend ähnlich:
- Motiviertheit zum Berufswunsch entdecken
 - Studienwege aufzeigen, die spätere Dispositionen ermöglichen
 - Bewußtsein zum Selbstbewußtsein wecken
 - Risikobereitschaft

Entwicklungen in Hinsicht gleicher Arbeitsinhalte sind unbestreitbar, noch unterscheiden wir uns zwar in bezug auf die Arbeitsbedingungen, nicht mehr allzusehr aber in Anbetracht unseres "Arbeitsgegenstands", der studentischen Jugend, die unseren Rat sucht. Schon jetzt wird die studentische Mobilität auch in den "neuen" Ländern deutlich spürbar. (1/3 aller Bewerber zur diesjährigen Eignungsprüfung kam aus westl. Bundesländern)

Wenn wir davon ausgehen, daß allen Studierenden die gleichen Voraussetzungen anzubieten sind, dann bedeutet das für uns eine Angleichung an den hohen Stand der Studienorganisation, Studieninformation, Betreuungsangebote und differenzierte Serviceleistungen.

Hier kann und muß nachgebessert werden, sofern das an einigen Einrichtungen nicht bereits großzügig erfolgen konnte.

Die gegenwärtige Situation stellt aber viele von uns vor ganz andere Probleme, die sich wie folgt umschreiben lassen:

- Der Verwaltungsabbau läßt weiter personelle Einschränkungen befürchten
- Durch die eingeschränkte Hochschulautonomie erhöht sich der bürokratische Arbeitsaufwand, ohne daß vergleichbare techn. Hilfsmittel eingesetzt werden können
- Neues Gesetzeswerk führt zu weitreichender Veränderung aller geltenden Bestimmungen einschließlich der Zulassungs-, Prüfungs- und Studienordnungen

Bei den kleineren Hochschulen liegen noch immer die Aufgaben des Bereichs Allgemeine Studienangelegenheiten mit Immatrulations- und Prüfungsamt, Ausländeramt und der Studienberatung in einer Abteilung und werden sich in nächster Zukunft auch personell nicht anders lösen lassen.

Der pragmatische Vorschlag des Berliner Senats zum Thema Studienberatung an der Kunsthochschule Berlin: Das kann doch die HdK mitmachen! Solche Ansichten zeugen bestenfalls von Unkenntnis unserer Aufgaben, die gerade jetzt besonders nötig sind, böswillig könnte man aber auch von Ignoranz bzw. Besatzmentalität sprechen.

Aber auch die so gehabte Erfahrung führte mich zu mehr Verständnis für die Themen eurer Zusammenkünfte, bei denen mehr oder weniger deutlich die eigene berufliche Positionierung, die Anerkennung der Tätigkeit eine Rolle spielten. Ich begreife, daß es um die Bestimmung eines Berufsbildes geht, das im Begriff ist, sich noch immer und nun vielleicht auch noch einmal neu durch uns, zu bilden. Dieses Bild stellt sich mir sehr empfindlich, sehr wandelbar vor Augen und ist vermutlich so vielfältig wie wir selbst.

Erst heute vermag ich zu begreifen, was mir noch vor einem Jahr ziemlich unverständlich, überflüssig, manchmal als Selbstbespiegelung und Nebelschau erschienen. Heute verstehe ich, auch für euch ist es lebens-, vielleicht sogar überlebenswichtig, sich über die kaum faßbaren, wandelbaren Inhalte eurer Arbeit zu verständigen und die empfindlichen Strukturen dieser Tätigkeit auf ihre Tragfähigkeit hin zu überprüfen.

Nun erst begreife ich auch eure gewisse Scheu vor Verantwortung, wenn sie als Einschränkung mißverstanden werden kann. Wer hat schon den Mut, sie sich da zu nehmen, wo man sie nicht hat?

Vielleicht ist ja auch der beste Studienberater der, der sich selbst so zurücknehmen kann, so daß er nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Medium zwischen dem Ratsuchenden und dessen Ziel sein will.

Meine Erfahrung in Kassel mündet ein in Schlußfolgerungen für die eigenen Aufgaben. Wenn ich als gegeben voraussetze, daß personell und zeitlich der erforderliche Spielraum vorhanden ist, dann halte ich die folgenden Punkte für ausbaufähig:

- ein gut organisiertes Informations- und Organisationssystem
- eine auf dieser Grundlage mögliche detaillierte Berater-tätigkeit, die mehr auf personelle Probleme eingehen kann
- differenziertes Angebotsprogramm für Studierende zur Vorbereitung auf Berufseintritt
- Gruppenberatungen, evtl. im Zusammenspiel mit anderen Berliner Hochschulen, deren Inhalt mehr Selbsterziehung als Erziehung sein sollte.

Denkbar sind für Berlin koordinierte Veranstaltungen, die nach beruflichen Inhalten (Kunst, Technik, Wissenschaft...), nach Studienschwerpunkten (Prüfungsangst, Effektivität...) oder nach

sozialen Aspekten (weshalb Studenten, Wohnung ...) aufgebaut sein könnten.

Erwartungen in den neuen Bundesländern?

Auch wenn wir die Studien- und Prüfungsordnungen angleichen, wenn wir die Semesterzeiten abstimmen, auch wenn demnächst viele ehemals pensionierte Beamte in unsere Verwaltungen und Professoren in die Fakultäten einziehen werden, wird einiges nicht einfach wegzuwischen sein, läßt sich nicht austauschen, und wir müssen es berücksichtigen: das sind die Erfahrungen einer Jugend, es ist die ganz persönliche Geschichte jedes einzelnen Menschen.

Es gilt, sie zu respektieren, dazu muß man Einblick nehmen in die etwa letzten 20 Jahre Schulentwicklung eines Landes und eines Bewerbers, muß dessen soziales wie familiäres Umfeld verstehen können, sein Selbstverständnis stützen können.

Das gilt wechselseitig und sollte unsere Aufgabe für die nächste Zeit werden.

Die Herbsttagung war geprägt durch die Vergangenheit, die wir getrennt voneinander verlebt haben und die spürbar trennend zwischen uns stand. Die jetzige Veranstaltung hat uns in der Gegenwart ankommen lassen. Aber die wirklichen Aufgaben einer Zusammenkunft sollten für die Zukunft gedacht sein, nur dann wird sie ihrem wahren Auftrag gerecht.

Wir alle haben den Ballast unserer Vergangenheit eingeschleppt, haben ihn, hoffentlich, mit ihrer Hilfe abgeworfen, ohne daß sie ihn nun weitererschleppen müssen und sind nun frei genug, an gemeinsame Aufgaben zu gehen. Pläne zu machen für künftiges Tun, sein wird, das sollte uns zusammenführen.

Wenn Prof. Stroux sagt, "es gibt kein Verstehen des Heute ohne ein Kennen des Gestern", so wird sich das Bewältigen des Morgens nur aus dem Verstehen des Heute entwickeln!

Vortrag für das Plenum am 8. 3. 1991 auf der ARGE-Tagung in Göttingen zum 2. Tagungsthema: Studienberatung in den neuen Bundesländern, Mitbeteiligungen, erste Erfahrungen, Rückwirkungen auf die weiteren Aufgabeneinstellungen der ZSB
AG 6: Aufbau der Studienberatung in den neuen Ländern

Aulerich, G.
Döbbling, K.

Wir bedanken uns herzlich für die Möglichkeit hier, auf der ARGE-Tagung, als nicht-praktisch tätige Studienberaterinnen unserer Anliegen darzustellen zu können.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um uns und unsere Arbeit vorzustellen und hoffen, daß es über dieses Bekanntmachen zu weiteren Kontakten und engerer Zusammenarbeit kommen wird.

Wer sind wir nun und auf welchen Gebieten waren wir bisher tätig?

Karin Döbbling ist Diplompsychologin, sie hat nach ihrem Forschungsstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin in einer psychologischen Beratungsstelle gearbeitet und war dann am Zentralinstitut für Hochschulbildung in der Forschungsgruppe Psychologie tätig.

Mein Name ist Gudrun Aulerich, ich bin Soziologin und habe zu verschiedenen Gebieten empirische Sozialforschung betrieben. Nachdem meine letzte Arbeitsstelle - das ZfB - im Dezember 1990 abgewickelt wurde, hatten wir die Chance uns für eine Projektgruppe zu bewerben.

Diese Projektgruppe gibt es nun seit dem 1.2.91. In der Gruppe werden Fragen des Hochschulwesens bearbeitet wie:

- Sicherung und Auswertung der Hochschulistatistik in den neuen Bundesländern
- quantitative und strukturelle Entwicklung des Hochschulzugangs
- Äquivalenz von Studiengängen
- Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen, insbesondere von Frauen
- auswärtige Wissenschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Osteuropa und
- Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepte.

Der zuletzt genannte Themenbereich ist unser Aufgabengebiet. Bei der Bearbeitung von Problemen in diesem Bereich können wir an unsere ersten Untersuchungen zur Situation der Studienberatung in Ost-Berlin, wie wir sie zur ARGE-Tagung im vergangenen Herbst vorstellten, anknüpfen.

Wie haben wir uns nun unsere weitere Arbeit zu Fragen der Studienberatung vorgestellt und was könnten wir leisten?

Gegenwärtig sind die Probleme in den neuen Ländern auch auf diesem Gebiet so vielschichtig, komplex und zeitlich drängend, daß unserer Meinung nach eine Art integrierendes Moment notwendig werden könnte.

Wir sehen uns allgemein gesagt überinstitutionell und überregional. D.h. aber nicht, daß wir das Typische einzelner Hochschulen oder Territorien nicht beachten wollen. Wir denken, daß wir durch das Zusammenführen von systematisch erhobenen Informationen zur Studienberatung aus verschiedenen Hochschulen, Regionen und Ebenen

- die Spezifik der Situation der Studienberatung in den neuen Bundesländern erfassen,
- vorhandene und sich andeutende Probleme lokalisieren und auf dieser Grundlage
- den entsprechenden Stellen (die zur Lösung der Probleme in der Lage sind) Vorschläge bzw. Empfehlungen anbieten können.

D.h., wir würden als eine Art unabhängige Vermittler wirksam werden. Wir wissen, daß auf Landesebene in den neuen Ländern schon einiges passiert, glauben aber, daß gerade jetzt, angesichts der Problemfülle und des zeitlichen Handlungsdrucks, das Knüpfen von Verbindungen nützlich ist. (Verbindungen auf persönlicher Basis/individuell sind häufig optimal, müssen aber erst zu Stünde kommen - meist stellen sie den zweiten Schritt dar.) Das Einholen von Informationen darüber, wo für bestimmte Themenbereiche kompetente Ansprechpartner sind, die Weitergabe dieser Kenntnisse bis hin zur Organisation von Workshops könnte bei der starken Belastung der Studienberater auch zu Zeiterparnis führen.

Weiterhin ist es unserer Meinung nach auch notwendig, das bisher über die Situation und die vorhandenen Probleme in den neuen Ländern oft nur so Dahingesagte an Hand von verfügblichen Daten zu überprüfen, der Realität entsprechend auszuweisen und sich abzeichnende Tendenzen zu erkennen. Diese Daten fehlen aber bisher meist - so auch auf dem Gebiet der Studienberatung.

Wie meinen wir nun, zu diesen Daten kommen zu können?

Wir streben an, ein möglichst ganzheitliches Bild der Studienberatung zu erhalten. Dazu versuchen wir, alle Beteiligten in die Betrachtung einzubeziehen:

- die Studenten
- die Berater der Allgemeinen und der Fachstudienberatung und
- die Administratoren auf Hochschul-, Landes- und Bundesebene.

Die Aussagen dieser Beteiligten haben und wollen wir mit verschiedenen Methoden erfassen und analysieren.

Nun würde ich gern einen kurzen Überblick über die Untersuchungen geben, die wir bisher zur Situation der Studienberatung - vor allem in den neuen Ländern durchgeführt haben.

Mit der Gruppe der Berater in der Allgemeinen Studienberatung wurden die Expertengespräche fortgesetzt. Diese Gespräche wollen wir in der nächsten Zeit auch mit Studienfachberatern beginnen.

Die Seite der Ratsuchenden wurden bisher mit 3 Erhebungen erfasst:

- eine Briefanalyse schriftlicher Anfragen, die an die FU und die TU gerichtet waren,
- eine Fragebogenanalyse bei Erstsemestern der FU und ein halbständiges Interview mit ratsuchenden Frauen aus den neuen Bundesländern, die sich an die Studienberatungsstelle der TU Berlin wandten. Das zuletzt genannte Vorhaben war ein gemeinsames mit der ASTB durchgeführtes und vom ENBW gefördertes Projekt, über das in einem Workshop bereits berichtet wurde.

In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Zeit kann ich nur grob einige ausgewählte Ergebnisse skizzieren. Eine detaillierte Darstellung soll demnächst in Form von Forschungsberichten erfolgen. Sollten sich Nachfragen ergeben, so können wir anschließend sicherlich Auskunft geben.

Nun kurz zur Briefanalyse.

Die Analyse von 430 ausgewählten Anfragen, die an die TU und FU im Zeitraum von der Grenzöffnung bis zum Sommer 1970 gestellt wurden, ergab, daß im Unterschied zu westlichen Anfragen 74% in sehr persönlichen Stil gehalten waren, - so wurden ausführlich Lebensläufe und Schicksale beschrieben - hingegen im Westen der mehr geschäftsmäßige Stil üblich war. Ein weiteres interessantes Ergebnis besteht darin, daß nur 1/3 der Anfragen von Frauen gestellt wurden, obwohl sie in der ehemaligen DDR 47% der Studierenden ausmachten. Offensichtlich wurden hier geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Bewältigung der Umbruchsituation deutlich.

Innerhalb des Klientels bilden die Studieninteressenten mit 2/3 die größte Gruppe. Sie erundigten sich vorrangig

- nach den Studiemöglichkeiten (44%),
- nach Bewerbung und Zugang (38%) und
- nach Studieninhalt, -aufbau und -plan einzelner Fachrichtungen (32%); wobei die am häufigsten nachgefragten Fachrichtungsgruppen

- die Ingenieurwissenschaften (22%)
- die Wirtschaftswissenschaften (14%)
- die Geisteswissenschaften (12%)
- die Medizin (8%) und
- die Naturwissenschaften (6%) sind.

Weitere Spezifika dieser Anfragen bestehen darin, daß 13% der Anfragen Informationen über Möglichkeiten zum Zweit-, Aufbau- oder Zusatzstudium wünschten und 16% sich nach Studienfinanzierungsmöglichkeiten erkundigten.

In die Erstsemesterbefragung waren Studienanfänger aus Ost und West einbezogen. Sie begannen ihr Studium an der FU im Wintersemester 1970/1971 in den Fachrichtungen Wirtschaftswissenschaften, Sozialkunde/Politologie, Mathematik/Informatik und Biologie sowie als Lehramtsstudenten. Von den 249 Studienanfängern der FU, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in den neuen Bundesländern erwarben, wurden 42 (16%) erfaßt. Über die Hälfte dieser Gruppe hatte vor Studienbeginn die Zentrale Studienberatungsstelle aufgesucht und 38% hatten dort auch ein persönliches Beratungsgespräch. Dies war nur bei 4% ihrer "westlichen" Kommilitonen der Fall.

Ohne Studienfachberatung meinten 65% der "Ost-Studenten", daß sie noch mehr Anfangsschwierigkeiten gehabt hätten. Bei den

"West-Studenten" sind nur 25% dieser Meinung. Trotzdem hatten viele Studienanfänger Probleme im sozialen Bereich.

Nach 3 Wochen Studium geben über die Hälfte der Studenten aus den neuen Ländern an, noch keinen Kontakt zu ihren Kommilitonen gefunden zu haben und ein Drittel von ihnen empfand die Atmosphäre an der Uni als hochmässig.

Diese Ergebnisse machen die enorme Bedeutung der Allgemeinen Studienberatung und der Studienfachberatung bei Studienentscheidungen und Studienbewältigung von jungen Leuten aus den neuen Bundesländern deutlich.

Man möchte sich noch kurz einige wesentliche Aussagen zu unseren Gesprächen mit den Studienberatern machen.

In den Gesprächen wurden von uns folgende 5 Problembereiche angesprochen:

1. Entwicklung und Perspektive der Hochschule, Evaluierungsstand, Abwicklung, Perspektive von Studiengängen, Entwicklung der Studienzahlen,
2. Stellung der Studienberatung an der Hochschule, Anbindung, Verwaltungsreform,
3. Personalprobleme, Qualifikationsanforderungen, Stellenausschreibungen, materiell-technische Ausstattung,
4. derzeitiges Hauptproblem der befragten Studienberatungsteile und
5. Etablierung des Studentenwerkes an der Hochschule.

Wie sicherlich zu erwarten war, wurden von den Beratern die fehlenden gesetzlichen Regelungen und Verordnungen als derzeitiges Hauptproblem benannt, denn daraus ergeben sich unklare Modalitäten bei Bewerbungen und Zulassungen.

Es besteht noch weitgehend Ungewißheit über die Perspektive vieler Hochschulen, ihrer Fachrichtungen und Studiengänge. Darüber hinaus stehen im Zusammenhang mit der Evaluierung der Hochschule noch Personalentscheidungen aus, die auch die Studienberatung betreffen können.

Dieses Resümee bedeutet für die Studienberatung, daß in großem Umfang Informationen objektiv fehlen, die als Beratungsgrundlage dienen und somit bei vorhandenen Informationsdefiziten beraten werden muß.

Beratung besteht damit gegenwärtig größtenteils in Sozialberatung, Verweisberatung und dem Geben von Orientierungshilfen.

Nach Aussagen der Studienberater setzt sich in den letzten Monaten der Klientel der Ratgeberstelle zu einem Drittel aus Studieninteressenten und zu zwei Dritteln aus Studenten zusammen. Dieses Verhältnis entspricht nicht den Erfahrungen in den alten Bundesländern.

Auch das Schergewicht der Beratungsanliegen ist anders, als in den alten Ländern gelagert. In so gut wie jedem Beratungsgespräch fragen die Studenten nach:

- der Äquivalenz der Abschlüsse
- der Perspektive des Studienfaches und der Hochschule und
- den Berufschancen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen.

Die Beratungsanliegen der Studieninteressenten in den neuen Bundesländern unterscheiden sich nicht so grundsätzlich von denen in den alten Ländern. Sie wollen zunächst über Studienvoraussetzungen und Studiemöglichkeiten informiert werden. Bevor sie eine Entscheidung treffen, wollen sie natürlich wissen, wie die Perspektive der Hochschule aussieht, ob die Abschlüsse gleichwertig sind und welche Chancen sie damit auf dem Arbeitsmarkt haben. Von wesentlichem Interesse sind auch soziale Belange wie Wohnheimplätze und Studienfinanzierung. Die Wahl eines Studiums im Osten wird nicht unwesentlich von der Beantwortung dieser Fragen abhängen. Eine Hochschule braucht nun einmal Studenten - hier sind hochschulpolitische Entscheidungen dringend erforderlich. In dieser Situation verschieben nicht wenige Studenten den Beginn ihres Studiums erst einmal nach hinten, denn auch die Alternative einer westlichen Massenummiversität erscheint ihnen wenig attraktiv.

Im Vergleich zu unserem Kenntnisstand im Herbst des vergangenen Jahres können wir nun die Probleme zwar genauer benennen, aber insgesamt ist festzustellen, daß die Unsicherheit aller Beteiligten beständig anhält und eher noch zugenommen hat. Die Gefahr, daß die akuten Probleme zu einem chronischen Dauerzustand werden, ist gegeben.

Zur Studienberatung ist zu sagen, daß sie nicht hochschulpolitischen Handlungsbedarf ersetzen kann, der kurzfristig erforderlich ist und inhaltlich die Probleme der Umgestaltung des Hochschulwesens in den neuen Bundesländern berücksichtigen muß. Die Studienberatung kann und muß aber in dieser Situation eine Hilfe

zur Findung individueller Bewältigungsstrategien sein. Eine Beratung der Lage in den Hochschulen und damit auch in den Studienberatungsstellen ist u. E. nicht vor dem Sommer zu erwarten.

Wir möchten den Aufbau von Studienberatungsstellen z.B. dadurch unterstützen, das wir u.a. den Hochschulleitungen Handreichungen zum Anforderungsprofil hauptamtlicher Studienberater und zur organisatorischen Einbindung von Beratungsstellen in die Struktur der Hochschule anbieten.

Wir hoffen, daß diese kurze Information ein Bild davon vermittelt sein könnte, was wir bisher getan haben und wie wir uns unsere weitere Arbeit vorstellen. An Hinweisen und Meinungen sind wir sehr interessiert und freuen uns auf eine rege Diskussion.

GERD LOTZE, MÄRZ 1991

GEÄNDERTE PRIORITÄTEN -GEÄNDERTE BERATUNG?

-Entwicklungslinien und -tendenzen der Studien- und StudentInnenberatung in den westdeutschen Bundesländern-

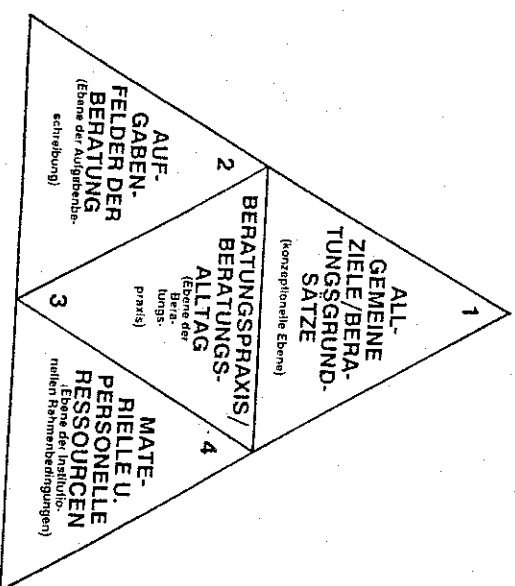
A GRUNDÜBERLEGUNGEN

Die in diesem Papier skizzierten allgemeinen Veränderungen im Bereich der Ziel- und Aufgabenprioritäten, die aktuell wirksamen Überlastungs-, Aus- und Aufbauprobleme von Zentralen Studien- und StudentInnenberatungsstellen basieren auf Erfahrungs- und Diskussionszusammenhängen in den alten Bundesländern.

Es wird hier von folgenden drei Grundüberlegungen ausgegangen:

1. Die Vielzahl der im Beratungsbereich auftretenden Probleme und offenen Fragen insbesondere in der Phase der zunehmenden Überlastung sowie des Auf- und Ausbaus lassen sich im wesentlichen auf folgende drei allgemeine Problemkomplexe zurückführen:
 - a) Allgemeine Zielbestimmungen und Grundsätze der Beratungstätigkeit (konzeptionelle Ebene, Abschnitte B und C)
 - b) Definition und Festlegung der Aufgabengebiete und -prioritäten, Gestaltung der Beratungstätigkeit (Ebene der Beratungspraxis, Abschnitte D und E)
 - c) Materielle, personelle und organisatorische Ausstattung und Ressourcen, die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendig sind (Ebene der institutionellen Rahmenbedingungen, Abschnitt F)
2. Die o.g. drei Problemkomplexe stehen nicht isoliert voneinander, sondern in einem wechselseitigen Spannungsfeld und Abhängigkeitsverhältnis. Sie bilden quasi die drei allgemeinen Fixpunkte, die gestaltet werden und sich entfalten kann.

Abb. 1 Allgemeines Beratungs-dreieck



So stehen angesichts der aktuellen "Abwicklungs- und Umstellungsprozesse" und den damit verbundenen Verunsicherungen und Bedrohungen sowohl auf institutioneller wie auch auf der Ebene der unmittelbaren persönlichen Arbeitssituation, die Ausgestaltung und Absicherung der materiellen/personellen Rahmenbedingungen bei den meisten Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern im Vordergrund. Nur eine bestimmte Mindestausstattung und institutionelle Autonomie kann überhaupt die Funktionsfähigkeit der sich mittelfristig der jeweiligen Situation angemessene tragfähige Konzeptionen entwickeln und "Beratungsverwaltung" und "pragmatische Handwerke" hinausgehen.

Auch wenn es angesichts dieses unmittelbaren Handlungsdrucks ein wenig Luxus erscheinen mag, beim Aufbau der Studienberatung sich intensiver mit konzeptionellen Fragen auseinanderzusetzen und auch die dabei gemachten Erfahrungen der westdeutschen Beratungsstellen mit zu verarbeiteln, so wäre es m. E. fatal, die Aufmerksamkeit nur auf die materiellen/institutionellen Rahmenbedingungen zu konzentrieren und die von westdeutschen Beratungsstellen mehr oder minder unkritisch zu übernehmen, so drängend die Lösung der materiellen/personellen Fragen auch jetzt ist. Zudem existieren gerade in dieser Zeit der Umstrukturierungen und "Evaluations" an vielen Orten mehr Chancen und Spielräume, eigene konzeptionelle Zielsetzungen zu verankern als in späteren Zeiten.

Bezogen auf die alten Bundesländer können mögliche Veränderungen in den Ziel- und Aufgabenprioritäten auf der anderen Seite nur präziser benannt werden, wenn zuvor sowohl auf der Ebene der ursprünglichen Zielsetzungen (des "Selbstverständnisses") wie auch auf der Ebene der Beratungspraxis die Situation noch einmal skizziert wird, mit der die Beratungsstellen vor etwa 15 Jahren ihre Arbeit begonnen haben. Ausgehend von diesem Punkt kann dann welche generellen Neustrukturierungs- und Wandlungsprozesse in der Zwischenzeit erfolgt sind, in welchem Umfang sich die jetzige Beratungspraxis gegenüber früher verändert hat, welche Gründe diese Veränderungen beeinflusst haben, in welcher Form wir als Betroffene wie Agierende diese Veränderungsprozesse definieren und erklären und welche Perspektiven und Konsequenzen sich daraus für die weitere Zukunft ergeben.

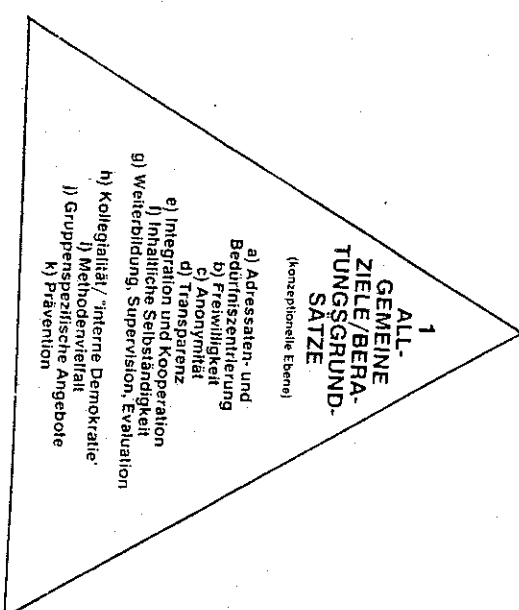
Eine vorsehnelle Rückführung dieser Veränderungen auf nur äußere quantitative Phänomene (z.B. steigende Arbeitsbelastung durch sprunghaft gestiegene Beratungsmachtfrage bei fast unveränderter materieller Ausstattung) wirkt für uns zwar entlastend und scheint auf den ersten Blick auch plausibel, sie stellt jedoch m. E. in dieser Einseitigkeit eine unzulässige Problemverkürzung dar, weil sie sich primär an den auch in anderen sozialen Bereichen üblichen quantitativen und kapazitätsorientierten Überlast- und Mangeldiskussionen orientiert und die These: Eine primär auf quantitative Kapazitätsaspekte orientierte Argumentation vermag weder die Veränderungsprozesse im Bereich der Studienberatungsarbeit zu erklären, noch können mit Hilfe einer solchen quantitativen Argumentationweise i. d. R. neue qualitative Perspektiven entwickelt und damit neue Ressourcen erstritten werden. Insoweit erscheint es notwendig, sowohl konzeptionelle wie auch qualitative Aspekte mit in mögliche Forderungen nach Bereitstellung zusätzlicher Mittel einzubeziehen.

3. Wenn nachfolgend auf diese o. g. "Dreieckspunkte" näher eingegangen wird, so erfolgt das vor dem spezifischen und durchaus auch unterschiedlich strukturierten Erfahrungshintergrund in den westdeutschen Bundesländern. Hinsichtlich der Auf- und Ausbauprobleme, mit denen sich die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern gegenüber konfrontiert sehen, bedürfen diese Überlegungen sowohl der Ergänzung wie einer weiteren Spezifizierung. Sie besitzen deshalb auch nur eine begrenzte Übertragbarkeit, die im einzelnen im gegenseitigen Meinungsaustausch noch abzuklären ist. Insoweit handelt es sich hier auch weniger um ein Positionspapier, dessen primärer Sinn darin liegen sollte, den gegenseitigen Erfahrungsaustausch inhaltlich und formal ein wenig strukturieren zu helfen.

B. ALLGEMEINE ZIELBESTIMMUNGEN UND GRUNDSÄTZE

Um die für eine wirksame Beratung notwendige Atmosphäre von Offenheit und Vertrauen sicherzustellen, wurden zu Beginn für die Arbeit der Beratungsstellen folgende "Leitgrundsätze" formuliert, die in den verschiedenen Arbeitspapieren der ARGE ausführlicher erläutert und begründet wurden und deshalb hier nur stichpunktartig aufgeführt werden sollen:

Abb 2: Beratungsdreieck 1:
Allgemeine Ziele/Beratungsgrundsätze



- a) Adressaten- und Bedürfniszentrierung (Beratung hat von den Bedingungen und Bezügen der Lebenswelt der Ratsuchenden, nicht von den Vorstellungen und Zielsetzungen der Institution auszugehen. Sie erfolgt als Hilfe zur Selbsthilfe im Interesse der Ratsuchenden, die sowohl deren Eigenaktivität und selbständiges Problemlösungsverhalten wie auch eine wirksame Hilfe bei der Klärung von Entscheidungskonflikten und der Bewältigung individueller Lebens- und Arbeitsprobleme bieten soll. Dies schließt administrative oder Lenkungsmaßnahmen zur Durchsetzung institutioneller Interessen aus: Studienberatung als Anwalt studentischer Interessen.)
- b) Freiwilligkeit (keine obligatorische Beratung)
- c) Anonymität (Schutz personenbezogener Daten, Aufzeichnung von Beratungsgesprächen bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung der Betroffenen, Schweigepflicht und -recht des Beraters)
- d) Transparenz (im Hinblick auf den Beratungsprozess und seine Ziele)

"was für einen dabei selbst und für die eigene Arbeit herausgekommen ist", ob man eher enttäuscht oder befriedigt nach Haus zurückkehrt und ob die Gruppenarbeit als zu unstrukturiert/unvorbereitet oder zu überstrukturiert/kopflastig angesehen wurde (wobei es in diesem Zusammenhang sicherlich interessant wäre, zu sehen, in welcher Richtung sich bei einer solchen Beurteilung die Bewertungsmaßstäbe im Verlaufe der Zeit verschoben haben).

Eine **generelle Voraussetzung** für das "Funktionieren" dieses offenen kollegialen Erfahrungsaustausches war in jedem Fall immer, daß einerseits genügend unterschiedliche Arbeitsgruppenangebote bestanden (und sich hierfür auch genügend "Teamer" zur Verfügung stellen) und die Kolleginnen bereit waren, engagiert in diesen Gruppen mitzuarbeiten, sich und ihre unterschiedlichen Arbeitsfähigkeiten dort "einzubringen". Um diese Angebotsvielfalt von unterschiedlichen methodischen und inhaltlichen Ansätzen auch in Zukunft zu garantieren, sollte der "potentielle Moderator/innenstamm" nicht auf einen relativ kleinen Kreis von zumeist "altgedienten" Beraterinnen und Beratern beschränkt bleiben. Es wäre für die zukünftige Arbeit wichtig, wenn insbesondere Berater/-innen, die noch nicht so lange im Bereich der Studien- und StudienInnenberatung arbeiten wie auch Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern sich in dem Bereich engagieren und verstärkt Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themenbereichen moderieren würden. Erste Überlegungen, wie eine solche "Verbreiterung" des Moderator/innenangebots strukturell begünstigt werden könnte und wie auch verstärkt deutsch-deutsche Selbstlerngruppen angeboten werden könnten, sollen bei dieser Tagung vorgelegt und diskutiert werden.

Gegenstand einer weiteren Diskussion wäre auch ein Neuüberdenken und ggf. auch eine Ergänzung/Aktualisierung der Grundsätze und Zielsetzungen von Studienberatung (vgl. Teil B), eine genauere Definition der "eigenlichen" und "potenziellen" Aufgabenbereiche der Studien- und StudienInnenberatung (Punkt D) und die Festlegung der Form und in welchem Rahmen die Aus- und Weiterbildung von Studienberaterinnen zukünftig erfolgen soll (relativ systematisch strukturierte Grundqualifizierung zum Erwerb eher professioneller Kenntnisse und Techniken; Organisation von eher erfahrungsspezifischen Weiterbildungsangeboten zu spezifischen Themenstellungen und Projekten). Vielleicht mag es ein wenig dramatisch klingen, aber ich glaube, wir stehen zur Zeit an einem Wendepunkt und von der weiteren (möglichst baldigen) Neustrukturierung der ARGE-Arbeit wird es abhängen, in welchem Umfang wir überregional die allgemeine Entwicklung und Gestaltung des Studienberatungswesens wie auch die Gestaltung unserer Weiterbildung beeinflussen können oder ob uns in Zukunft "das Heiß" aus der Hand genommen wird und die Entwicklung weitgehend von "dritter Seite" bestimmt wird.

Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, die auch im Diskussionsrahmen der ARGE eher unsystematisch thematisierten Fragestellungen, die sich auf die Veränderungen der Beratungsarbeit in den letzten 15 Jahren und die Festlegung neuer Aufgabenprioritäten beziehen, in einer systematischeren Form zusammenzufassen und zu ergänzen, um sie damit einem neuen Zugriff zu erschließen. Vor diesem Hintergrund läßt sich dann auch inhaltlich näher bestimmen, wie im einzelnen dieser oben beschriebene Anpassungsprozeß sich hinsichtlich der einzelnen Aufgabenschwerpunkte entwickelt und ausformt hat und welche Perspektiven sich daraus für die weitere Arbeit ableiten.

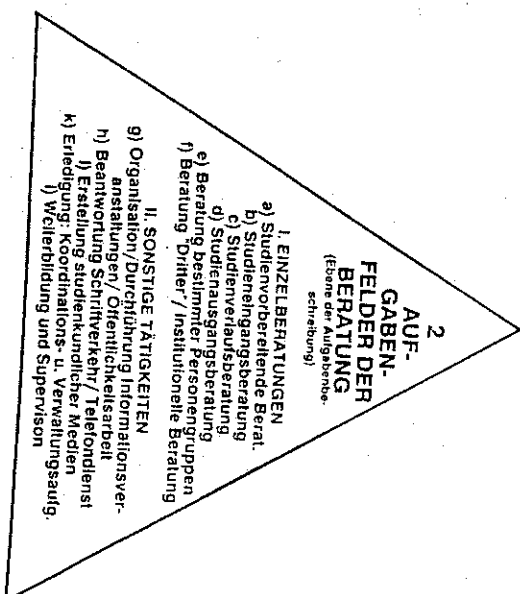
D. VERÄNDERUNGSPROZESSE DER AUFGABENFELDER UND BERATUNGSPRAXIS

a) Vorbemerkung

Auf eine reine deskriptive Beschreibung der Aufgabenfelder der Studien- und StudienInnenberatung - wie sie z. B. in der unten aufgeführten Skizze (vgl. Abb. 3) erfolgt ist, soll an dieser Stelle verzichtet werden, weil hierzu bereits mehrere Publikationen vorliegen und solche Aufgabenkataloge auch als bekannt vorausgesetzt werden können.

Abb. 3: Beratungsfeldreißer 2:

Definition der Aufgabenfelder der Beratung



Zur **Vorsstrukturierung** einer Diskussion über mögliche Veränderungen der Ziel- und Aufgabenprioritäten in der Beratung und den spezifischen Auf- und Ausbauproblemen der Beratungsstellen in den neuen Bundesländern halte ich es für sinnvoll, auf das **Spannungsverhältnis** zwischen den zuvor formulierten **allgemeinen Beratungszielen** und deren **Umsetzung und Realisierung** in der **Beratungspraxis** näher einzugehen. Dies soll in einem ersten Schritt im Rahmen von Fragestellungen und einer Problemskizze geschehen, die einerseits schon in der Art der Frageformulierung gewisse Tendenzen andeutet, andererseits aber so offen gehalten ist, daß in deren Rahmen sehr unterschiedliche Erfahrungen erfaßt werden und auf dieser Basis auch gemeinsam Perspektiven für die weitere Ausgestaltung der Aufgabenfelder entwickelt werden können.

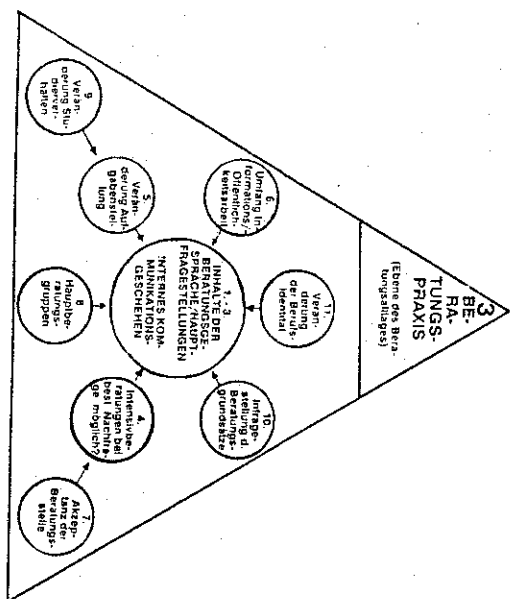
In einem zweiten Schritt werde ich vor dem Hintergrund dieser Problemskizze die wichtigsten Entwicklungstendenzen und Aufgabenverschiebungen, wie sie sich aus meiner Perspektive in den letzten Jahren vollzogen haben, thematisch zusammenfassen.

Die angesprochenen Themenkomplexe, sind in der Abb. 4 stichpunktartig aufgelistet und sollen nachfolgend weiter ausdifferenziert werden. Dabei soll eine Integration der Fragestellungen, die sich mit den speziellen Aufgaben und gekennzeichneter in übergeordnete Problemkomplexe auseinandersetzen, (hier mit einem ***

b) Problemskizze

Abb. 4: Beratungsdreieck 3:

Beratungspraxis/Beratungsalltag



2. Welche Veränderungstendenzen haben sich in den letzten Jahren in den allgemeinen Studienberatungsstellen hinsichtlich der Beratungsgespräche/-inhalte/-probleme vollzogen? (Fortsetzung)

- Stärker pragmatische/Instrumentelle Studienorientierung "Durchwursteln durch das Studium", Zunahme von "Abheckerlagen", weniger Thematisierung individueller Studienwahlinteressen/Entscheidungskonflikte.
- Verbalisierung von typischen Standardfragen (Töchter der Studiengang).
- Beruf mit Zukunft "beste Universität", etc.).
- Zunehmende Artikulation von "Stirn- und individuellen Lebensfragen", die die eigene Lebensplanung/Selbstverwirklichung betreffen.
- Stärkere Artikulation von Problemen, die mit der sozialen Unorientierung/Unverständnis (Verunsicherung hinsichtlich der weiteren Studien- und beruflichen Perspektive, Desorientierung hinsichtlich der veränderten Studien- und Prüfungsanforderungen, Probleme, Eigeninitiativen zu entwickeln und das Studium selbst zu gestalten, Schwierigkeiten, mit neuen Freiheiten aber auch neuen (sozialen) Unsicherheiten umzugehen)*.
- Unsicherheit bei Studierenden/Studenteninteressierten, an welchem Hochschulort das Studium aufgenommen bzw. fortgesetzt werden soll (neue/alte Bundesländer, Aufgabe des Herkunftsstudiums, Unsicherheit, ob Studienweiterführung an Wunsch-/bisheriger Hochschule garantiert ist).*

3. Welche Veränderungen haben sich entsprechend in den psychosozialen/psychotherapeutischen Beratungsstellen vollzogen?

- Zunahme der Klienten mit schweren/komplexen Persönlichkeitskonflikten, und Konflikten (Problemdiffusion).
- Größeres Bedürfnis nach längerfristigen Einzeltherapien/längere Wartezeiten/ mehr Überweisungen an Privatpraxen.
- Mehr Persönlichkeitskonflikte, die in Verbindung mit einer tiefgehenden Verunsicherung hinsichtlich der bisherigen Wertorientierungen/Lebensziele, dem Verlust von ursprünglichen Sicherheiten (soziale Absicherung, Berufsgarantie), dem verstärkten Konkurrenz- und Leistungsdruck in den neuen Bundesländern stehen (Zukunftsangst, Selbstzweifel, Perspektivlosigkeit, Streß aufgrund von Problemüberforderung, Gefühl, Bürger 2. Klasse zu sein).*

4. In welcher Weise und Intensität ist eine adressaten- und bedürfniszentrierte Beratung angesichts der sprunghaft angestiegenen Beratungsnachfrage/angesichts der ungeklärten materiellen/institutionellen Rahmenbedingungen* (noch) möglich?

- Wie ist die Beratungsnachfrage in den letzten Jahren insgesamt gestiegen?
- Wie hat sich diese Steigerung der Beratungsnachfrage auf die Gestaltung der inhaltlichen Beratung ausgewirkt (eher Kurzberatungen, mehr allgemeine Informationsveranstaltungen/Informationsweitergabe, weniger intensive Einzelgespräche)?
- Welche Spielräume existieren aktuell überhaupt noch neben den eher von außen vorgegebenen und relativ wenig zu beeinflussenden Pflicht- und Routinaufgaben "Aufgabenverwaltung/Aufgabengestaltung" durch Entwicklung neuer Initiativen, Einsatz kreativer Techniken) bzw. auch präventive Aktivitäten zu entwickeln (Vorschläge zur Verbesserung der Studien-/Lebenssituation, kulturelle Aktivitäten etc.)?
- Inwieweit ist angesichts des zunehmenden Handlungsdrucks/der wachsenden Nachfrage noch ein Aufgreifen umfassender Kenntnisse der Veränderungstendenzen (sozialer, gesellschaftlicher (Selbst-)Verständnis von Wissenschaft, Studienmentalitäten und -sitzen, universitären sozial-underteile und den objektiven universitären Strukturwandlungsprozessen ermöglicht?
- Inwieweit sind angesichts der Überlastung die Qualitätsmaßstäbe eher adressaten- und bedürfnisorientierten Beratung überhaupt noch einlösbar?
- Welche Rationalisierungsstrategien (EDV, PC-Einsatz, Coachingmaßnahmen) werden ergriffen, um die sprunghaft gestiegene Arbeits- und Beratungsnachfrage -besonders auch im Bereich des Schriftverkehrs- zu bewältigen und in ihr nicht zu "erstickten"?

1. Was sind gegenwärtig die wesentlichsten Anliegen und Fragestellungen (Problemstellungen), mit denen die Ratsuchenden /Klienten in die -Allgemeine Studienberatung -Psychosoziale Beratung kommen?

2. Welche Veränderungstendenzen haben sich in den letzten Jahren in den allgemeinen Studienberatungsstellen hinsichtlich der Beratungsgespräche/-inhalte/-probleme vollzogen?

- Stärkere Nachfrage nach formalen Studienaspekten ("Scheinfragen") bzw. nach formalen Zulassungs- und Bewertungsregelungen/-modalitäten, Formulierung von eher -Stärkeres Sicherheitsbedürfnis bzw. stärkere Ausrichtung des Studiums an scheinbare Anforderungen des Arbeitsmarktes ("Prognosefragen" nach "sicheren Zukunftserwartungen", anerkannten Unis, arbeitsmarktbezogenen Studienstrategien -Zusatzqualifikationen).

4. In welcher Weise und Intensität ist eine adressaten- und bedürfnisorientierte Beratung angesichts der **sprunghaft angestiegenen Beratungsanfrage**/angesichts der ungelärten materiellen/institutionellen Rahmenbedingungen* (noch) möglich? (Fortsetzung)
 - Welche Rückwirkungen haben diese Rationalisierungsmaßnahmen auf die Beratungsarbeit selbst und auf die Aufbaurstellung der Beratungsstellen?
 - In welchem Umfang können diese Prinzipien einer adressaten- und bedürfnisorientierten Beratung (Informell) oder mit administrativer Zustimmung auch schon vor der "Wende" praktiziert werden?*
 - In welchem Umfang erfolgt eine Evaluation/Reflexion der Beratungsarbeit verbunden mit Veränderungen/Verbesserungsinitiativen?
 - Wie reagieren Studierende, wenn in den Beratungen in den neuen Bundesländern stärker deren Interessen, Bedürfnisse aber auch Eigeninitiativen und Risikobereitschaften thematisiert werden und die Beratung sich nicht mehr nach gesellschaftlichen Vorgaben/Leitungsmaßnahmen orientiert, aber auch die bisher als selbstverständlichen Vorgaben/Abicherungs- und Versorgungsgesichtspunkten nicht mehr berücksichtigt werden können?*
5. In welcher Weise haben sich mit der **Veränderung des Adressatenkreises/des Klientels**, die die Beratungsstellen aufsuchen, die **Aufgabenschwerpunkte** der Studienberatung **relativ verändert** bzw. eine andere Akzentuierung erhalten?
 - Zunahme der studienvorbereitenden Beratung von Studieninteressierten
 - Schülern/Nachabiturienten,
 - Zunahme der Studiengangsberatung von Studienanfängerinnen/Studienortswechsel,
 - Zunahme im Angebot allgemeiner Informationsveranstaltungen,
 - Zunahme der psychologischen Einzelberatung mit mehreren Therapiestunden,
 - Zunahme der Beratung von Abiturienten mit vorheriger Berufsausbildung,
 - Zunahme von Fragen/Problemen, die sich eher auf allgemeine soziale Fragen (Wohnung, BAföG) erstrecken,
 - Zunahme der Gruppenberatungen, themenzentrierten Beratungen hinsichtlich spezifischer Studienprobleme,
 - Rückgang der intensiveren studienbegleitenden Beratung von Studierenden,
 - Rückgang der studienabschließenden Abscheibenberatung, dafür mehr Angebote im Bereich allgemeiner berufsständischer Informationsveranstaltungen,
 - Rückgang der Multiplikatorarbeit (Schulung von Fachtutorien, Zusammenarbeit mit den Fachschaften, Studentengruppen),
 - Rückgang der "Mehrheitsberatung" (kontaktspezifische Beratung im Studienverlauf),
 - Rückgang der psychosozialen Gruppenberatung im Rahmen selbstorganisierter Gruppen,
 - Inwieweit orientieren sich die Beratungsstellen in den neuen Bundesländern an den früheren Orientierungs- und Informationsangeboten, die sich bewährt haben, werden weiterentwickelt (fortgeführt), welche neuen Aufgabenbereiche sind neu hinzuzukommen, welche sind weggelassen bzw. wurden reduziert, wie ist die Einteilung in diese Aufgabenbereiche erfolgt?*
6. Inwieweit und unter welchen Gesichtspunkten haben die Beratungsstellen **Aufgaben übernommen**, die **stärkeren Öffentlichkeitscharakter** besitzen und u.a. auch der universitären Außendarstellung dienen (Hochschulinformationstage, Schulbesuche, Herausgabe öffentlichkeitswirksamer Medien/studienkundlicher Materialien)?
 - Inwieweit konkurrieren diese Aufgaben mit den eigentlichen Beratungsaufgaben,
 - Inwieweit ergänzen sie diese?
 - Inwieweit wirken solche Angebote zusätzlich nachfragegesteigert? Welchen Werbe-, welchen Orientierungs-/Informationscharakter haben sie?
 - Haben die Beratungsstellen von sich aus diese Aufgaben übernommen und wurden diese eher von "dritter Seite" an sie herangetragen?
 - Worin wird der Hauptteil solcher Aufgabenbereiche gesehen?

6. Inwieweit und unter welchen Gesichtspunkten haben die Beratungsstellen **Aufgaben übernommen**, die **stärkeren Öffentlichkeitscharakter** besitzen und u.a. auch der universitären Außendarstellung dienen (Fortsetzung)
 - Wird in den neuen Bundesländern mit diesen Öffentlichkeits-(Informations-)veranstaltungen auch bezweckt, evtl. bestehende Vorbehalte gegenüber der früheren praktizierten Beratung/Verwaltung von studentischen Angelegenheiten abzubauen und mit den neuen (Aus-)Bildungsprinzipien der Hochschule vertraut zu machen?*
 - In welchem Umfang ist es den Beratungsstellen in den neuen Bundesländern angesichts der mangelnden Ausstattung (Druck-, PC-, Kopierkapazitäten) und der unsicheren Informationslage (Absicherung/Abwicklung von Studienangeboten) gelungen, für die Rat-suchenden befriedigende Auskünfte zu erteilen? Wie ist in dieser schwierigen Situation das Verständnis der Ratsuchenden gegenüber den Beratungsstellen?*
7. In welcher Weise hat sich die **Stellung/Akzeptanz der Beratungsstellen** im Rahmen der Universität verändert?
 - Ist das Ansehen der Beratungsstellen auf Seiten der Hochschulleitung/Fachbereiche/Verwaltung gestiegen?
 - Sind damit größere Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Mittelzuweisung/Unterstützung verbunden?
 - Durch welche Verhaltensweisen/Strategien konnte die allgemeine Attraktivität der Beratungsstellen gesteigert werden?
 - Wie hat sich das Verhältnis zu den anderen Statusgruppen (Studentenschaft, Mitarbeiter, sonstige Mitarbeiter) bzw. anderen universitären Einrichtungen verändert?
 - Wie werden die Beratungsstellen von den Studierenden im Gegensatz zu früher interpretiert (Anwalt studentischer Interessen, Schlichtstelle institutionell-universitärer und studentische Lebenswelt/Interessen, "professionelle Service-Einrichtung neben anderen", "Selbstbedienungsladen")?
 - Inwieweit besteht im Hochschulbereich in den neuen Bundesländern über die Notwendigkeit der Errichtung eigenständiger Beratungsstellen Konsens?*
 - Welche Vorstellungen bestehen hinsichtlich der materiellen Ausstattung und institutionellen Einbindung? Von welchen Seiten wird der Aufbau eigenständiger Beratungsstellen besonders unterstützt, von welcher Seite werden eher Vorbehalte geäußert? In welcher Weise haben die Beratungsstellen inneruniversitäre Konflikte ausge-tragen, welche Lernerfahrungen wurden daraus gezogen?
8. Welche Gruppen von Studierenden suchen bei schwerwiegenden Studien(wahl-)problemen in Relation zur Gesamtstudentenschaft **häufiger die Beratungsstellen auf**, welche Gruppen von Studierenden sind eher unterrepräsentiert?
 - Nach welchen biographischen Daten unterscheiden sich die eher "beratungsorientierten" Studierendengruppen (Geschlecht, Herkunftsmilieu, Studien- oder Fachrichtung, Studien-orientierung, Studiensemester?) von den eher "berufungsorientierten" Studierenden?
 - Hat sich hinsichtlich dieser qualitativen Zusammensetzung von Adressaten-gruppen, die eher beratungsorientiert sind, in den letzten Jahren eine Verschiebung ergeben und worauf wird diese zurückgeführt?
 - Welche Aktivitäten entwickeln die Beratungsstellen, um besonders die Studierendengruppen anzusprechen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation (hochschulisches Herkunftsmilieu, Behinderte, Studierende des Zweiten Bildungsweges, Frauen in "männerradierten" Studiengängen, ausländische Studierende, Senkoren, Langzeitstudenten, "Abwicklungs-opler", Studierende in den sogen. biologisch-orientierten Fachern* mit ungewissen Zukunftsaussichten) häufig größere Probleme haben, mit dem Studium zurecht-zukommen?
 - Gibt es einen Zusammenhang zwischen Angebotsstruktur der Beratung, ihrer Außendarstellung, den praktizierten Beratungsstellen der Beraterinnen und der Gruppen-spezifischen Nachfrage nach Beratung (welche Gruppen werden dadurch motiviert, zur Beratung zu kommen, welche abgestoßen)?

9. Inwieweit werden in der Beratung direkt oder indirekt Problematiken/Schwierigkeiten mit der Studienbeeinständigung thematisiert, die auf eine Veränderung des Studienverhaltens bzw. der generellen Studien-einstellung hindeuten könnten?

- Stärkere instrumentell-pragmatische Studienorientierungen (Studium soll möglichst effektiv genaugel werden, individuelle Bildungserfahrungen und Sinn-Studium ist weniger Lebensmittelpunkt und entscheidende biographische Phase hinsichtlich Identitätsfindung, Selbstentfaltung und Gewinnung von Lebensentwürfen, sondern eher "Job", Durchgangsstadium für Beru. formale Voraussetzung für spätere Beru.-Karriere, Lebenswelt neben anderen.
- Generell größere Distanz zur Universität, Wissenschaft, Lehrenden und Mitsprachenden, sichs des Massenandrangs an den Unis stärkere Verschulung, rigide Zulassungs-passives "Stofflernen" (Großvorlesungen), weniger Diskussionsbereitschaft und -mög-lichkeiten, unverständliches Lernklima wird als weniger anregend und engagierfördernd empfunden.
- Häufigere Desillusionierungen nach Studienbeginn, stärkere Orientierung an das Her-kunftsmilieu (Eltern, Freunde, Partner/-in), in vielen Fällen: Herkunftsmilieu bleibt be-stimmende Kultur, Universität besitzt nur sekundäre Bedeutung ("zweite Kultur", Pendlert-Eltern, Partner aktivieren sich verstärkt bei Studienfragen ihrer "Kinder" und -verstärkte Beeinflussung der Studienwahl durch Öffentlichkeitsmedien bzw. publi-zierte Trends (Touristik, Europa-Ökologie-Dritte Welt, Kultur..., Kommunikations-verdichtliche Prognosen und "Geheimnisse" seitens diverser "Dritter" (Lehrer, EDV etc.), teilen allgemeinen Studienhaltungen kommt es bei einer Minderheit der Studieren-onstbereitschaften zu Wissenschaftsdisziplinen ohne konkrete Arbeitsmarktbezüge, Interesse an "prollosen" (musischen) Künsten und Orchesterideen (Identifikat-Neue Sensibilitäten und Formen des Engagement im gesellschaftlichen Bereich (Ökologie, Frauenbewegung, Verteidigung unmittelbarer Lebensinter-essen, stärkere Sensibilität gegenüber sozial ausgegrenzten/benachteiligten Gruppen) - Verstärktes Suchen nach Kompromissen zwischen Neigungen/individuellen Inter-essen und antizipierten Arbeitsmarktbedingungen bzw. bestehenden Zulassungsbeschrän-kungen (Magister Kursus/Wirtschaftswissenschaften, Wunschstudium und arbeitsmarktbe-essenenorientiertem Erststudium, "Einkauf" eines gut dotierten Arbeitsplatzes/-einer "attraktiven" Lehrstelle gegen Neigungsstudium mit vagen Berufsaussichten), bei Personeneinsparungen spielt deren persönliche Aufhebelkraft und Glaubwürdig-keit eine wichtige Rolle
- Führen die größeren Freiheiten hinsichtlich Auswahl und Ausgestaltung des Studiums in den neuen Bundesländern zu anderen Studienhaltungen bzw. zu neuen Verunsicherungen? -Verändert sich das Studienverhalten in den neuen Bundesländern durch den verstärkten Leistungs- und Konkurrenzdruck (auch von Seiten der westdeutschen Absolventen) und dem Fortfall einstiger Beschäftigungsgarantien? - Welche Auswirkungen haben diese Verän-derungen auf das Lernklima der Hochschule und inwieweit belasten diese zusätzlich die psychische Lebenslage der Studierenden? *

10. Inwieweit werden von "dritter Seite" bestimmte allgemeine Zielsetzungen und Grundsätze, die für das Beratungsverständnis konstituierend waren (Anonymität, Freiwilligkeit der Beratung, Ablehnung von administrativen Lenkungsbescheiden), in Frage gestellt/gefährdet bzw. mit anderen institutionellen Zielsetzungen vermengt?

- Gibt es Überlegungen, "Pflichtberatungen" für bestimmte Studierendengruppen einzuführen, (z. B. für Studiengangswechsler, Langzeitstudierende)?
- Wie wird in den Beratungsstellen der Schutz personenbezogener Daten garantiert

bzw. durch welche Absichten wird dieser Schutz gefährdet (neues Ausländerrecht, Protokolle von Beratungsfällen, Statistiken, Studienraten)?

Inwieweit werden von "außen" an die Beratungsstellen Beratungsaktivitäten herangetragen, die u. U. auch Lenkungsaspekte enthalten könnten (Beratungsmaßnahmen für spezielle Per-sonengruppen, um Studienzeiten zu verkürzen, Hochschullressourcen besser auszunutzen, Motivierung von Frauen, technische Berufe aufzunehmen) und wie gehen die Beratungs-stellen mit solchen Initiativen um?

- In welcher Weise wurden die Beratungsgespräche in der ehemaligen DDR dadurch beein-flusst, daß das Freiwilligkeits- (Um-/Lenkungs-gespräche) und Anonymitäts-prinzip (Kaderakte) nicht garantiert waren? *

- Gibt es aufgrund dieser früheren Erfahrung bei den Ratsuchenden in den neuen Bundesländern ein gewisses Mißtrauen/bestimmte Vorbehalte gegenüber den Beratungsstellen? Wenn ja: wie machen die sich bemerkbar? *

11. Wie haben sich durch die bisher angesprochenen Entwicklungsprozesse unsere Berufsidentität, unser Beratungsverständnis und unser Beratungsverhalten verändert? Welche Konsequenzen hat das für die internen Zusammenhänge innerhalb der Beratungsstelle?

- Größere Professionalität, größere Fähigkeit hinsichtlich der Erfassung des Beratungs-anliegens, der Strukturierung von Beratungsgesprächen, zielgerichtete Gesprächsführung, um auf den "eigenlichen Punkt" zu kommen, größeres Kompetenzbewußtsein und größere Souveränität mit "problematischen Situationen" umzugehen, Irritationen zu vermeiden.
- Häufigere Verwendung standardisierter Gesprächs-/Beratungssequenzen, stärkere Neigung zur Schematisierung von Fällen und Typisierung von Ratsuchenden, häufigere Verwendung ähnlicher Bilder, Redewendungen, Beispiele, Antwortsequenzen
- Relativ klar festgelegtes und situativ abhängiges Reservoir von Mimiken, Körperhal-tungen(-sprache), Blickkontakten, Gebärden, betontes "Outfit",
- Im allgemeinen: größere Distanz zu den Ratsuchenden, stärkere Beir-nung generations-/ und rollenspezifischer Attituden, Anordnungen, Höflichkeitsgesten, Verwendung eines eher sachlich-nüchternen, distanziert-kontrollierten Sprachcodes, der sich vom studentischen Sprachstil unterscheidet, stärkere Selbstkontrolle hinsicht-lich der eigenen emotionalen Anteil, weniger Spontanitätsreaktionen,
- In-gegenüber den Standardberatungen abgegrenzten, intensiveren Beratungen stärkere Aufmerksamkeit und Konfrontation mit rational-emotionalen Widersprüchen seitens des Ratsuchenden und verstärkte Bereitschaft, sich auf deren besondere Lebenssituation einzulassen.
- Reduktion hedonistisch-orientierter Beratungsziele, größere Skepsis hinsichtlich der Möglichkeiten von Beratung, Prävention, institutionellen Veränderungs-initiativen, "flächendeckenden Maßnahmen" und inner- und außeruniversitären Kooperationen, Konzentration auf eher kleinere und abgegrenzte Vorhaben, informelle Kontakte und Kommunikationsnetzwerke.
- Ernüchterung über Möglichkeiten einer "innerbetrieblichen Demokratisierung", Bemühen um Konsens angesichts unterschiedlicher Partikularinteressen, eher auf Praktikierung von "Nicht-Ins-Gebirge-Kommen-Strategien",
- Stärkere Kompromissbereitschaft, Neigung zu Konfliktvermeidungsstrategien gegenüber anderen universitären/außeruniversitären Einrichtungen, soweit nicht Ange-legenheiten von grundsätzlicher Bedeutung tangiert werden.

C. Zusammenfassende Thesen

Ich will abschließend versuchen, einige der wichtigsten Entwicklungslinien und Veränderungsstendenzen noch einmal thematisch zusammenzufassen, wie sie -in wesentlich differenzierterer Form- in der vorherigen Problemskizze schon einmal indirekt angesprochen wurden:

1. Stärkere pragmatischere und instrumentellere Ausrichtung der Studienorientierungen, Zunahme von sogen. "Abschweifungen", Interessen nach "Modestudiengängen", Wunsch nach "sicheren Zukunftsberufen" (Prognosen!);
2. Hinter scheinbaren "einfachen Informationsfragen" stecken immer häufiger komplexere Entscheidungsprobleme, auf die häufig -aufgrund fehlender Zeitkapazitäten- nur ungenügend eingegangen werden kann;

3. Mehr Kurzberatungen, häufigere Praktizierung von Routinestrategien, weniger Möglichkeiten des Aufgreifens umfassender studentischer Lebensweltbezüge, sprunghaftes Ansteigen schriftlicher Anfragen;
4. Zunahme der studienvorbereitenden Beratung, mehr allgemeine Informationsangebote, relativer Rückgang der intensiven studienbegleitenden, studienabschließenden bzw. institutionellen Beratung;
5. Rückgang der Multiplikatorenbefähigung, Beratung von Personengruppen mit spezifischen Problemen;
6. Stärkere professionalisierte aber auch pragmatische Arbeitshaltung; größere Akzeptanz seitens der offiziellen Universitäts- und außeruniversitären Stellen (vor allem auch durch außeruniversitäre Öffentlichkeitsarbeit), aus der Sicht der Studierenden: Studienberatung eher "neut universitäre Serviceeinrichtung" (neben anderen) bzw. allgemeine "Auskunftsstelle als Anwalt der Studierenden".

Die hier aufgeführten Fragestellungen und Thesen, die in einigen Punkten sicherlich der Ergänzung und Konkretisierung bedürfen, sind -um das schon anfangs verwandte Bild vom "Studentenberatungsdeck" (s. S. 1) der Beratungsstellen entwickelt, verschoben und verändert haben, wie sich also die "äußere" und "innere" Gestalt des "Beratungsdeckes" im Zeitlauf verändert hat und welche Rückschlüsse daraus sich für die mittelfristige Weiterentwicklung ergeben könnten.

Insofern soll eine Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen auch nicht einer "nostalgisch-wohlmütigen Nabelschau" oder einer "idyllischen Theoriebehaftung" dienen, sondern der Klärung von Fragen, die sich auf die weitere praktische Arbeit und die Festlegung mittelfristiger Aufgabenprioritäten beziehen: Sind die hier skizzierten Entwicklungstendenzen richtig beschrieben? Wie werden diese Tendenzen sich mittelfristig weiter ausformen und die Arbeit der Beratungsstellen tangieren? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die schon bestehenden Arbeitszusammenhänge? Welche Möglichkeiten und Alternativen bestehen, negativ eingeschätzte Entwicklungstendenzen zu stoppen, abzumildern oder diesen entgegenzuwirken? Wo ist dabei anzusetzen, auf welche Ressourcen/Unterstützungen kann dabei zurückgegriffen werden, welche werden zusätzlich benötigt? Ansetzen innerorganisatorischer Änderungen (neue Angebote, andere Techniken, veränderte Arbeitsorganisation)? Inwiefern können dabei Erfahrungen/Modelle von anderen Beratungsstellen als Unterstützung herangezogen werden? In welcher Weise kann überhaupt auf regionaler/überregionaler Ebene der Unterstützung herangezogen werden? In welchem Bereich Einfluß genommen werden? Welche Auswirkungen hat die Übernahme neuer Aufgaben (z. B. arbeitsmarkbezogene bzw. spezifische adressatenbezogene Beratungen) für die bestehenden Arbeitsbereiche, wo Kernbestand von Studienberatung und welche Mindestbedingungen müssen trotz Überlast/Bestehender Auf- und Ausbauprobleme garantiert werden?

Da es umwöglich ist, auf alle zuvor skizzierten Entwicklungstendenzen auch nur halbwegs ausführlich einzugehen, wäre es sinnvoll, um mit Hilfe der hier zum Schluß aufgeführten, eher handlungspragmatischen Fragestellungen, entscheiden, welche Fragekomplexe besonders wichtig erscheinen, ausgewählt und -sowohl im Rahmen des Gesamtplenums wie auch in den einzelnen Arbeitsgruppen- näher bearbeitet bzw. diskutiert werden sollen. Vor dem Hintergrund des skizzierten Gesamtrahmens kann dann auch überlegt werden, ob und in welcher Intensität und Reihenfolge die Auseinandersetzung mit den anderen Themenkomplexen erfolgen soll.

E. SELBSTVERORTUNGVERSUCH IM ALLGEMEINEN ENTWICKLUNGSRAHMEN.

Was sind die eigenen allgemeinen Erfahrungen vor dem Hintergrund des zuvor in Frageform skizzierten Entwicklungsrahmens?

Bestimmte Veränderungsprozesse hinsichtlich der Beratungsgespräche und -inhalte (Pkt. 2 + 3), der Umstrukturierung des Adressatenkreises von Beratung (Pkt. 5), der Außendarstellung und Akzeptanz der Beratungsstellen (Pkt. 7), der Veränderung studentischer Einstellungen, Studienziele und Verhaltensweisen (Pkt. 9) sowie dem eigenen Beratungsverhalten (Pkt. 11) wurden in der vorhergehenden Problemskizze und in den Thesen beschrieben bzw. können sinnvoller im Rahmen eines Erfahrungsaustausches präzisiert werden. Insofern soll hier nur ein allgemeiner typischer Anpassungsprozeß skizziert werden, der scheinbar -wenn auch in unterschiedlichen Gestaltform- generelle Bedeutung.

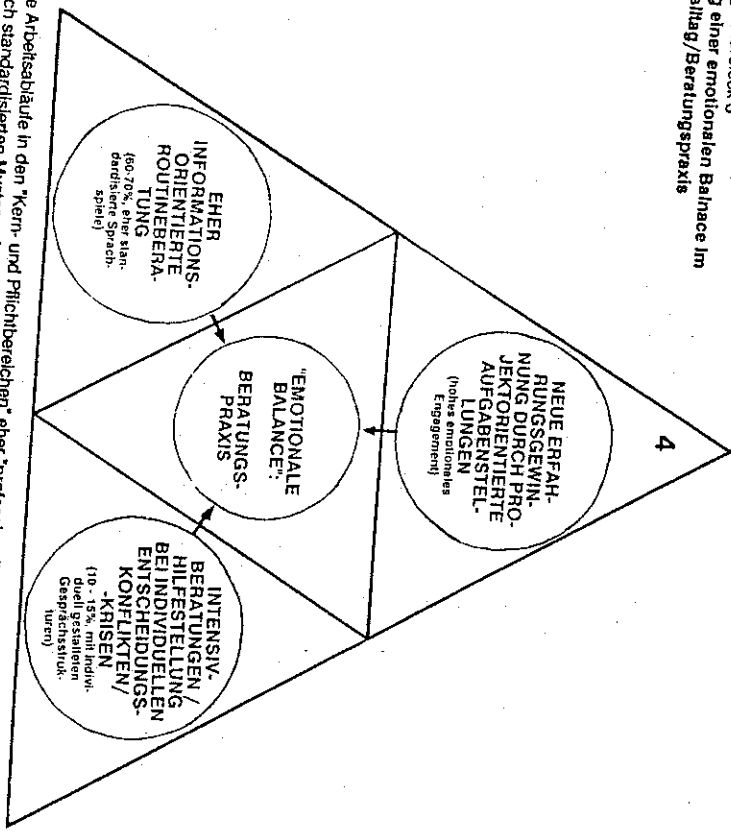
In Reaktion auf die oben beschriebenen Entwicklungen und angesichts der verstärkten Beratungsanfrage hat sich -soweit ich das für meine Arbeit beurteilen kann- eine Binnendifferenzierung der einzelnen Tätigkeitsbereiche vollzogen. Die so ausdifferenzierten Teilarbeitsbereiche orientieren sich zwar prinzipiell an den gleichen Leitzielen, wie sie im Teil B beschrieben wurden; doch bei der Realisierung dieser Aufgabenbereiche kommen unterschiedliche Modalitäten und Prinzipien zum Tragen.

Das eigentliche Hauptproblem meiner Arbeit sehe ich darin, diese unterschiedlichen Teilarbeitsbereiche so auszubalancieren, daß sie, sowohl was ihren zeitlichen Umfang wie auch ihre emotionale Belastung angeht, in einem gewissen Gleichgewicht stehen. So gliedern sich der Bereich der Einzelberatungen, der nach wie vor den Hauptteil der Arbeit ausmacht, auf in eher informationell-orientierte Routineberatungen mit vorwiegend standardisierten Gesprächssequenzen zur Klärung eher formell-abgegrenzter Fragen (etwa 60 - 70% der Beratungsfälle), den Intensivberatungen, die der Klärung von persönlichkeitsbezogenen Konflikten, Entscheidungsproblemen und Studienkrisen dienen und dabei individuell sehr unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse, Gefühle und Widersprüche thematisieren (10 - 15% der Beratungsfälle) und Beratungen, die zwischen diesen beiden Polen liegen und die je nach Situation, Anfang und eigenen Möglichkeiten entweder stärker nach standardisierten oder individuell-adressatenorientierten Gesichtspunkten strukturiert werden. Zeitlich gesehen, sind diese hier (stark unbewußt, durch bereits skizzierten "Professionalisierungs- und Rationalisierungsstrategien" (Erstellung schriftlicher Informationsunterlagen, gezielte Fragestellungen, systematische Gesprächsstrukturierung) versucht wird, den Zeitrahmen für die "primär informationsorientierten Standardberatungen" möglichst einzugrenzen und effektiv zu gestalten.

Die gleiche Strategie der Ausdifferenzierung gilt im Prinzip auch für die Erstellung studentischer Materialien/Medien (auch hier: möglichst geringer Zeitaufwand für die Erstellung von Standardpapieren durch Benutzung arbeitssparender Techniken -PC-, stärkeres (auch emotionales) Engagement bei der Erstellung/Einsatz kreativer Medien, die zwar nicht unbedingt zum vorgegebenen "Kern- bzw. Pflichtaufgabenbereich" der Beratung im engeren Sinn gehören, aber die eigenen Interessen/Phantasien ansprechen und ein Gegengewicht zu den Routineaufgaben bilden), der Organisation von Großveranstaltungen und der "Abwicklung" des Schriftverkehrs (Verwendung von Standardbriefen einerseits, ausführliche Beantwortung von Schreiben mit stark individuellen Anfragecharakter andererseits).

Zusammenfassend läßt sich auch hinsichtlich dieser Aufgabenbereiche folgende Dreiteilung vollziehen: Zwei "Kern- bzw. Pflichtbereiche" ("Standard") und als "Gegengewicht" dazu ein eher den eigenen Gestaltungsprinzipien unterworfener "Kübelbereich" ("Spielbereich"), der mit neuen Erfahrungen konfrontieren und stärker die persönlichen Interessen und Persönlichkeit herausweist. Dieser "Wahl- oder Kübelbereich", an der Schnittstelle zwischen individuellen zeitlich begrenzten Vorhaben mit wechselnden Aufgabenstellungen), setzt sich mit unterschiedlichen Themen/techniken/Medien auseinander, die sowohl einen Bezug zur Beratung, wie zu den eigenen Interessen und Bedürfnissen haben und hat eher innovativ-experimentellen Charakter.

Abb. 5: Beratungsfeldreiß 3
Gewinnung einer emotionalen Balance im
Beratungsaltag/Beratungspraxis

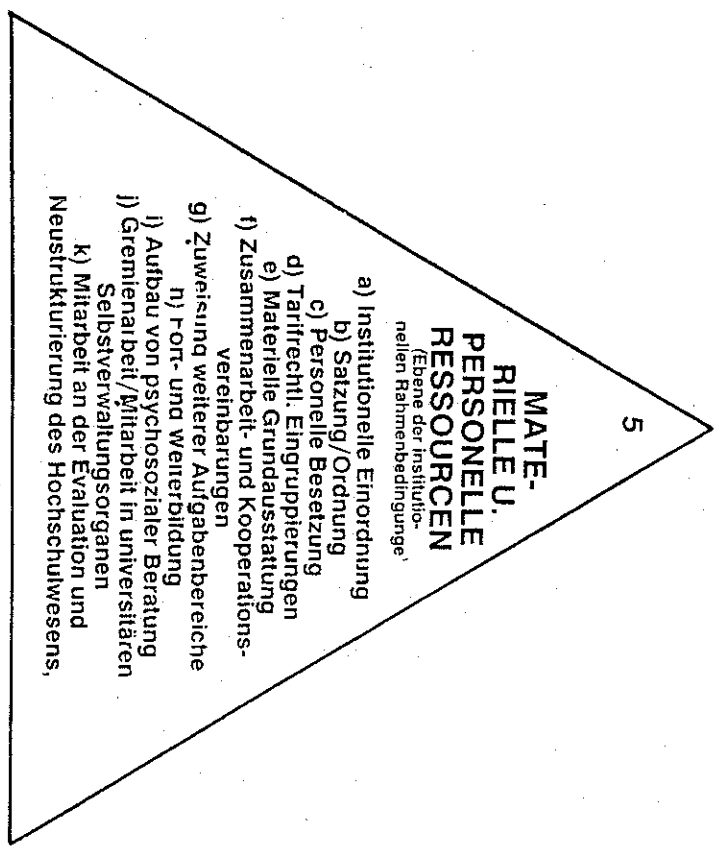


Dagegen gelten für die Arbeitsabläufe in den "Kern- und Pflichtbereichen" eher "professionelle Gestaltungselemente", die entweder mehr nach standardisierten Mustern ohne größere emotionale Beteiligung ablaufen oder den jeweils unterschiedlichen persönlichen Besonderheiten möglichst weit Rechnung tragen sollen und deshalb individuell vollzogen werden. Diese durch Ausdifferenzierung aus einem ursprünglich als einheitlich angesehenen Gesamtkomplex (siehe Punkt B) gewonnene "Spagatkonstruktion", die hier nur sehr verkürzt und bewußt provokatorisch-überspitzt dargestellt wurde, angesichts der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen die einzig akzeptable Arbeitsgestaltung dar.

F. MATERIELLE, PERSONELLE UND ORGANISATORISCHE AUSSTATTUNG UND RESSOURCEN

Wie wichtig die Absicherung institutioneller Rahmenbedingungen gerade in Phasen der Auf- und Ausbaus von Beratungsstellen ist, wurde bereits betont (vgl. S. 1). In Form eines gesonderten Papiers (vgl. Göttinger Resolution) sind deshalb noch einmal die Mindestausstattungsbedingungen von Studien- und Studentenberatungsstellen aufgeführt, die insbesondere beim Auf- und Ausbau von funktionstüchtigen Beratungsstellen in den neuen Bundesländern garantiert sein müssen. Auf Grundlage der Erfahrungen in den alten Bundesländern, wären im Hinblick auf diese personell-materiellen Mindestanforderungen für die institutionell-organisatorische Absicherung der Beratungsstellen vor allem folgende Aspekte wichtig, die auf der Grundlage des vorbereiteten Positionspapiers ausführlicher in der Plenardiskussion noch diskutiert und ergänzt werden müßten und deshalb an dieser Stelle nur stichpunktartig aufgeführt werden sollen:

Abb. 6: Beratungsfeldreiß 4
Materielle und personelle
Ressourcen



- a) Institutionelle Einordnung (Zentrale Einrichtung/Betriebseinheit, Verwaltungsdezernat, Welche Weisungs- und Dienstrechtbefugnisse? Wenn unterstellt? Erstellung Geschäftsverteilungsplan)
- b) Satzung/Ordnung, die im einzelnen Aufgabenbereiche und Zielsetzung(Grundsätze) der Beratungsstelle regelt und Angaben zur institutionellen Einordnung, internen Organisation und Autonomie enthalten sollte
- c) Personelle Besetzung (Anzahl und Qualifikation der Beraterinnen und der Kolleginnen im Verwaltungs- (Schreib-)dienst, evtl. zusätzliche (studentische) Hilfskräfte,

- d) Tarifrechtliche Eingruppierungen, Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen, personalrechtliche Gestaltung der Dienstverhältnisse, Arbeitszeitregelungen
- e) Materielle Grundausstattung, (Mobiliar, Büchergutbestand, Büreinrichtungen, Geräte- Kopierer, PC, Verbrauchsmaterial, eigener Teil für Druck-, Telefon-, Porto-, Reisekosten, Regelung hinsichtlich Haushaltsführung, Mittelbeantragung und -bewirtschaftung)
- f) Zusammenarbeit- und Kooperationsvereinbarungen/-absprachen mit inner- und außeruniversitären Stellen (Fachbereiche, Verwaltung, Berufsberatung), Aufgabenabgrenzung, Festlegung der Kooperationsrechte und -pflichten, Kontakte zu auswärtigen Beratungsstellen/Partnern/Universitäten
- g) evtl. Zuweisung weiterer Aufgabenbereiche (Vortragsverzeichnis, Auslandskontakte), Regelung der Verantwortlichkeit, zusätzliche Kapazitäten
- h) Fort- und Weiterbildung/Einarbeitung, Qualifizierung der Kolleginnen und Kollegen
- i) Aufbau von psychosozialer Beratung (organisatorische Zuordnung und Zusammenarbeit)
- j) "Gremienpflege" und Mitarbeit in universitären Selbstverwaltungsorganen, Interessenvertretungen- und Kooperationsmöglichkeiten mit anderen universitären Interessengruppen (Möglichkeiten und Strategien)
- k) Mitarbeit an der Evaluation und Neustrukturierung des Hochschullebens, Einbringen von Beratungsleistungen, Anregungen wie Stand der "Abwicklungen- und Evaluationen" möglichst transparent für Studieninteressierte/Studierende dargestellt werden kann

Empfehlungen der ARGE zum Auf- und Ausbau der Beratungsangebote für Studieninteressierten und Studierende
(Geltender Erklärung)

1. Angesichts vielfältiger Veränderungen im Hochschulwesen der neuen Bundesländer ist ein zügiger und umfassender Aufbau von Beratungsangeboten für Studieninteressierten und Studierende an den Hochschulen entsprechend § 14 HMG dringend geboten. Dabei ist der Aufbau von zentralen Studienberatungsstellen in den Landeshochschulgesetzen zu verankern. Ein ganzheitlicher Beratungsansatz umfasst auch psychosoziale und psychotherapeutische Hilfe, die von den Studentenwerken, den Studienberatungsstellen oder anderen universitären Einrichtungen angeboten wird. Auch in den alten Bundesländern bedarf es angesichts hoher Studierendenzahlen und veränderter Problemlagen (z.B. auf dem Arbeitsmarkt) eines quantitativen/qualitativen/aktueller Fragestellungen (z.B. Studium und Beruf, Studium und regionale/internationale Mobilität) bezogene Modellversuche können dafür hilfreich sein.
2. Beratung als Hilfe zur Selbsthilfe hat sowohl vom Selbstverständnis der Beraterinnen als auch gestützt durch die tägliche Praxis unter folgenden Voraussetzungen stattzufinden:
- Freiwilligkeit des Aufsuchens der Beratung durch die Ratsuchenden,
- Anonymität der Beratung und Schutz der personenbezogenen Daten,
- Transparenz des Beratungsprozesses für die Ratsuchenden.
3. Beratung ist an den Interessen der Ratsuchenden orientiert. Dies schließt ihre Inanspruchnahme für andere Interessen wie zum Beispiel zur Durchsetzung administrativer Lenkungsmaßnahmen aus.
4. Die besonderen Dienstleistungen der Beratungsstellen für Studieninteressierten und Studierende stehen in der Hochschule eigenständig neben den Aufgaben der Einrichtungen für Lehre, Forschung und Verwaltung. Es ist daher eine Wahlleistung der Beratungsstellen und der allgemeinen Verwaltung zu gewährleisten (z. B. Zentrale Einrichtung, Zuständigkeit eines akademischen Selbstverwaltungsorgans für die Stelle, Satzung).
5. Studien- und Studentenberatung ist eine wissenschaftlich fundierte Berufstätigkeit, die den Abschluss eines Studiums voraussetzt. Sie ist entsprechend den tarif- und besoldungsrechtlichen Regeln mindestens nach BAT IIa bzw. A 13 zu vergüten.
Die Tätigkeit als Sachbearbeiterin in einer Clearingstelle ist von hoher Verantwortlichkeit gegenüber den Anliegen der Ratsuchenden und durch beratnerische Anreize geprägt. Eine Vergütung nach mindestens BAT Vb ist daher notwendig.
6. Bei der personellen Ausstattung von Beratungsstellen muß unabhängig von Studierendenzahlen mindestens 1 Planstelle für eine(n) Berater(in) und eine Planstelle für eine Verwaltungs-/Sachbearbeiterin zur Verfügung gestellt werden (vgl. BLK 1981). Neben den Studierendenzahlen (ca. 1 Beraterinnenstelle pro 3 000 Studierende, zusätzlich 1 Sachbearbeiterstelle pro 4 Beraterstellen und Ausstattung der Einzugsbereiche, vgl. BLK 1981) sind bei der Personalplanung der Einzugsbereiche, die Aufgabenstellung der Stelle (z. B. integrierte psychosoziale Hilfen) und das Fachspektrum zu berücksichtigen.
7. Um die Vertraulichkeit der Beratungsgespräche gewährleisten sind Einzelzimmer erforderlich. Darüberhinaus ist ein größerer Raum für die Clearingstelle erforderlich, in dem auch schriftliche Beratungsmaterialien zur Einsicht und Mitgabe gelagert werden können (bei größeren Materialmengen ist auch ein Archivraum erforderlich). Erforderlich ist ein spezieller Raum für Gruppenberatungen.

8. Für die Herstellung von Informationsmaterial, die Anschaffung von Büchern und anderen Beratungshilfsmitteln benötigt jede Beratungsstelle einen Sachmittelhaushalt. Reisekosten zu auswärtigen Beratungsterminen sowie zu Fortbildungen, Porto- und Telefonkosten sind ebenfalls einzuplanen. Eine Ersteinstellung der Stelle muß dem heutigen Stand der Biotechnik (z.B. Kopiergeräte, PC) entsprechen.
9. Zur Sicherung und kontinuierlichen Erweiterung der Qualität der Beratung ist Fort- und Weiterbildung unabdingbar. Sie bezieht sich insbesondere auf die Bereiche: Kenntnis der Bedingungen des Studierens sowie Erweiterung der Beratungskompetenz (Konzepte und Methoden der Beratung, Supervision). Entsprechende Möglichkeiten sind zeitlich und finanziell zu sichern.
10. Um den wechselnden Anforderungen aus Gesellschaft und Universität gerecht werden zu können, bedarf Beratung zur Sicherung und Verbesserung ihrer Arbeit der ständigen Evaluation. Entsprechende Arbeitsstellen, die wissenschaftliche Dienstleistungen und Unterstützung bei der Entwicklung neuer Beratungsmodelle bereitstellen können, sind vorzusehen. Die Rückkopplung der Studienberatungserfahrungen in Lehre und Verwaltung der Universität sollte institutionell gesichert werden (z. B. regelmäßige Berichte in universitären Gremien).
11. Die Zusammenarbeit zwischen den Beratungsstellen in den alten und den neuen Bundesländern soll weiter intensiviert werden. Dabei soll an die bisherigen positiven Erfahrungen mit dem Hospitationsprogramm angeknüpft werden.
12. Mit Blick auf die sich verstärkende Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern ist eine intensivere Kooperation im Beratungswesen zwischen den europäischen Hochschulen anzustreben.

Göttingen, d. B. 3. 1991

Protokoll des ArGe-Plenums, 9. März 1991, 10.15 bis 12.30 Uhr

TOP 1 Bericht des ArGe-Sprecherrates sowie des HRK-Abgesandten

Im Laufe der Vorbereitung der Göttinger Tagung kam es zu einer Reihe von Absprache- und Koordinierungsschwerpunkten. Das für die Tagungsvorbereitung vorgesehene Treffen des Sprecherrates in Göttingen konnte aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht stattfinden, sodaß immer nur Absprachen mit einzelnen Mitgliedern des Sprecherrates möglich waren; dies führte zu Problemen in der Koordinierung und zu Mißverständnissen. Aus diesen, nicht zum ersten Mal auftretenden Gründen werden für die Zukunft feste Zuständigkeiten im Sprecherrat festgelegt (s. TOP 3).

Unklarheiten bestanden insbesondere in der Frage der Beteiligung der Sozialberater des Studentenwerks (DSW) an den ArGe-Tagungen (bisher nimmt das DSW mit seinen psychosozialen Beratungsstellen teil).

In der Diskussion werden die unterschiedlichen Funktionen der ArGe kenntlich gemacht; zum einen ist sie eine organisatorische Vorstufe eines Berufsverbandes, in dem die Studienberaterinnen und Studienberater der ZSB sowie die Beraterinnen und Berater der PBS zusammenfinden, zum anderen ist sie eine "Tagungsorganisationsgesellschaft". Der Vorschlag, Reht dahin, beide Funktionen als getrennt zu verstehen, um die Tätigkeiten all denen zu öffnen, die in der Beratung von Studentinnen und Studenten Beratungsgesprächen in den evangelischen und katholischen Studentengemeinden und die Berufsberaterinnen und Berufsberater für Abiturienten/Hochschüler des Arbeitsamtes angesprochen. Bezüglich einer Teilnahme letzterer wurden sowohl grundsätzliche Reserven als auch vorsichtige Befürwortung geäußert; dieser Punkt wurde jedoch nicht ausdiskutiert.

Um das Forum der Tagungen in Zukunft zu erweitern, wurde noch einmal nach dem Selbstverständnis der ArGe gefragt, weil nur von einer klaren Position aus der Rallancekt zwischen den verschiedenen Rollen gelingen könnte und genaue Absprachen mit dem DSW getroffen werden könnten. In diesem Sinne wird der Sprecherrat beauftragt, Verhandlungen mit dem DSW Bonn zu führen, um den Sozialberatern die Teilnahme an der nächsten ArGe-Tagung zu ermöglichen; unklar scheint, ob diese (noch?) interessiert sind.

Der HRK-Abgesandte der ArGe (Ralf Mahler, Hannover) berichtet über folgende Punkte:

- das Hospitationsprogramm für Ost-Studienberaterinnen und Studienberater an westlichen ZSBs ist gelaufen und, ein zweiter Durchgang ist geplant. Ralf bittet weitere Interessenten, sich an ihn zu wenden; in den osteuropäischen Ländern wird ein EDV-gestütztes Studieninformationssystem aufgebaut.
- in Sachsen-Anhalt liegt ein Antrag für ein Modellversuch Studienberatung vor. Ein kritischer Aspekt ist, daß dieses Konzept auf die Errichtung Zentraler Einheiten an den Hochschulen verzichtet, und statt dessen mit einer zentralen "Koordinierungsstelle" und den Fachberatern vor Ort arbeiten soll. Über Details gibt es widersprüchliche Aussagen; immerhin ist so viel klar, daß es sich bei dieser sogenannten "Magedburger Konzeption" um eine "Zentrale Koordinierungs- und Erfassungsstelle" handelt, die aus "Altbeständen" erwachsen ist; ebenso klar ist die Position, daß diese Konzeption so nicht gewollt wird.
- die Vorbereitung der internationalen FEDORA-Tagung im Juli läuft;
- die Kooperations-Verhandlungen der HRK und Arbeitsverwaltung laufen zäh, da letztere sich "hart" zeigen und "alles machen" wollen; die Rektoren überlegen, die Verhandlungen abzubrechen;

TOP 2 Finanzen

Win Kaiphas (PBS München) nimmt die Aufgaben eines Geschäftsführers wahr. Aus der Berliner Tagung konnte er das freudige Ereignis eines Überschusses von circa DM 2.800,- vermelden.

Win bringt folgende Anträge zur Abstimmung ein:

- 1) für die folgende Tagung in Frankfurt werde ein Tagungsbeitrag von DM 70,- (Wessis) und DM 40,- (Ossis) beschlossen. Das Plenum stimmt zu, ohne Gegenstimme, eine Enthaltung.
- 2) es sei von den Organisatoren ein Überschuss von mindestens DM 5,- pro Teilnehmer zu erwirtschaften; dieser Betrag gehe auf das ArGe-Konto.
Das Plenum stimmt zu, o.G., 1 E.
- 3) aus diesem Topf werde ein Koordinierungstreffen des Sprecherrates zwischen den Tagungen finanziert; es geht um die Erstattung der Fahrtkosten, sofern sie nicht anderweitig bezahlt werden können.
Das Plenum stimmt zu, o.G., 1 E.
- 4) aus dem Engagement mit der "ArGe-Zeitung", die sich als finanzieller Flop erwiesen hat, besteht eine Restschuld von DM 1.000,-; sie werde mit dem ArGe-Guthaben beglichen.
Das Plenum stimmt zu, o.G., 2 E.

TOP 3 Neue Aufgaben und Zuständigkeiten im Sprecherrat

Ilona Rodowski (HBK Berlin) ist für die Tagungsvorbereitung zuständig und somit Ansprechpartnerin der die Tagung organisierenden ZSb; es sollen Organisationshilfen erstellt werden.

Udo Treide (TU Berlin) betreut die Bereiche FEDORA und Internationales (Berliner HR-Tagung).

Win Kaiphas (PBS München) ist DSW-Kontakter.

TOP 4 Berichte aus Bundesländern

Baden-Württemberg

Es ist der "Berufsverband der Studienberaterinnen und Studienberater in Baden-Württemberg" gegründet worden; er steht den Kolleginnen und Kollegen in den Zentralen Studienberatungsstellen offen; Vorsitzender ist Dietmar Chur (ZSb Heidelberg); zur Zeit sind etwa 20 von 40 möglichen Mitgliedern beigetreten.

Bayern

Der halbjährige Modellversuch einer 10 bis 15-minütigen "Kurzzeitdiagnostik" zur Entwicklung einer Alternative zum Clearingverfahren läuft. (s. ArGe-Rundbrief 8).

Berlin

Das Informationssystem zwischen der FU und HU läuft. - Ein Frauenprojekt "Frauen leben im Osten und studieren im Westen" soll besondere Beratungsangebote entwickeln. - Es wird angestrebt, die Weiterbildung zu systematisieren. Eine Überlegung ist, daß die PBSn die Supervisoren für die Studienberaterinnen und Studienberater stellen; diese Verfahrensweise erscheint zwar nicht ideal, aber besser als die kollegiale Supervision; sie ist nur so finanzierbar.

Bremen

Die Hochschulzugangsmöglichkeiten für Berufstätige werden erweitert. - Es werden verstärkt Mittel für studentische Hilfskräfte bewilligt.

Brandenburg
In Cottbus ist die ZSb fest installiert, während Potsdam noch unsicher ist. - Ungeklärt sind die Möglichkeiten zur Weiterbildung. - Ungeklärt ebenfalls die Zukunft der Hochschule insgesamt.

Hamburg
Die neuerrichtete Stelle (s. ArGe-Rundbrief Nr. 8) ist mit einem K.W.-Vermerk versehen. - Seit April d.J. gibt es einen neuen Präsidenten.

Hessen
Der Sachmittelhaushalt der ZSb wird vom Kanzler der Frankfurter Universität angestastet (Aufhebung des Tischschutzes im Haushalt für Personal- und Sachmittel). - Die Studienberatung der Fachhochschulen Frankfurt und Wiesbaden erhalten je eine neue Stelle.

Mecklenburg-Vorpommern.

Die Arbeitsbedingungen an der Universität Rostock sind ausgesprochen schwierig, da die Gesamtsituation und die Struktur der Uni ungeklärt sind; Rostock hat einen Kanzler aus Münster. - Die ZSb arbeitet mit zwei Kolleginnen/Kollegen und ohne Schreibkräfte; sie haben nur ein Zimmer zur Verfügung. - Die Möglichkeit zur - sehr anregenden - Hospitation in westlichen ZSb wurde rege wahrgenommen.

Niedersachsen

Die Koordinierungsstelle für die Studienberatung (Hannover) legt die III. Phase der Supervision auf.

Nordrhein-Westfalen

Das Projekt Finanzautonomie der Hochschulen (ein Modellversuch mit den Universitäten Bochum und Wuppertal) läuft. Dabei werden Auswirkungen auf die Arbeit der ZSbs insoweit gesehen, als ein leichter Zugriff auf die Stellen befürchtet wird. - Es gibt ein Programm ("Qualität der Lehre", in dem mit Hilfe des Einsatzes von Tutoren sehen sind Tutorenschulungen und lange Studienzeiten verkürzt werden sollen; vorgereist vorgesehen - beteiligt).

Sachsen

Auch hier erschweren ungeklärte Struktur und Personalsituation sowohl an den Universitäten als auch in den ZSbs das Arbeiten. - Ein Hochschulgesetz existiert noch nicht. Es sind länderweite Studienberaterinnen- und Studienberaterreffen geplant, um eventuell die Entwicklung zu beeinflussen. - Sehr positiv sei die Hospitation in der ZSb Hannover gewesen. - Insgesamt sei man optimistisch: "Sachsen wird erblühen". - An dieser Stelle ging ein herzlicher Dank an die Organisatoren der gelungenen Göttinger Tagung; insbesondere wurde die Arbeitsgruppe 7 gelobt, da man sehr viele Anregungen für die gegenwärtige Arbeit mit nach Hause nehmen könne.

Sachsen-Anhalt

Es wird noch einmal der Widerstand gegen das "Magdeburger Modell" formuliert. - Noch immer gibt es kein Hochschulgesetz, und es ist auch keines vor 1993 zu erwarten; man arbeitet an einem Vorschaltgesetz und verfährt derweil nach allem Meierischen Gesetz. Die Arbeitsbedingungen sind infolgedessen unmöglich. Ungeklärt ist die Struktur der Hochschulen, bei einigen sogar der Status: FH oder Uni?; die Studienmöglichkeiten sind vollkommen ungeklärt, solange die "Abwicklung" läuft; es ist ein allgemeines Durchwursteln.

Thüringen

Die Zentrale Studien- und Studentenberatungen sind im Aufbau. Wie überall auch hier ein Arbeiten ohne gesetzliche Grundlagen. - Die thüringischen Studienberaterinnen- und Studienberater treffen sich regelmäßig; das Hospitationsprogramm ist gut angekommen.

TOP 5 Tagungskritik

a) Probleme

Einige problematische Aspekte im Vorfeld der Tagung wurden genannt: die Schwierigkeit, zu einer kompletten Adressendatei zu gelangen; die Formulierung des Tagungsthemas; eine bessere Koordinierung oder besser eine Aspiration noch auf der vorangehenden Tagung sei erforderlich; problematisch ist der finanzielle Aspekt insofern, als Verträge abgeschlossen werden, ohne daß eine kalkulierbare Anzahl von Teilnehmern mit ihren Tagungsbeiträgen dahintersteht.

b) Kritik

- Es fehlte eine Arbeitsgruppe für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Clearingstellen; es sei Aufgabe des Sprecherrates, für ein solches Angebot zu sorgen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Interessenten sich kennen und eine solche AG selbst in einem Einwand wurde eine solche separate AG als Ausschluß aus der Tagung bezeichnet.

- Die Gestaltung des Freitag-Vormittags ist gut angekommen, während der Nachmittag nicht gefallen hat; es gab keine AG's, ein wirklicher Austausch war nicht möglich, die Diskussionen wurden als ermüdend empfunden. Das Plenum ist die falsche Arbeitsform, um ein vorliegendes Papier (redaktionell) zu bearbeiten. Auf jeden Fall sollte in Zukunft - über das Samstag-Plenum hinaus - ein Plenumsblock angesetzt werden; für die Arbeit in den AG's wird ein ganzer Tag als genügend angesehen.

- Es wird für ein längerfristiges Arbeiten an Themen für die AG's plädiert, um eine Kontinuität über mehrere Tagungen hinaus zu erreichen. Dringende Aufforderung an alle: Beteiligt euch bei der Formulierung von AG-Themen, meldet eure Angebote so frühzeitig (iii) an die Organisatoren - einschließlich einer ausformulierten Ankündigung - daß sie vor der Einladung zur Tagung vorliegen.

- Ein Appell geht an künftige Veranstalter, bei der Organisation der Ar-Ge-Fete an die Vegetarier zu denken! Wünsche in dieser Richtung könnten schon bei den Einladungen abgefragt werden (Rückmeldungen mit den Anmeldeformularen).

- Die Göttinger Tagung wird in einem Ar-Ge-Rundbrief dokumentiert. Die Protokollanten bzw. Referenten der einzelnen AG's bzw. des Plenums werden aufgefordert, ihre Protokolle, Ausarbeitungen, schriftliche Reflexionen etc. bis zum 15. April 1991 nach Göttingen zu schicken (Dead-Line iii)

Es ergeht die Bitte um Niveau und Verbindlichkeit. Der Versand des Tagungsberichtes an die Beratungsstellen wird wegen der hohen Postkosten nicht versprochen. Bei den ostdeutschen ZSBs sollte unbedingt beachtet werden, daß der Versand an die betreffende Person direkt geschieht.

- Die anwesenden Göttinger bieten an, ihren Kollegen J. Krohn zu bitten, eine vollständige Adressenkartei zu erstellen; Adressen (änderungen) gehen also nach Göttingen.

TOP 6 Göttinger Erklärung

Die "Göttinger Erklärung" liegt inzwischen in der Endformulierung vor; eine Abstimmung erübrigt sich, da bereits am Vortage geschehen.

Es entsteht eine ausgedehnte Diskussion darüber, wie mit diesem Papier nun zu verfahren sei um eine politische Wirksamkeit zu erzielen; erörtert werden informelle "Dienstwege", geeignete Adressaten und auch Empfindlichkeiten.

Ralf Mahler schlägt vor, die Erklärung in die HRK einzubringen, damit diese sie dann an die Präsidenten und Rektoren der Hochschulen weiterleitet; sie soll auch erst dann, spätestens aber im Tagungsbericht, veröffentlicht werden.

Es wird überlegt, ob auch die Länder-Minister von dem Papier unterrichtet werden. West-Beraterinnen und -Berater möchten hier allerdings erst den Ablauf über die HRK-Schiene abwarten, um die eigenen Rektoren/Präsidenten nicht zu übergehen. Eine grundsätzlich andere Bewertung findet sich bei den Ost-Beraterinnen und -Beratern, Hochschulgesetzgebung der einzelnen Länder einfließen; dies müsse zudem umgehend geschehen, weil die wichtigen Strukturentscheidungen in den nächsten Wochen fallen; die möglichen Empfindlichkeiten der Hochschulleitungen werden als nachrangig angesehen.

Die Frage, was wäre, wenn die HRK die "Göttinger Erklärung" nicht weiterleitet, soll erst einmal nicht diskutiert werden. Der o.g. Vorschlag wird angenommen (ohne Gegenstimme, 1 Enthaltung).

TOP 7 nächste Tagung

Die nächste Ar-Ge-Tagung findet am 25. - 28. Sept. 1991 in Frankfurt/M. statt.

Es wird ein Tagungsthema vorgeschlagen, das die Diskussion der Problematik des Freitag-Vormittag-Plenums vertiefen soll:

"Qualität und Quantität in der Studien- und Studentenberatung". Udo Trede kündigt bereits jetzt die Fortsetzung seiner AG Weiterbildung an; die Tagung schließt mit einem Auftritt nach aktiver und prompter Beteiligung am Arbeitsgruppen-Angebot.

Protokoll: Friedrich Georg Wentz, Zentrale Studienberatung Göttingen

PROGRAMM der Frühjahrstagung

Mittwoch, 6. März 1991

ab 16.00 Uhr

Eröffnung des Tagungsbüros und
Ausgabe der Tagungsunterlagen

18.00 Uhr

Begrüßung der Teilnehmer durch den
Präsidenten der Georg-August-Universität
Göttingen, Prof. Dr. N. Kamp

Ort: Aula, Wilhelmsplatz 1

18.15 Uhr

Eröffnungsvortrag: Dr. W. Deppe,
Koordinierungsstelle für die Studienberatung
in Niedersachsen, Hannover

Ort: Aula, Wilhelmsplatz 1

19.00 Uhr

Empfang der Teilnehmer durch die Zentrale
Studien- und Studentenberatung, das Studien-
tenwerk Göttingen und die Ärztlich-psycholo-
gische Beratungsstelle mit Imbiß

Ort: Alte Mensa, Wilhelmsplatz 3

ab 21.00 Uhr

Möglichkeiten zu gemeinsamen Treffen,
Austausch, Klönen, Bier & Wein; unser
Vorschlag: im Ratskeller, Altes Rathaus

Donnerstag, 7. März 1991

ab 8.30 Uhr

Öffnung des Tagungsbüros
Ort: Verfügungsgebäude, Platz der
Göttinger Sieben 6, VG 112

9.00 Uhr

Beginn der Arbeit in den Arbeitsgruppen in
Räumen des Verfügungsgebäudes im Erdge-
schoß und im 1. Stock

12.30 - 14.00 Uhr

Mittagspause

14.00 - 18.30 Uhr

Fortsetzung der Arbeit in den Arbeits-
gruppen

ab 19.30 Uhr

ArGe-Fete mit Rahmenprogramm im Wahl-
essenbereich der Zentralmensa, Platz der
Göttinger Sieben 4

Ende: 24.00 Uhr

Freitag, 8. März 1991

ab 8.30 Uhr

Öffnung des Tagungsbüros
Ort: Verfügungsgebäude, VG 112 (s.o.)

9.00 Uhr - 12.00 Uhr

Was bedeuten "geänderte Prioritäten" für die
Entwicklung der Beratung in Ost und West? -
Überlegungen zum Rückbezug zweiter
Prozesse.

Forum 1: Studienberatung im Limbruch

- Entwicklungen, Ereignisse, Ergebnisse und
Erwartungen in den neuen Bundesländern, (R.
Schreiber, Kunsthochschule Berlin und andere)
- Stand und Weiterentwicklung der Beratung in
den alten Ländern. (Gerd Lotze, Universität
Oldenburg)

anschl. Diskussion, bei Bedarf AGs

Mittagspause

12.00 - 14.00 Uhr
14.00 - 18.00 Uhr

Forum 2: Empfehlungen zur Entwicklung der
Studienberatung in Ost und West.
Ort: Zentrales Hörsaalgebäude, Platz der Göttinger Sieben, HS 001

Sonabend, 9. März 1991

ab 8.30 Uhr

Öffnung des Tagungsbüros
Ort: Verfügungsgebäude, VG 112 (s.o.)

9.00 - 12.00 Uhr

ArGe-Plenum

Ort: Verfügungsgebäude, Platz der Göttinger Sieben 6, Raum 111
ca. 12.00 Uhr

Ende der Tagung

Teilnammeliste für die Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Studienberaterinnen und Studienberater der Bundesrepublik Deutschland (ARGE) vom 6.3. bis 9.3.1991 in Göttingen

Elisabeth Albrecht Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg Dezernat für Studienangelegenheiten - Studienberatung	Dr. Karin Döbbeling Projektgruppe Hochschulforschung Studienberatung
Jürgen Albrecht U Hamburg Beratungszentrum für Studenten	Michael Dudziak Studentenwerk Berlin Psychol.-psychotherapeut. Beratung
Helga Anders U Leipzig Zentrale Studienberatung	Heino Ebel U Lüneburg Zentrale Studien- und Studentenbera- tungsstelle
Doris Aschemann U Hildesheim Zentrale Studienberatungsstelle	Karin Ehrhardt TH Ilmenau Zentrale Studien- und Studentenberatung
Dr. Gudrun Aulerich Projektgruppe Hochschulforschung Studienberatung	Armin Eikenberg TH Darmstadt Studienberatung
Jutta Bachmann Karl-Marx-Universität Leipzig Direktorat für Studienangelegenheiten	Ingrid Eismann HAB Weimar Allgemeine Studien- und Studienberatung
Christoph Bäcker Unl-GH Paderborn Zentrale Studienberatung	Ingrid Eschke Friedrich-Schiller-Universität Jena Zentrale Studienberatung
Petra Blandow U Braunschweig Zentrale Studien- und Studentenberatung	Margret Feit Deutsches Studentenwerk Bonn
Marita Brech FH Frankfurt Zentrale Studienberatung	Sheila Föör U Göttingen Zentrale Studien- und Studentenberatung
Claudia Brehmer Studentenwerk Clausthal-Z. Soziale Studentenberatung	Dr. Jürgen Fuchs HS f. Bauwesen Cottbus Studienberatung
Jens Brömer GH Kassel Zentrale Studienberatung	Wolfgang Gast Humboldt-Universität Berlin Direktorat für Studienangelegenheiten
Dietmar Chur U Heidelberg Zentrale Studienberatung	Dr. Gisela Gerstberger U Bayreuth Zentrale Studienberatung
Karen Cornils-Harries U Hamburg Beratungszentrum für Studenten	Swantje Gertner U Hannover Zentrale Studienberatung
Dr. Wolfgang Deppe Koordinierungsstelle f.d. Studienberatung in Niedersachsen Hannover	Astrid Gieseler TU Hamburg-Harburg Zentrale Studienberatung

Jochen Gläß TU 'Otto von Guericke' Magdeburg Dez. für Studienangelegenheiten Zentrale Studien- und Studentenberatung	Annet Göhmann-Ebel Studentenwerk Göttingen Psychosoziale Beratungsstelle
Astrid Grah Hochschule für Ökonomie Berlin Studienberatung	Monika Güllekes
Gisela Günther Technische Universität Clausthal Zentrale Studienberatung	Elli Gurack Ruh-Universität Bochum Studienbüro
Ulrike Haeflner le Plat TU Berlin Referat für Allgemeine Studienberatung	Ellen Hartwich HS f. Musik 'Hans Eisler' Berlin
Erika Hauschke TH 'Carl Schorlemer' Leuna-Merseburg Hauptabteilung für Studienangelegen- heiten	Ulrike Helbig U Hamburg Beratungszentrum für Studenten
Dr. Marie-Luise Hillebrecht U Göttingen Zentrale Studien- und Studentenberatung	Ingrid Hofmann Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg
Dr. Günter Hudecek TU München Zentrale Studienberatung	Rita Hummel Hdk Berlin Allg. Studienberatung
Win Kaiphas Studentenwerk München Psychosoziale Beratung	Dr. Bodo Kayser U Göttingen Zentrale Studien- und Studentenberatung
Ulrich Klapper FH Darmstadt Allg. Studienberatung	Jutta Klause TH Darmstadt Studienberatung
Andrea Koch Studentenwerk Braunschweig Psychologische Beratungsstelle	Christine Koenen TH Wismar Zentrale Studienberatung
Dr. Jochen Krohn U Göttingen Zentrale Studien- und Studentenberatung	Kirsten Kruse Studentenwerk Erlangen-Nürnberg Psychologisch-Psychotherapeutische Be- ratungsstelle
Dr. Otto Kruse FU Berlin ZE Studienberatung	Dr. Manfred Kuda U Göttingen Ärztl.-Psychologische Beratungsstelle
Lorraine Kühn U Hamburg Beratungszentrum für Studenten	Gerd Lotze U Oldenburg Zentrale Studienberatung
Ralf Mahler U Hannover Zentrale Studien- und Studentenberatung	Dr. Ina Meinelt TU Chemnitz Dezernat Studienangelegenheiten Abt. Zentrale Studienberatung
Marion Mitschak TH Leipzig Studienberatung	

- Dr. F.-W. Mollenhauer
FH Gießen-Friedberg
Zentrale Studienberatung
- Christoph Müller
U Karlsruhe
Beratungs- und Informationszentrum
- Prof. Dr. Peter Müller
Humboldt-Universität Berlin
Direktorat für Studienangelegenheiten
- Christiane Norda
FH Ostfriesland
Zentrale Studienberatung
- Anne-Karin Nörenberg
U Rostock
Allg. Studienberatung
- Dr. Christa Nöske
PH Neubrandenburg
Dezernat für Studienangelegenheiten -
Studienberatung
- Ingeborg Novak
Evangelische Studentengemeinde
Göttingen
- Dr. Ulrich Olfers
U Karlsruhe
Beratungs- und Informationszentrum
- Ulli Pahlke
Studentenwerk Clausthal-Z.
Soziale Studienberatung
- Katharina Parisius
U Göttingen
Ärztlich-Psychologische Beratungsstelle
- Christa Pasemann
HS für Schauspielkunst 'Ernst Busch'
Studienberatung
- Irene Peter
TH Ilmenau
Zentrale Studien- und Studentenberatung
- Ursula Peter
IH Berlin-Wartenberg
- Dr. Pieper
U Mainz
Abt. 24
- Martina Pionek
Hochschule für Ökonomie
Studienberatung
- Edith Püschel
FU Berlin
ZE Studienberatung und Psychologische
Beratung
- Doris Quabis
TH Kötten
Zentrale Studienberatung
- Hans Quast
TU 'Otto von Guericke' Magdeburg
Dez. für Studienangelegenheiten
Zentrale Studien- und Studentenberatung
- Dipl.-Psych. Bernd Radloff
TU Dresden
Abt. Beratungsdienste
Psychologische Beratungsstelle für Stu-
dierende
- Henning Reetz
U Osnabrück/Vechta
Zentrale Studienberatung
- Herbert Reiss
U Hannover
Zentrale Studienberatung
- Günter Rietbrock
Ruhr-Universität Bochum
Studienbüro
- Ilona Rodowski
HdK Berlin
Allg. Studienberatung
- Achim Schattmann
Studentenwerk Braunschweig
Sozialberatung Hildesheim
- Dr. H. Schauenburg
U Göttingen
Ärztl.-Psychologische Beratungsstelle
- Eckart Schmidt-Klevenow
U Hamburg
Beratungszentrum für Studenten
- Gertraude Schliedermeier
U Hannover
Zentrale Studienberatung
- Dr. Gudrun Scholz
U Gießen
Büro für Studienberatung
- Prof. Rosemarie Schreiber
Kunsthochschule Berlin
Abteilung Studienangelegenheiten
- Dr. Schröder
Hochschule f. Seefahrt
Dezernat Studentische Angelegenheiten
- Ansgar Schuldenzucker
Deutsches Studentenwerk Bonn
- Dr. Reinhard Schulz
U Oldenburg
Zentrale Studienberatung
- Dr. Brigitte Schütte
TH 'Carl Schorlemer' Leuna-Merseburg
Hauptabteilung für Studienangelegen-
heiten
- Katarina Schwarz
TU Dresden
Studienberatung
- Henrike Selling
U Heidelberg
Psychotherapeut. Beratungsstelle
- Dr. Andreas Siems
Studentenwerk Göttingen
Psychosoziale Beratungsstelle
- Wolfgang Stockert
U Hildesheim
Zentrale Studienberatungsstelle
- Dipl.-Ing. Werner Sucker
TU Dresden
Abt. Beratungsdienste
Behinderten- und Sozialberatung
- Hans-Joachim Tiefensee
U Bremen
Zentrale Studienberatung
- Hajo Todte
HS für Landwirtschaft und Nahrungs-
güterwirtschaft Bernburg
Direktorat Studienangelegenheiten
- Udo Treide
TU Berlin
Allg. Studienberatung
- Isabel von Colbe-van de Vyver
U Göttingen
Zentrale Studien- und Studentenberatung
- Dr. Ursula Vormfelde-Siry
U Göttingen
Zentrale Studien- und Studentenberatung
- Gudrun Walter
PH Erfurt/Mühlhausen
Allg. Studienberatung

- Dr. Friedrich Georg Weniz
U Göttingen
Zentrale Studien- und Studentenberatung
- Anke Wichmann
Studentenwerk Rostock
- Jutta Wortmann
U Lüneburg
Zentrale Studien- und Studentenbera-
tungsstelle
- Bruno Zimmermann
U Freiburg
Zentrale Studienberatung
- Renate Zimmermann
U Bremen
Zentrale Studienberatung

Göttinger Tageblatt, 1. März 1991

Studienberatung

Unsicherer Übergang

Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Studienberaterinnen und Studienberater (ArGe) in Göttingen: Probleme nach der Wiedervereinigung.

Erstmals seit ihrem über zehnjährigen Bestehen richtet die Arbeitsgemeinschaft der Studienberaterinnen und Studienberater (ArGe) ihre Frühjahrstagung in Göttingen aus. Von Mittwoch, 6. März bis Sonntag, 9. März, kommen etwa hundert allgemeine Studienberaterinnen und Studienberater aus Hochschulen und Fachhochschulen sowie Berater der psychologischen Beratungsstellen des Deutschen Studentenwerks zusammen. Der Präsident der Georg-August-Universität Göttingen, Professor Dr. Norbert Kamp, wird die Teilnehmer am Mittwoch in der Aula, Wilhelmplatz 1, begrüßen. Den Eröffnungsvortrag hält danach der Leiter der Koordinierungsstelle der Studienberatung in Niedersachsen, Dr. Wolfgang Deppe aus Hannover, über die Funktion von Studienberatung bei der Bewältigung von Ausbildungs- und Bildungsthemen. „Studium zwischen Ausbildung und Bildung: gestörte Balance?“, lautet das Thema der Tagung. „Gewinnt für die Beteiligten das starke Interesse von Bundesländern in den fünf vergangenen Jahren mit ihren im Vergleich zu anderen Hochschulen von den Folgen der Umorganisation an den Hochschulen betroffenen Hochschulen, die wie immer für Schüler und Studierende aus der ehemaligen DDR leicht erreichbar sind, haben die unsicheren Übergangssituationen an ostdeutschen Hochschulen Auswirkungen auf die Bewältigung der neuen Interessengruppen und der Aufbau von zentralen wie sozial-psychologischen Studien- und Studienberatungsstellen an den Hochschulen in den fünf Ländern werden mit im Mittelpunkt der Tagung stehen. Diese und andere Probleme werden die Teilnehmer in über zehn Arbeitsgruppen diskutieren.“

Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, 8. März 1991

Studienberatungen unterbesetzt / Viele Ratsuchende aus neuen Ländern

Sechs Berater für 30 000 Studenten

Göttingen (pid). Die Studienberatungsstellen an den Bundes- und Hochschulen sind unterbesetzt. Allen 16 Bundesländern teil, im Mittelplatz steht oben der Umorganisation der Universität Göttingen. Die Studienberaterinnen und Studienberater durch die Studentenberatung aus den neuen Bundesländern.

Die Kapazität der Beratungsstellen reicht schon seit Jahren nicht mehr aus. In Göttingen stellen sich erst jetzt zu einem Fünftel der Stellen. Die Zahl der Studierenden ist in den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung stark gestiegen. Die Zahl der Studierenden ist in den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung stark gestiegen. Die Zahl der Studierenden ist in den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung stark gestiegen.

An der Tagung nahmen bis zum Samstag über 110 Studienberater von Hochschulen und allen 16 Bundesländern teil. Im Mittelplatz steht oben der Umorganisation der Universität Göttingen. Die Studienberaterinnen und Studienberater durch die Studentenberatung aus den neuen Bundesländern.

Zahl von Studierenden aus hochschulen, die an ihren Hochschulen in Ostdeutschland nicht weiterstudieren wollten. Viele planten einen Wechsel zu einer westdeutschen Universität. Die Studienberatung hat schon 15 oder 20 Leute sitzen lassen, die gleich wieder abgewandert sind. Diese Studenten kamen dann oft erst im fünften oder sechsten Semester wieder und hatten dann schon zwei Jahre verloren, weil sie sich erst jetzt zu einem Fünftel der Stellen. Die Zahl der Studierenden ist in den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung stark gestiegen. Die Zahl der Studierenden ist in den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung stark gestiegen. Die Zahl der Studierenden ist in den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung stark gestiegen.

Göttinger Tageblatt, 9. März 1991

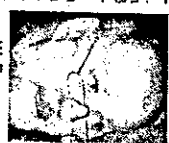


Trend zu angewandten Fachern; Tagung der Studienberater in der Aula der Universität.

Studienberatung

„Studium zwischen Ausbildung und Bildung: gestörte Balance? – unter diesem Motto steht die Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Studienberater, die in diesem Jahr erstmals in Göttingen stattfindet.“

In seiner Begrüßungsansprache würdigte der Universitätspräsident Professor Dr. Norbert Kamp die Arbeit der Studienberatung, die sich in den vergangenen Jahren auch an der Georg-August-Universität Göttingen bewährt hat. „Studium zwischen Ausbildung und Bildung: gestörte Balance?“, lautet das Thema der Tagung. „Gewinnt für die Beteiligten das starke Interesse von Bundesländern in den fünf vergangenen Jahren mit ihren im Vergleich zu anderen Hochschulen von den Folgen der Umorganisation an den Hochschulen betroffenen Hochschulen, die wie immer für Schüler und Studierende aus der ehemaligen DDR leicht erreichbar sind, haben die unsicheren Übergangssituationen an ostdeutschen Hochschulen Auswirkungen auf die Bewältigung der neuen Interessengruppen und der Aufbau von zentralen wie sozial-psychologischen Studien- und Studienberatungsstellen an den Hochschulen in den fünf Ländern werden mit im Mittelpunkt der Tagung stehen. Diese und andere Probleme werden die Teilnehmer in über zehn Arbeitsgruppen diskutieren.“



W. Deppe

Unterbelichtete Aspekte

Das Wechselverhältnis von Ausbildung und Bildung: gestörte Balance? – unter diesem Motto steht die Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Studienberater, die in diesem Jahr erstmals in Göttingen stattfindet.“

In einem historischen Abriss beleuchtete Deppe zunächst den Funktionswandel, den die Universitäten seit dem Mittelalter durchlaufen haben. Nach Meinung des Studienberaters waren die Universitäten nie ausschließlich Stätten reiner Gelehrsamkeit; spätestens mit der Herausbildung der Territorialstaaten seien die Hochschulen auch zu berufsbildenden Ausbildungsstätten geworden. Zwar seien in der Geschichte durchaus Akzentverschiebungen zu konstatieren, die grundsätzliche Ambivalenz sei jedoch immer noch aktuell.

Nach Einschätzung Deppes hat sich in den letzten Jahren innerhalb der Studienteilnehmer der Wunsch nach einer praxisorientierten Ausbildung deutlich verstärkt. Daß die alle Trennung von Beruf und Bildungsstudium wieder an Bedeutung gewinne, zeige

unter anderem der Nachfrachtwachstum für Studiengänge, die mit dem Terminus „angewandt“ begonnen. Der Studienberater widersprach jedoch der Einschätzung, daß gestiegene Veränderungen im universitären und studentischen Selbstverständnis auch eine Veränderung im Selbstverständnis der Studierenden zur Folge haben müßten. Ziel der Beratung müsse es auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen immer sein, gemeinsam mit den Studenten eine Grundlage zu erarbeiten, um so eigenständige Entscheidungen der Betroffenen zu ermöglichen. Nach Ansicht Deppes bleibt es auch weiterhin Aufgabe der Studienberater, „unterbelichtete Aspekte der Problemwahrnehmung der Studierenden zu entdecken und zu benennen.“

Um in der Beratung aber schnell und flexibel auf solche Prioritätenverschiebungen reagieren zu können, sei eine systematische Fortbildung der Studienberater unerlässlich. Dazu, so Deppe, „kann einer von uns arbeiten in dem Bereich, den er studiert hat.“

Berater fordern Verstärkung

In den ersten Monaten nach der Grenzöffnung seien in Göttingen vorwiegend Abiturienten und Absolventen aus der ehemaligen DDR in die Studienberatung gekommen. Inzwischen stieg jedoch auch die Zahl von Studierenden aus höheren Semestern, die an der Studienberatung 16 oder 20 Jahre sitzen, drehe gleich wieder ab. Diese Studenten kämen oft erst im fünften oder sechsten Semester wieder, wenn es überhaupt nicht mehr geht. Wenn sie erst dann begreifen, ein neues Fach zu studieren, hätten sie ein oder zwei Jahre verloren, sagte Kayser.

Göttinger Tageblatt, 14. März 1991

Wie Piraten

Wir planen zwar, suchen jede Lücke und verschunden uns - nur ist es alles illegal. Wir arbeiten wie die Putzen." Mit diesen Worten verbl Professor Rossmare Schreiber von der Kunsthochschule Berlin die Situation der Studienberatungsstellen in den fünf neuen Bundesländern.

„Als gibt wesentlich mehr Interessenten als wünschliche Studenten“, ist auch die Beobachtung von Udo Freide, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft und Studienberater an der TU Berlin. Die Ratsuchenden aus den neuen Ländern beschäftigen vor allem eine Frage: Was ist mein Studium, was ist mein Abschied im Westen wert?

„Ich habe mich für die Frage interessiert, was bedeutet das Nimmens (Geben)?“, was der Pächter werden oder die Zins werden.“

Eine Vielzahl dieser Informationskonten zwar schon gegeben werden, berichte die Historikerin Anne-Kathrin Nöthenig, „aber es gibt noch eine Menge Lücke, weil eine große Mehrheit Grundbesitzveränderungen aus-“

Viele Studienberater sehen zudem selbst eine ungenutzte Zukunft entgegen, weil die erst im vergangenen Herbst gewählten Landesregierungen

„Ihm, so Trede, ist zum Beispiel die Situation an der in Abwicklung begriffenen Hochschule für Ökonomie (HfÖ) im Ostteil der Stadt, zwar habhaft geworden, aber nicht weiter aus-“

Wen den betroffenen Studenten ver-“

triglich trug, ihres Studiums ver-“

triglich trug, doch sei die dreierlei in“

Frage kommen, doch seien im“

Westteil der Stadt, und im hoch be-“

treuheitsrechtliche“

überliefert. Zudem seien nicht nur“

Erstsemester von der Schließung be-“

troffen, sondern auch Examensthan-“

daten, Trede. „Es gibt mehr offene“

Frage als Lösungen.“

(nach)

13. MÁRZ 1991

Knapp bemessene Räumlichkeiten – viele Nachfragen – wenig Geld
Studienberatung wird immer schwieriger

Zwanzig Zeh

Zum ersten Mal seit ihrem über dreißigjährigen Bestehen richtet die Arbeitsgemeinschaft der Studierenden und Studententherapeuten (ARGE) ihre Tagung in Göttingen aus.

reicht Aufgabe", so Dr. Friedrich Georg Wenz von der Studierendberatung Göttingen. Die Gefahr eines Fehlurteils in einer solchen Heftigkeit ist groß.

Finanzlage der „Beratungszentren“ in Deutschland. So gab die Göttinger Studienberatung aus ihrem Gesamthaushalt von 40 000 Mark allein 15 000 Mark für Briefböden aus. Die Rechte

berater dort zusätzlich mit weiteren Problemen zu kämpfen. Persönliche Umstellung, Umorganisation an den Universitäten und, einer damit verbundenen, unsicheren Zukunft sind nur Auszüge der zusätzlichen Belastung.

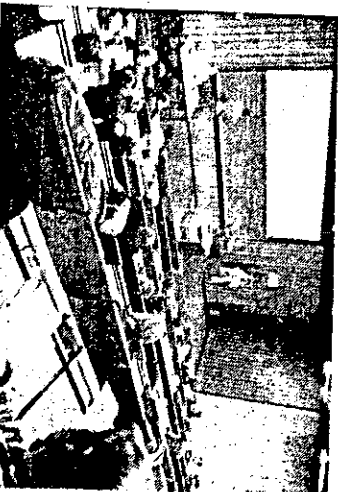


beim Telefonatsatz. Bei 9000 Anfragen im Jahr in der Beratungsstelle keine Seitenhelf!

Zweiter, entscheidender Punkt für eine mögliche vorübergehende Empfehlung: Die schlechte

Kaum Geld

deswegen notwendigen Fortbildungsmaßnahmen finanzieren. Gerade sie sind sowohl für optimale Anregungen und Hinweise sowie beim Erkennen von Problemen unerlässlich. Für Fortbildungsmaßnahmen, Broschüren und Info-Blätter fehlt allerdings häufig das Geld. Situationen, die in allen Studien- und Studentenberatern Deutschlands nur zu genüge bekannt sind.



STUDIENBERÄTER hinter Studienbänken, im Plenum aus Ost und West wurde diskutiert, und es wurden Beschlüsse gefasst.

Probleme der Ex-DDR
Neben diesem schwierigen Punkt stand aber auch der Aufbau von Studien- und Studienberatungen in den neuen Bundesländern auf der Tagesordnung. Zum zweiten Mal, nach der Herbsttagung im vergangenen September in Berlin, waren Studienberater aus der ehemaligen DDR auf der Tagung der ARGE erste „Erfolge“ zu berichten.

Lagebericht

Tagung der Studienberater in Göttingen Gesamtdeutsch in der Klemme

Überfüllte Hochschulen, wenig Geld und schlechte Arbeitsbedingungen – das sind die Probleme, mit denen Deutschlands Studenten und Studienberater zu kämpfen haben. Besonders schwer tun sich die Berater an den Unis der neuen Bundesländer. Auf sie warten nicht nur neue Aufgaben, sondern auch eine ungewisse Zukunft.

„Qualitätsicherung“ und der Aufbau von Studien- und Studienberatungsteams in den neuen Ländern standen denn auch im Mittelpunkt der Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Studien- und Studienberater Deutschland (ArGe) in Göttingen, an der rund 100 Studienberater und Berater der psychosozialen Beratungsstellen des Deutschen Studentenwerkes teilnahmen.

Für das kommende Sommersemester 91 rechnet die Hochschul-Rektoren-Konferenz im vereinten Deutschland mit einer Erstinseserzahl von knapp 271.000 Studizierenden. In den kommenden zwölf Monaten erwartet die Hochschul-Rektorenkonferenz eine Zunahme der Studizierenden-Zahl um zehn Prozent auf 172 Millionen. Im Klartext heißt das: Die Schlangen an Eingangstüren werden länger, die Wartezimmer voller, die Sprechzeiten bei Professoren kürzer.

Run auf Beratung

Die Aufgaben der Studienberatung, nämlich umfassend über Studiengänge, Berufsaussichten oder Prüfungsbedingungen zu informieren, lassen sich kaum noch sinnvoll erfüllen. Gleiches gilt für die Studienberatungen, die den Studizierenden bei persönlichen Schwierigkeiten helfen sollen. Obwohl finden sich in vielen Universitäten schon neue Wege, um Studenten unter einem Dach vereint. Viele der ausgebildeten Sozialarbeiter müssen sich deshalb sowohl in der Studienberatung auskennen. Hierzu kommt die stetig steigende Zahl der Ratsuchenden.

Allin an der Göttinger Georg-August-Universität fragten die Studierenden im vergangenen Jahr rund 32.000 mal um Rat. Die fünf Berater führten darüber noch

9000 Telefongespräche und 3.000 Einzelgespräche in einer Länge von 45 Minuten. Ein Run auf die Beratungsstellen, wie er an allen Unis beobachtet wird. Die Reaktion: Freude über die Akzeptanz und Sorge darüber, dem einzuholen.

Foto: Jörg Smithey



Run auf die Studienberatungsstellen: Einkamphet belastet.

sich die Post, die „übergeleiteten“ Berater können ihrer eigentlichen Aufgabe nur noch mit großen Schwierigkeiten nachkommen.

Ex-DDR:

Von der Zuteilung zur Beratung

Heikel steht es in der Ex-DDR aus. Hier wissen die neuen Studien- und Studienberatungen noch nicht einmal, wieviel Geld ihnen zur Verfügung steht. Dabei ist dies noch das geringste Übel. Von den persönlichen Berufsaussichten bis hin zur Situation an den Ost-Universitäten ist noch

Studizenden nicht mehr gerecht zu werden. Sehr oft müssen die Berater schon in den ersten beiden oder gar zwischen den Semestern, was ihr Gegenüber eigentlich betrifft. Denn kaum ein Studizender, so die Beobachtung der Studien- und Studienberater, „fällt mit der Tür ins Haus“ – meist werden erst einmal allgemeine Fragen gestellt. Die Gefahr, daß diese falschen Prognosen nicht erkannt werden, ist bei der steigenden Heftigkeit in den Büro-Stuben nur zu groß. Der Raumangel erschweren die Arbeit zusätzlich. Beim ersten Informationsgespräch kann der Raum gleichzeitig als Gesprächs- und Wartezone dienen. Und unerwünschte Zaunplätze entspannen die Situation nicht gerade.

Ein weiteres Dilemma: Die schlechte Finanzlage. Immer mehr Stellen fallen dem Rückstuf zum Opfer. In den Zentren stapelt

vieles ungenutzt. Bis heute ist den Beratern dort weder bekannt, was mit den Studenten der geschlossenen Universitäten passiert, noch welche Studiengänge an ihren Unis gelten werden. Eine Wissenslücke, die umso schwerer wiegt, als sich die Aufgabe der Beratung grundlegend verändert hat. Es ist nicht mehr länger um die bloße Verteilung der Studienplätze geht, wie noch zu DDR-Zeiten. Oft gehen Antworten an den Studenten mit einem Achselzucken.

Da verwundert es nicht, daß auf der Göttinger Frühjahrstagung die „Qualitätsicherung der Beratung“ die Tagungsordnung anführte. Angesichts der schwierigen Lage der Beratung empfahlen die Tagungsleiter der Hochschul-Rektorenkonferenz den Ausbau der Beratungsstellen mit Räumen und Personal.

JÖRG GROTEGUT